

Das Parlament

Berlin, Montag 14. Mai 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 20/21 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Fels in der Brandung

Karolos Papoulias Wieder einmal ist Griechenlands Präsident Fels in der Brandung seines krisengeschüttelten Landes – obwohl der erste Mann im Staat der Hellenen eher repräsentative Aufgaben hat: Der 82-jährige Sozialist betraute vergangene Woche einen Parteichef nach dem anderen mit der Regierungsbildung, zuletzt den Sozialistenführer. Kaum lösbar nach der Parlamentswahl, die die politischen Ränder gewaltig gestärkt hatte. Vieles sah in der vergangenen Woche nach Neuwahlen aus. Das Kommunikationsgeschick, als letzte Hoffnung eine Allparteien-Koalition zu schmieden, hätte der seit 2005 amtierende Präsident. Bei allem hat Karolos Papoulias die EU stets im Blick. Der frühere Kämpfer gegen die Militärdiktatur erinnert seine Landsleute jederzeit gerne daran, dass erst „die EU-Mitgliedschaft unsere Demokratie stabil gemacht hat“.

ZAHL DER WOCHE

4,2

Milliarden Euro Hilfgelder der Eurozone erhielt das von der Pleite bedrohte Griechenland am Donnerstag – trotz Unsicherheit über die künftige Regierung nach der Wahl. Die Mittel des Euro-Rettungsfonds EFSF gehören zu dem im März vereinbarten zweiten Rettungspaket für Athen. Die letzte Tranche von einer Milliarde Euro soll erst im Juni ausbezahlt werden.

ZITAT DER WOCHE

»Wir sind solidarisch, aber nicht doof.«

Rainer Brüderle, FDP-Fraktionschef im Bundestag, an die Adresse griechischer Parteien nach der Wahl, Verträge gegenüber den europäischen Partnern einzuhalten

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Gesundheit Die individuellen Zusatzleistungen sind ein Kostentreiber **Seite 6**

EUROPA UND DIE WELT

Bundeswehr Der Einsatz vor der somalischen Küste wird ausgeweitet **Seite 7**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Staatschulden Experten beurteilen die Situation im Euroraum **Seite 12**

KULTUR UND MEDIEN

Zukunftsfelder Bundestag debattiert über Bildung und Wissenschaft **Seite 13**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Euro-Linie hat Verspätung

SCHULDENKRISE Regierung und Opposition ringen um Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung

Wer in diesen Tagen in Berlin in den blauen Doppeldecker mit dem goldenen Sternbanner der Buslinie 100 steigt, kann eine kleine Reise durch Europa machen. Aus Anlass des Europatages am 9. Mai haben Europäische Kommission und Berliner Senat die Bus-Aktion „Europa ist hier“ ins Leben gerufen – jede Haltestelle zwischen Alexanderplatz und Zoo hat einen EU-Bezug bekommen: So steht die Station an der Humboldt-Universität für europäische Forschung, während die Haltestelle an der Gedächtniskirche daran erinnern soll, dass noch vor 70 Jahren in Europa Krieg und Zerstörung herrschten.

Die Haltestelle am Reichstagsgebäude steht eigentlich für den Begriff „Demokratie“. Am vergangenen Freitag hätte sie auch „Eurokrise“ heißen können. Knapp eine Woche nach den Wahlen in Griechenland und Frankreich, – bei denen die Wähler auch den Europakurs ihrer Regierungen abstrafte (siehe Seite 3) –, zeigt sich in Deutschland, dass für Regierung und Opposition Wachstum nicht gleich Wachstum ist. „Wachstum kann man nicht mit Schulden kaufen“, mahnte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) in seiner Regierungserklärung zur Europapolitik und fügte hinzu: „Das Drucken von Geld kann keine Antwort sein.“ Neben der ersten Säule des Fiskalpaktes, durch den weniger Schulden gemacht werden sollen, sei die zweite Säule das Wachstum: „Haushaltsdisziplin und Wachstum sind zwei Seiten einer Medaille“, sagte der Außenminister.

Mit Blick auf Forderungen des neu gewählten französischen Staatspräsidenten François Hollande im Wahlkampf, den Fiskalpak aufzuschließen, fand Westerwelle deutliche Worte: „Der Fiskalpak ist beschlossen und er gilt. Dabei bleibt es.“ Vereinbarungen zwischen Staaten würden durch Wahlen nicht ungültig. Dieser Satz war auch an die Adresse Griechenlands gerichtet. Dort hatten in der vergangenen Woche Vertreter extremer politischer Parteien wie das Bündnis der Radikalen Linken unter Alexis Tsipras angedroht, den von Brüssel verordneten Sparkurs zu boykottieren. „Wir wollen die Euro-Zone zusammenhalten“, betonte der deutsche Außenminister, aber Griechenland müsse sich auch helfen lassen wollen: „Solidarität ist keine Einbahnstraße.“

Mittel besser verteilen Westerwelles präferierte gleich darauf sein Rezept für mehr Wachstum in Europa – in Form eines Sechspunkte-Plans. Dabei möchte die Bundesregierung vor allem bereits vorhandene EU-Mittel effizienter verteilen. In einzelnen Strukturfonds stünden noch knapp 80 Mil-



Nach bis Ende Juni fährt der aus Anlass des Europatages (9. Mai) gestaltete Bus der Linie 100 in europäischer Aufmachung zwischen Alexanderplatz und Bahnhof Zoo.

liarden Euro zur Verfügung, die noch keinem konkreten Projekt zugeordnet seien. Neue Impulse für das Wachstum möchte Westerwelle auch durch die Verbesserung der europäischen Infrastruktur mit privaten Investitionen und mit einer Ausdehnung des Binnenmarktes geben.

Plädoyer für Aufbaufonds Die Opposition ging mit Westerwelles Vorschlägen hart ins Gericht. Westerwelle habe nur „heißer Luft und Stenzen“ und keine neuen Ideen präsentiert, kritisierte Hubertus Heil (SPD) den neuen Kurs der Regierung. Ohne wirtschaftliche Dynamik könnten die Haushalte nicht konsolidiert werden. Er sprach sich für einen Investitions- und Aufbaufonds aus, der aus europäischen Strukturhilfen finanziert werden soll. Außerdem wiederholte Heil die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer: „Das Wort fehlte bei Ihnen.“ Genauso wenig habe Westerwelle Ideen zur Bekämpfung der europäischen Jugendarbeitslosigkeit gemacht, bemängelte der SPD-Politiker. Für einen grundlegenden Kurswechsel sprach sich die Fraktionsvize der Linken, Sarah Wagenknecht, aus.

„Die Wachstumshetorik ist genauso verlogen wie die Sparrhetorik“, sagte sie. Ihrer Meinung nach werden den Bürgern Kürzungsprogramme aufzuzwingen. Gleichzeitig würden aber Banken und Hedgefonds von ihren Schulden „freigekauft“, sagte sie. Griechenland habe gezeigt, dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben könnten. Wagenknecht wiederholte ihre Forderung nach mehr staatlicher Unterstützung. Dem widersprach Florian Silberhorn (CSU). „Wachstum braucht keine neuen Schulden“, sagte er. Es werde aber nicht ohne Sparen und weitere Reformen gehen. Als mögliches Beispiele nannte er eine effizientere Verwaltung. Auch nach Ansicht von Joachim Spatz (FDP) gibt es in Europa „keine Alternative zum Sparkurs“. Es müsse in Europa einen Dreiklang aus „Solidarität, Solidarität und der Stimulierung von Wachstum geben“, sagte er. Grundsätzliche Kritik am Krisenmanagement der Regierung übten die

Grünen. Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte, wie schon vor ihm Gunther Krüchbaum (CDU), an den früheren französischen Außenminister Robert Schuman. Er hatte mit der Schuman-Erklärung am 9. Mai 1950 und dem Vorschlag für die Gründung einer Hohen Behörde für Kohle und Stahl den Grundstein für die Europäische Union gelegt. Die Union breche mit dem Erbe von Schuman, weil die Regierung „zum Angriff gegen die Kommission und das Europäische Parlament geblasen“ habe. „Sie brechen mit einer Tradition, indem sie eine reine Regierungspolitik machen“, kritisierte er.

Bis Europa einmal den Weg aus dieser Krise gefunden hat, dürfe der Bus 100 wohl noch oft am Berliner Reichstagsgebäude halten.

Annette Sach

»Wachstum braucht keine neuen Schulden.«

Florian Silberhorn (CSU)

Mehr zum Thema auf den Seiten 2 und 3 sowie 8 und 12

EDITORIAL

Mit offenem Visier

VON JÖRG BIALLAS

Innenpolitik ist Europapolitik und Europapolitik ist Innenpolitik: Diese Formel steht als Quintessenz unter den jüngsten Wahlen. In Frankreich hat der Sieg des Sozialisten François Hollande über den bisherigen Präsidenten Nicolas Sarkozy den Fiskalpak wieder in Frage gestellt. In Griechenland hat der Euro-Streit das Land unregierbar gemacht und den Hellenen eine unwägbar Zukunft beschert. Und bei den Regionalwahlkämpfen in Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen hat der Stabilitätskurs die Gemeinschaftswährung die Debatten fast ebenso leidenschaftlich bestimmt wie die drängenden landesspezifischen Themen.

Hier wie da war die Euro-Krise ein mit Angst und Sorge, Neid und Missgunst gefüllter Kübel, der sich über den Wählern entleert hat. Nie zuvor war die europäische Familie finanz- und wirtschaftspolitisch so enorm herausgefordert, nie zuvor die Solidarität der Starken mit den Schwachen so gefragt. Nie zuvor hat in manchen Nationen die aktuelle Politik offensichtlich enttarnt, wie oberflächlich und wohlfeil die Sonntagsreden in vormals guten Zeiten formuliert gewesen sind. Nie zuvor ist aus Begeisterung für die europäische Einheit so rasant Gleichgültigkeit und aus Gleichgültigkeit so überzeugt Ablehnung erwachsen. Nie zuvor haben Medien in Deutschland und anderswo unverantwortlicher mit nachbarschaftlichen Stimmungen gespielt und damit Sachlichkeit verwischt.

Und doch: Wir leben noch! Zwar – nach wie vor – mit einem sorgenvollen Blick in die Zukunft. Aber ebenso mit der Erkenntnis, dass diese Europäische Union ganz unübersehbar gefestigt genug ist, sich selbst zu helfen – allen Unkenrufen zum Trotz. Gewiss ist noch manches Problem zu lösen. Es wird weiter zu streiten sein über Fiskalpak, Rettungsschirme, Euro-Stabilität – national wie international. Dabei müssen auch Regierungen beherzigen, dass ein größtmögliches Maß an Transparenz gelegentlich wenig bequem, aber unabdingbar ist. Nur wenn in allen Parlamenten, und dazu gehört auch das europäische, mit offenem Visier debattiert und abgestimmt werden kann, werden den Wählern ausreichend Gelegenheit geboten, ein von Respekt und Verantwortungsbewusstsein geprägtes Urteil zu fällen. Andernfalls droht Protestverhalten an der Urne. In Griechenland ist in diesen Tagen zu besichtigen, wohin das im Extremfall führen kann.

Fünf Stunden Rettungsschirm

HAUSHALT Sachverständige zweifeln an ausreichender Finanzausstattung des ESM bei ganz großen Euro-Krisen

Parlamentarisch ist die Ratifizierung des Europäischen Fiskalpaktes und des permanenten Euro-Rettungsschirms ESM einen Schritt vorangekommen: Nach der ersten Beratung im Plenum konnten in der vergangenen Woche in einer öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses 17 Sachverständige fünf Stunden lang ihre Einschätzung zu den Gesetzentwürfen der Koalitionsfraktionen zum Vertrag vom 2. März 2012 über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (17/9046), zum Gesetzentwurf zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM (17/9045) und zur finanziellen Beteiligung am ESM (17/9048) vorbringen.

Experten uneins Dabei zeigte sich, dass die Experten sich in der Einschätzung der Gesetzeswerke nicht einig waren. Vor allem ging vielen der geladenen Ökonomen und Juristen der ESM noch nicht weit genug. Für Professor Peter Bofinger, Universität Würzburg, ist der ESM „besser als nichts“. Allerdings hielt er das Volumen für nicht ausreichend, um die Risiken umfassend einzudämmen. Eine deutlich bessere Lösung sei der Schuldentilgungspakt, der von

dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen wurde, zu dem Bofinger ebenfalls gehört.

Thomas Mayer, Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, betonte, dass der ESM „im Notfall“ Zugang zu Krediten der EZB haben müsse. Angesichts der begrenzten Mittel des ESM sei nämlich zu befürchten, dass große Liquiditätskrisen damit nicht bewältigt werden könnten. Im schlimmsten Falle hätte dann auch der ESM keinen Zugang zum Kapitalmarkt mehr, so dass die EZB erneut eingreifen müsse. Silke Tober vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hält den Fiskalpak

und den ESM-Vertrag zur Überwindung der Krise für nicht zielführend. Bisher sei nur Zeit gekauft worden. Sie kritisierte, dass die im Fiskalpak implizit festgeschriebene langfristige Schuldenstandsquote von rund 30 Prozent keine ökonomische Rechtfertigung habe. Auch sei der ESM-Schirm nicht in der Lage, Vertrauen wiederherzustellen: Er sei vom Volumen her zu gering und einzelne Regelungen würden das Vertrauen der Märkte untergraben. Für Karsten Wendorff von der Deutschen Bundesbank gehören beide Instrumente (Fiskalpak, ESM) zusammen. Der ESM könne dazu beitragen, Gefahren für die Fi-

nanzstabilität im Euro-Raum zu begrenzen. Allerdings würde dadurch der grundsätzlich in der europäischen Währungsunion gel-



Petra Merkel (SPD) leitete die Anhörung

© picture-alliance/dpa

© picture-alliance/dpa

GASTKOMMENTARE

STEHT MERKEL IN DER EU ALLEIN?

Fiskalpakt ist obsolet

PRO



Ulrike Herrmann
»die tageszeitung«

Es wird einsam um Kanzlerin Angela Merkel. Die Wahlergebnisse in Griechenland und vor allem in Frankreich zeigen, dass die Mehrheit der dortigen Wähler nicht mehr glaubt, dass der Fiskalpakt und ein rigider Sparkurs die Euro-Krise lösen können. Aus gleichen Gründen war schon vorher die Regierung in den Niederlanden auseinander gebrochen. Die Wähler irren sich nicht. Merkels Fiskalpakt verschärft die Euro-Krise. Denn jede Kürzung bedeutet, dass sich die Länder in eine Rezession sparen. Gleichzeitig sinken die Defizite nicht wie geplant – sondern steigen sogar noch. Die Lächer in den Staatshaushalten wachsen automatisch, weil die Arbeitslosigkeit zunimmt und Steuereinnahmen ausbleiben. Wenn der Euro nicht auseinander brechen soll, wird man den Sparkurs aufgeben müssen. Die Mehrzahl der europäischen Politiker hat dies bereits eingesehen. Allerorten ist nun davon die Rede, dass die Euro-Zone in „Wachstumsimpulse“ investieren müsse. Selbst Merkel benutzt dieses Zauberwort fleißig, um zu kaschieren, wie weit sie sich von ihren europäischen Kollegen entfernt hat. Merkels Fiskalpakt ist damit obsolet, kaum dass er beschlossen wurde. Denn echte Wachstumsimpulse sind nur möglich, wenn sich die Euro-Zone höher verschuldet. Das geeignete Instrument wäre ein Eurobond – also eine gemeinsame Staatsanleihe aller Euroländer. Die Freude an den Finanzmärkten wäre übrigens riesig: Weltweit warten ratlose Anleger nur darauf, in einen sicheren Eurobond investieren zu können. Denn ihnen fehlen die Alternativen. Selbst die USA sind zu klein, um all das Sparkapital zu absorbieren, das um den Globus kreist. Noch kämpft Merkel gegen den Eurobond und für den Fiskalpakt. Aber es ist ein einsamer Kampf.

Basis für Euro-Zone

CONTRA



Frank Theues
»FOCUS«

Kein Politiker in Europa hat sich persönlich als so krisenresistent erwiesen wie Angela Merkel. Die Kanzlerin mag in der komplexen Finanzkrise nicht immer alles richtig gemacht haben. Sie hat aber mit enormer Nervenstärke ein Zeitfenster genutzt, um der vom Zusammenbruch bedrohten Euro-Zone eine solide Basis zu verschaffen. Hinter den Fiskalpakt kann der Staatenbund mit der gemeinsamen Währung nicht mehr zurückfallen. Im Gegenteil: Alle weiteren Reformen werden darauf aufbauen müssen. Das bedeutet nicht, dass Merkel künftig in Europa leichtes Spiel haben wird. Denn wenn es ums Geld geht, hat fast jeder deutsche Regierungschef gut drei Viertel der EU gegen sich. Merkel aber kann sich auf einen wichtigen Verbündeten stützen: die Finanzmärkte. Jeder Zweifel daran, dass Euroländer den bereits vereinbarten Fiskalpakt doch nicht so Ernst nehmen, wird sich automatisch in starken Zinssteigerungen niederschlagen. Diesen Effekt hat die Kanzlerin bereits mehrfach eiskalt genutzt. Bislang hat Merkel es noch immer geschafft, im entscheidenden Moment Mehrheiten zu besorgen. Wer ihre Fähigkeit unterschätzt, hat schon verloren. François Hollande braucht Deutschlands Kanzlerin mindestens genau so wie Merkel umgekehrt auf das Wohlwollen von Frankreichs neuem Präsidenten angewiesen ist. Das wird beide zusammen schmieden. Merkkollande wird schneller zusammenwachsen als Merkozy und andere mitziehen. Im Wahlkampf sind Politiker erfolgreicher, wenn sie Unterschiede betonen. Sobald sie aber regieren, müssen sie möglichst viele Gemeinsamkeiten finden, um Ergebnisse vorzeigen zu können. Das gilt erst recht für die EU – und noch mehr für die Eurozone. Deren gemeinsame Botschaft kann nur sein: Solide Finanzen und (!) mehr Wachstum.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Bei den Wahlen in Griechenland und Frankreich wurden die nationalen Regierungen auch für ihre Europapolitik abgestraft. Ist der Kompromiss zum Fiskalpakt Makulatur geworden?

Das glaube ich nicht. Der Fiskalpakt ist von 25 Regierungen unterschrieben worden. Er hat Bestand, aber ich bin sicher, dass er um einen Wachstums- und Beschäftigungspakt ergänzt werden muss. Wir haben bislang viel zu wenig diskutiert, dass Haushaltsdisziplin kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck ist. Haushaltsdisziplin ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Haushalte lassen sich aber auf Dauer nur nachhaltig sanieren, wenn es Wirtschaftswachstum und geringe Arbeitslosigkeit gibt. Deshalb brauchen wir nun ergänzende, stimulierende Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung in Europa.

Wird der Schuldenberg mit solchen Wachstumsprogrammen für kommende Generationen nicht noch größer?

Ganz im Gegenteil. Wir reden immer nur über Kürzungen. Warum reden wir nicht darüber, wie man die Einnahmen verbessern kann? Wir brauchen zum Beispiel eine Finanztransaktionssteuer, so wie sie auch eine breite Mehrheit im Europaparlament fordert. Wenn Sie in Berlin ein Pfund Äpfel kaufen, bezahlen Sie Mehrwertsteuer. Wenn Sie an der Börse ein Aktienpaket kaufen, zahlen Sie keine Mehrwertsteuer. Das ist nicht gerecht.

Wie könnte man das Wachstum ohne drastische Neuverschuldungen ankurbeln?

Wie gesagt: Schon eine geringe Besteuerung von Finanzspekulationen bringt etliche Milliarden für den Haushalt. Und oft sind wir nicht fantasievoll genug. So gibt es beispielsweise bei den EU-Strukturfonds nicht genutzte Mittel in Höhe von 15 bis 20 Milliarden Euro. Die könnten als Anschubfinanzierung benutzt werden, um private Investitionen zu stimulieren etwa bei den erneuerbaren Energien oder im Bereich von Forschung und Entwicklung.

Was passiert, wenn große Volkswirtschaften wie Spanien ins Straucheln kommen und die Mittel des geplanten Rettungsschirms ESM nicht mehr ausreichen?

Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Der Stabilitätsmechanismus ESM ist zunächst einmal ein Signal an diejenigen, die auf das Auseinanderbrechen der Eurozone wetten. Wir sagen denen: Lasst das sein, wir sind stark genug, ihr kriegt uns nicht auseinander. Griechenland ist ein Testfall. Wenn es einmal gelingt, ein Land aus der Eurozone herauszubrechen, werden als nächstes andere Staaten an die Reihe kommen.

Sollte der ESM eine Banklizenz erhalten?

Auf längere Sicht wird der ESM sicherlich eine Banklizenz bekommen, um sich bei der EZB selbst Geld leihen zu können. Heute ist es so: Die Europäische Zentralbank verleiht Geld der europäischen Steuerbürger für ein Prozent an Banken. Die Staaten müssen es sich bei diesen Banken aber für fünf Prozent leihen. Dann ist es doch besser, der ESM vergibt direkt Kredite an die Staaten, die in der Krise stecken.

In Griechenland haben bei der Wahl vor einer Woche extremistische Parteien enormen Zulauf bekommen. Bedroht die Finanzkrise auch unsere Demokratien?

In Griechenland hat die Demokratie gesprochen. Sie hat Parteien ins Parlament geschickt die Ausdruck der Volkssouveränität sind. Die mögen uns gefallen oder nicht. Die andere Frage ist, ob die Gewählten sich darüber im Klaren sind, welche Verantwortung sie mit dieser Wahl erworben haben. Man muss den Griechen deutlich sagen, dass nicht neu verhandelt wird. Denn Europa steht zu seinen Zusagen, aber das müssen



»Nicht genug Fantasie«

MARTIN SCHULZ Der EP-Präsident fordert in der Eurokrise neue Ideen für mehr Wachstum und kritisiert die Entmachtung der Parlamente



eben als EP-Präsident eine „Politik des besetzten Stuhls“, wenn es die Beratungen zum Fiskalpakt gibt.

Aber in der politischen Praxis verliert das Europäische Parlament doch immer mehr an Einfluss?

Wir erleben durch die Selbstermächtigung des Europäischen Rates eine dramatische Entparlamentarisierung in Europa. Beim Europäischen Semester, also der Abstimmung nationaler Haushaltspläne, wird es so sein, dass die Entwürfe der Finanzministerien nicht etwa an die Haushaltsausschüsse der Parlamente, sondern zunächst an die Kommission nach Brüssel gehen. Dort bewerten Beamte den Haushaltsentwurf nach Kriterien, die nicht das Europäische Parlament beschlossen hat, sondern die die Beamten selbst definiert haben. Deshalb fordere ich die Kolleginnen und Kollegen der nationalen Parlamente auf, mit uns gemeinsam einen parlamentarischen Rahmen um dieses exekutive Handeln zu bauen.

Sie haben einen Aufruf unterzeichnet, der ein Freiwilliges Jahr für alle jungen Europäer vorschlägt. Wie soll das konkret aussehen, was erhoffen Sie sich davon?

Für diejenigen, die Krieg, Zerstörung und Vertreibung erlebt haben, ist Europa ein Geschenk. Für meine Kinder und deren Kinder ist Europa eine Selbstverständlichkeit – wie Strom aus der Steckdose. Darin liegt eine enorme Gefahr. Wir haben die Dämonen des 20. Jahrhunderts durch die Europäische Integration gezähmt, aber wir haben sie nicht erlegt. Den Wert der Europäischen Union erfahrbar zu machen und junge Menschen zugleich zu ermutigen, diese Werte zu verteidigen, das ist eine der zentralen Ideen hinter dem Aufruf.

Stichwort europäische Werte. Im Fall Timoschenko stellt sich die Frage: Warum gelingt es eigentlich nicht, Länder wie die Ukraine stärker in das europäische Boot zu holen?

Es ist nicht so einfach, diese postsowjetischen Gesellschaften eins zu eins mit unseren Gesellschaften zu vergleichen. Es sind junge Demokratien, die erst seit 1989/1990 souverän geworden sind. Staaten, die davor sieben Jahrzehnte lang nichts anderes als Diktatur oder deutsche Besatzung kannten. Ich glaube, wir sind gut beraten, unabhängig vom Fall Timoschenko, unabhängig von der Fußball-Europameisterschaft, alle Versuche zu unternehmen, die Ukraine an die EU zu binden und sie nicht loszulassen. Aber es ändert nichts daran, dass man der ukrainischen Führung sagen muss, ein Rechtsstaat, der für sich reklamiert, ein solcher zu sein, hat auch als solcher zu handeln – und genau das tut ihr nicht.

Früher haben Sie von den Vereinigten Staaten von Europa geträumt. Wovon träumen Sie heute?

Als junger Mann habe ich von den Vereinigten Staaten von Europa geträumt. Heute weiß ich, dass das nicht realistisch ist. Der Nationalstaat ist eine europäische Erfindung und bietet eine Identität, die die EU eben nicht bieten kann. Europas kulturelle Vielfalt ist ein Reichtum, den wir bewahren sollten. Ich träume heute daher davon, dass wir die Menschen davon überzeugen, dass die Einzelstaaten die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Handel, Währung, Umwelt, Migration – nicht mehr alleine lösen können. Dafür brauchen wir eine politische Union.

Das Interview führten Alexander Heinrich und Annette Sach.

Martin Schulz, Jahrgang 1955, ist seit Januar 2012 Präsident des Europäischen Parlaments. 1994 wurde der Sozialdemokrat EP-Abgeordneter und führte dort seit 2004 die Sozialistische Fraktion an.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Liberaler Vordenker: Alexander Graf Lambsdorff

Seit einem Jahr ist Alexander Graf Lambsdorff Vorsitzender der Gruppe der FDP im Europaparlament. Damals musste die wohl bekannteste Liberale in Brüssel, Silvana Koch-Mehrin, unter dem Druck der Plagiatsaffäre den Posten räumen. Der Graf rückte nach. Gedrängt hat er sich nicht danach, wie er sagt. Dem 45-jährigen Historiker geht es – wie seiner Lieblingsgestalt in der Geschichte, dem römischen Senator und Feldherrn Quintus Fabius Maximus – um die Sache, um den „dauerhaften Erfolg“. Souverän übernahm er die politische Steuerung der Themen, setzt in der Wirtschafts- und Finanzpolitik liberale Akzente, pflegt die Kontakte zur FDP-Bundestagsfraktion. Für manchen Beobachter hat er sich auch zu einem Vordenker der Liberalen entwickelt.

Angesichts der Schuldenproblematik in vielen EU-Staaten und der daraus resultierenden Vertrauenskrise wünscht sich der Neffe des früheren FDP-Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff einen Konvent zur Zukunft der Union, vor allem aber des Euro. Gemeinsam mit den Parlamenten der EU-Staaten muss diskutiert werden, wie es weitergehen soll, wie ein Ende der Verschuldungspolitik erreicht werden kann. „Wachstum, das auf Schulden beruht, führt uns nur weiter ins Desaster“, sagt Lambsdorff. Mit Sorge beobachtet er die Verschiebung der Machtstatik in Europa. Unter dem Druck der Schuldenkrise haben die EU-Staats- und Regierungschefs das Heft in die Hand genommen, Entscheidungen weitgehend am EU-Parlament vorbei getroffen. „Der Rat der Staats- und Regierungschefs hat immer mehr Macht an sich gerissen“,

kritisiert er. „Wir brauchen eine stärkere Kontrolle durch das Europaparlament.“

Wer nun meint, der Horizont Lambsdorffs höre an den Grenzen Europas auf, der irrte. Im seinem kleinen Arbeitszimmer, sieben Stockwerke über dem Plenarsaal, hängt ein Aquarell des amerikanischen Pop-Art-Künstlers Robert Rauschenberg. Es zeigt das Oval Office, das Arbeitszimmer des US-Präsidenten. Nach dem Grund-



studium in Bonn ging der junge Lambsdorff nach Washington, um an der Georgetown Universität seinen Master in Neuerer Europäischer Geschichte zu machen. Nach ersten Berufsstationen bei der Unternehmensberatung McKinsey und der EU-Kommission führte ihn der Weg in den Planungsstab des Auswärtigen Amtes und ins Büro von Außenministerin Ulla Schmidt. Im Anschluss ging Lambsdorff dann erneut nach Washington, als Pressereferent der deutschen Botschaft. Seit er 2004 ins Europaparlament gewählt wurde, engagiert sich Lambsdorff, der 1987 in die FDP eintrat, in der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und

im Auswärtigen Ausschuss. Mit Aufmerksamkeit beobachtet er, dass Washington seinen Blick verstärkt auf die Pazifik-Region richtet. „Die Europäer müssen aufwachen, selbst aktiv werden, vor allem in der Sicherheitspolitik.“ Heute stelle sich die Frage, ob wir sicherheitspolitisch weiter von den USA abhängig bleiben oder endlich eine eigene europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufbauen wollten, die diesen Namen auch verdiene.

Immer wieder macht der Vater zweier Kinder als Wahlbeobachter auf sich aufmerksam. So ging es ihm als Leiter der Beobachterkommission in Bangladesch oder Guinea darum, demokratische Entwicklungen zu unterstützen. Da versteht es sich von selbst, dass er als Berichterstatter für Demokratie und Menschenrechte all jene unterstützt, die sich dem Kampf gegen Unrechtsregime verschrieben haben. Sie schätzt er als die „wahren Helden der Gegenwart“. Die Menschen in ihrer Realität abholen, ihre Probleme erkennen und aufnehmen, darin liegt für Lambsdorff das Geheimnis des FDP-Wahlerfolgs in Schleswig-Holstein. „Dort, wo wir mit landespolitischen Themen angetreten sind, haben wir gewonnen.“ Die Erneuerung der FDP sei gelungen. Sollte sich die FDP wirklich wieder als Partei etablieren, der man Regieren zutraut, dann könnte man von Alexander Graf Lambsdorff noch hören. Als Guido Westerwelle im April vergangenen Jahres am Ende seiner Karriere angekommen schien, wurde der Kölner sogar als ein künftiger Nachfolger genannt. Mancher in Brüssel meint, Lambsdorff hätte durchaus das Zeug dazu. Sabine Seeger

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-511 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Alexander Heinrich (ahel), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Monika Pilath (mpi)
Annette Sach (as)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
11. Mai 2012

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhstrassestraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (vranwv)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Siegesfeier auf der Place de la Bastille in Paris: Nach dem Wahlsieg der Sozialisten setzen viele junge Leute große Erwartungen in die Wachstumspläne des neuen französischen Präsidenten. In Griechenland haben die Wähler die traditionellen Parteien abgestraft.

Zwischen Hoffen und Bangen

EUROPA Die Wahlen in Frankreich und Griechenland haben die Angst vor der Schuldenkrise neu entfacht

Die Wahlen in Griechenland und Frankreich verändern Europa. In Brüssel stellt man sich wegen der schwierigen Regierungsbildung in Athen auf unruhige Wochen ein. Der neu aufgeflammte Streit über Wachstum und Austerität dürfte sich dagegen leichter lösen lassen. Noch am Wahlabend fasste der belgische EU-Kommissar Karel de Gucht die Konsequenzen der Wahlen in Frankreich und Griechenland prägnant zusammen. „Das Ergebnis der griechischen Wahlen formt ein Systemrisiko für Europa, das der französischen nicht.“

Auch wenn die Entscheidung der Wähler Auswirkungen auf Europa hat, so werden die Folgen des griechischen Votums sehr viel schneller zu spüren sein. Wenn die Finanzminister der Eurozone an diesem Montag in Brüssel turnusgemäß zu ihrer Sitzung zusammenkommen, wird die schwierige Lage Griechenlands im Mittelpunkt der Sitzung stehen. Baldige Neuwahlen scheinen nach dem aktuellen Stand ein realistisches Szenario zu sein. Das bedeutet aber

auch, dass Griechenland vermutlich nicht rechtzeitig im Juni die mit den internationalen Geldgebern vereinbarten Einsparungen von 11,5 Milliarden Euro für die Jahre 2013 und 2014 beschließen kann. Mit dem Wahlsieg des Sozialisten François Hollande in Frankreich vergrößert sich der Druck in Europa, den Fokus stärker auf Wachstum zu richten. Hollande gilt aber gleichzeitig als Mann des Ausgleichs, so dass in Brüssel erwartet wird, dass er sich auch auf der europäischen Ebene offen für Kompromisse zeigen wird. Eurogruppen-Präsident Jean-Claude Juncker hat Hollande vergangene Woche bereits sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass ein Aufschüren des Fiskalpakts unmöglich sei. Wenn Hollande am 23. Mai zu seinem ersten Brüsseler Auftritt im Kreise der Staats- und Regierungschefs zum Sondergipfel reisen wird, dann dürfte es darum gehen, wie

der Fiskalpakt um Wachstumselemente erweitert wird. Juncker kündigte an, dass diese wohl formal nicht Teil des Vertrags werden. Der luxemburgische Premier begrüßt einen stärkeren Akzent auf Wachstum. Man müsse den Menschen „Perspektiven bieten und Hoffnungen machen“, sagte er – auch mit Blick auf Griechenland. Dort ist die Situation dramatisch, weil sich keine stabile Regierung abzeichnet. 77 Prozent der Griechen wollen Meinungsumfragen zufolge den Euro behalten, aber bei den Wahlen haben nur 32 Prozent für die beiden Parteien gestimmt, die die Verpflichtungen einhalten wollen, die Griechenland gegenüber der Troika bestehend aus der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds eingegangen ist, um im Gegenzug Hilfgelder zu erhalten. Bei Neuwahlen bleibt offen, ob die extrem unbeliebten bisherigen Regierungsparteien

Nea Dimokratia und Pasok mehr Stimmen erhalten würden als Anfang Mai. Da Konservative und Sozialisten das Land in die Misere geführt haben, wenden sich viele Griechen von den zuvor stärksten Kräften ab, hin zu extremen Parteien, die sich der Fundamentalopposition verschrieben haben. Das politische Chaos hat fatale Folgen. „Wir müssen dem griechischen Volk nun sagen, dass die Situation ernst ist“, betont Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. „Kein Land der EU wird auch nur einen Teil der 130 Milliarden Euro für die Griechen freigeben, wenn es keine funktionsfähige Regierung gibt, die die Regeln respektiert und das ausgezahlte Geld verwaltet.“ Ohne Tranchen aus dem zweiten Rettungspaket droht Griechenland schon Ende Juni das Geld auszugehen. Die Troika, die das Geld bewilligt, hat bereits angekündigt, erst wieder nach Griechenland zu reisen, wenn eine handlungsfähige Regierung im Amt ist. Somit rückt ein Szenario

in bedrohliche Nähe, das man Brüssel in den vergangenen Monaten in sicherer Distanz wähnte: Ein unkontrollierter Staatsbankrott Griechenlands und ein Austritt des Landes aus der Eurozone. Zum ersten Mal schließt selbst die EZB nicht mehr aus, dass Griechenland die Währungsunion verlässt. „Die Griechen haben es selbst in der Hand, über ihren Verbleib in der Eurozone zu bestimmen“, sagt das deutsche EZB-Direktionsmitglied Jörg Asmussen. Noch heißt es in Brüssel, es gebe keinen Notfallplan, aber den Verantwortlichen ist bewusst, dass turbulente Wochen bevorstehen. Während sich niemand in Brüssel ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion wünscht, entfaltet ein solches Szenario nicht mehr so viel Schrecken wie vor zwei Jahren, als das erste Hilfsprogramm für den notleidenden Staat entstand. Gleichzeitig hat die Eurozone mittlerweile mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eine Brandmauer geschaffen, mit der sie sich vor der Ansteckungsgefahr schützen will. Ob sie auch wirklich wirkt, steht auf einem anderen Blatt.

Silke Wetzack

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Brüssel.

»Wir müssen den Griechen sagen, dass die Situation ernst ist.«

Jean Asselborn
(Außenminister Luxemburgs)

Parlamännchen
Politik für Kinder

Wahlen

Vieles können wir selbst entscheiden. Manchmal ist es aber nicht möglich, dass alle über etwas bestimmen – zum Beispiel in einer Schulklasse, im Verein oder in der Politik. Wir geben dann anderen den Auftrag, anstelle von uns zu entscheiden. Wir wählen also jemand für ein Amt oder eine Funktion aus. Wer dieses Amt übernehmen möchte, kann sich zur Wahl stellen. Meistens gibt es mehrere Menschen, die gewählt werden möchten. Sie stellen sich vor und dann geben wir demjenigen unsere Stimme, dem wir am meisten vertrauen. Für manche Wahlen wie die Bundestagswahl muss man ein bestimmtes Alter haben, um überhaupt wählen zu dürfen.

Gordischer Knoten in Athen

GRIECHENLAND Noch keine Einigung über Regierungsbildung. Neuwahlen wären Mitte Juni

In einem Verhandlungsmarathon wird in Griechenland um eine Regierungsbildung gerungen. Die Parlamentswahlen am 6. Mai haben einen politischen Erdbeben erschüttert, der das bisherige Politsystem unter sich begraben hat, aber bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe keine regierungsfähige Mehrheit hervorgebracht hat. Am vergangenen Freitag näherten sich die Anzeichen für ein Bündnis der drei gemäßigten Parteien mit den Linksradien. Sie wollen Griechenland zwar in der Euro-Zone halten, aber das Athen auferlegte Sparprogramm aufweichen. Neben den Sozialisten (Pasok) und der kleinen Partei der Demokratischen Linken (Dimar) will sich möglicherweise auch die konservative Nea Demokratia an der proeuropäischen Koalition beteiligen. Dafür sollte am Freitagabend Pasok-Chef Evangelos Venizelos mit dem Vorsitzenden der Radikalen Linken (Syriza) Alexis

Tsipras zusammenkommen. Tsipras, dessen Partei bei den Wahlen überraschend als zweitstärkste politische Kraft nach den Konservativen hervorgegangen war, fordert ein Ende des Sparkurses. In den Tagen zuvor hatte die Sozialistische Pasok-Partei ihn zwar mit dem Vorschlag konfrontiert, seinen Versuch zu tolerieren, in Brüssel den Fiskalpakt neu zu verhandeln, sofern dabei der Verbleib im Euro sichergestellt sei. Doch diese „heiße Kartoffel“, wie die griechische Presse titelte, gab er Tsipras zu diesem Zeitpunkt lieber wieder schnell aus der Hand. Seine Begründung: die Volksmehrheit für eine Aufkündigung der Kreditverträge spiegelt sich nicht im politischen System wider. Im Juni sollten in Athen mit der sogenannten Troika der internationalen Geldgeber eigentlich neue Sparprogramme für die Jahre 2013/2014 verhandelt werden. Die Linksradien verlangen aber bislang eine stufen-

weise Aufhebung der bereits mit der EU vereinbarten Sparprogramme. Die Hoffnungen auf eine Regierungsbildung hatten am Freitag zuvor einen weiteren Dämpfer erlitten: Die Demokratische Linke, die von der Nea Dimokratia und der Pasok-Partei als Mehrheitsbeschafferin benötigt wird, erteilt den beiden sparwilligen Parteien eine Absage. Er wolle sich nicht an einer solchen Regierung beteiligen, sagte Parteichef Fotis Kouvelis. „Das haben wir deutlich gemacht“, sagte er.

Falls sich die Parteien nicht einig werden, ruht die letzte Hoffnung auf Staatspräsident Karolos Papoulias. Denn wenn alle Sondierungsverhandlungen scheitern, würde Papoulias an diesem Montag Gespräche mit allen Parteivorsitzenden einberufen. Kopfschütteln bereitet dabei den Beratern des Staatspräsidenten, dass dieser dann möglicherweise auch den Chef der faschistisch-rassistischen Goldenen Morgenröte, Nikos Michaloliakos, empfangen müsste. Für Papoulias wäre das besonders schwierig, da der 82-Jährige als Heranwachsender im Zweiten Weltkrieg selbst im Widerstand war und während der griechischen Oberstenjunta (1967 - 1974) im Exil gegen den Faschismus gekämpft hat.

Wenn auch diese Gespräche mit dem Präsidenten zu keinem Ergebnis führen, könnte es Mitte Juni zu Neuwahlen kommen – möglicherweise könnte auch dann noch der Staatsbankrott drohen. Denn Griechenland kann nur mit weiteren Milliardenhilfen der anderen Euro-Länder rechnen, wenn es den mit EU und IWF vereinbarten Spar- und Reformkurs beibehält.

Am heutigen Montag stellt Frankreichs neuer Staatspräsident François Hollande die Regierung vor, mit der er in seine fünfjährige Amtszeit startet. Ihre unmittelbaren Aufgaben sind schon jetzt klar, weil der Nachfolger von Nicolas Sarkozy ein präzises Programm für die ersten Monate vorgelegt hat. Sein Versprechen eines Wechsels hin zu einer gerechteren Politik wird er mit Sofortmaßnahmen unterstreichen, die auch die Chancen für eine sozialistische Mehrheit bei der Parlamentswahl am 17. Juni verbessern sollen: Kürzung des eigenen Gehaltes und das der Regierungsmitglieder um 30 Prozent, mehr Unterstützung für Schulfänger, ein Mietzuschuss für Studenten, Wiedereinführung der Rente mit 60 für Arbeitnehmer, die volle 41 Jahre Beiträge gezahlt haben.

Bislang wurde außerhalb Frankreichs vor allem über den Dissens zwischen Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Sachen Fiskalpaket gesprochen. Abgesehen von den Eurobonds, die ein spezielles Problem darstellen, könnte der Disput aber relativ schnell beigelegt werden. Da der neue Präsident sie ausdrücklich nicht für die Vergemeinschaftung der Schulden verwenden, sondern für Projekte ausgeben möchte, könnte der Kompromiss in den sogenannten „Project Bonds“ bestehen, die die EU-Kommission vorschlägt.

Aber erst nach den französischen Sommerferien stehen zwei Großprojekte von Hollande auf der politischen Agenda: Die Steuerreform, mit der er Spitzenverdiener und Großunternehmen stärker, Klein- und Mittelbetriebe geringer belasten und das gesamte Abgabensystem vereinfachen will. Die zweite Großbaustelle ist die angekündigte Aufspaltung der Banken in einen „so-

schaffen. Dafür möchte er die Arbeitskosten senken, die Industrie wettbewerbsfähiger machen und die Staatsausgaben dauerhaft senken.

In Frankreich trifft das auf eine sehr widersprüchliche Bewusstseinslage. Fast zwei Drittel der Franzosen haben Angst, dass ihrem Land ein ähnliches Schicksal droht wie Spanien und Griechenland. Die Reformbereitschaft leidet aber darunter, dass viele Franzosen das Gefühl haben, sie müssten seit Jahren draufzahlen, ohne dass sich ihre Lage bessert. Sarkozys Steuerpolitik, die für die Spitzenverdiener die Belastung verringerte, ist zum Teil Schuld daran. Zudem verliert Frankreich seit zehn Jahren kontinuierlich Marktanteile im Export und muss Güter importieren, die es früher selbst produzierte. Auch der aufgeblähte Staatsapparat führt dazu, dass das Land inzwischen weit weniger Wohlstand erwirtschaftet als sein Nachbarland Deutschland.

Das weiß auch François Hollande: „Das Mandat, das ihr mir gegeben habt, wiegt schwer, es ist groß, es ist schön.“ Aus den Worten, die er am Wahlabend in seiner politischen Heimatstadt Tulle an seine Wähler gerichtet hat, spricht Hollandes Realitäts-sinn. Der wird ihm hoffentlich erhalten bleiben.

Er wolle die Wirtschaft wieder aufrichten und das staatliche Budgetdefizit bekämpfen, verspricht der neue französische Präsident – zwei Aufgaben, die das Herz der harten Linken nicht eben höher schlagen lassen, die aber zeigen, dass der neue Präsident die richtigen Schwerpunkte setzen will.



Frankreichs neuer Präsident Hollande



Fotis Kouvelis (l.) von der Demokratischen Linken ist für das neue Bündnis im Gespräch.

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Athen.

Thomas Hanke

Der Autor ist Frankreich-Korrespondent für das „Handelsblatt“.



Wahlplakate der Spitzenkandidaten von CDU und SPD, Jost de Jager (links) und Torsten Albig werden demontiert. Albig, bislang Kieler Oberbürgermeister, winkt nun der Wechsel ins Amt des Ministerpräsidenten.

Linke will Visa-Liberalisierung

INNERES Die Linksfraktion stößt mit ihrer Forderung nach „umfassenden Visa-Liberalisierungen für Menschen in Russland und Osteuropa“ bei den Innenpolitikern der Union auf entschiedene Ablehnung. Mit ihnen werde es „in dieser Legislaturperiode keine Änderungen im Visumverfahren oder gar im Visumrecht geben“, gab der CDU-Innenexperte Reinhard Grindel vergangenen Donnerstag bei der ersten Beratung eines entsprechenden Antrags der Linksfraktion (17/9191) zu Protokoll. Für Die Linke beklagte dagegen ihr Abgeordneter Wolfgang Gehrcke, das sich „die Möglichkeiten, zum Beispiel zwischen Deutschland und Russland hin und her zu reisen, in den letzten Jahren verschlechtert haben“.

Für den innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, ist es „sinnvoll und richtig, über Möglichkeiten einer Liberalisierung nachzudenken“. Seine Fraktion stehe allerdings „nicht zur Verfügung für den völligen Wegfall der Visumpflicht, gerade gegenüber Russland“. Die FDP wird sich nach den Worten ihres Abgeordneten Hartfrid Wolff „im Dialog mit Wirtschaftsverbänden, Unternehmen, Ausländer- und Sicherheitsbehörden weiterhin zunächst für eine wesentliche Vereinfachung und Entbürokratisierung des Visumverfahrens einsetzen“. Die Grünen-Parlamentarierin Marie-Luise Beck bescheinigte dem Antrag der Linksfraktion, er sei „von seiner Intention her richtig“.

Kontroverse um Wohnpauschale

SOZIALES Die Fraktion Die Linke kritisiert in einem Antrag (17/7847) das Recht der Länder, die Kreise und kreisfreien Städte zu ermächtigen, monatliche Pauschalen für die Miet- und Heizungskosten bei Hartz-IV-Beziehern festzulegen. In der Vorlage, die vergangene Woche im Ausschuss für Arbeit und Soziales Gegenstand einer Sachverständigen-Anhörung war, spricht sich die Linksfraktion zudem gegen sogenannte Zwangsumzüge aus und fordert eine garantierte Mietdauer von zwölf Monaten. Laut Gesetz müssen Hartz-IV-Empfänger nach maximal sechs Monaten umziehen, wenn ihre Wohnkosten zu hoch sind.

Alexandra Frank-Schinke vom Sozialamt Nürnberg lehnte in der Anhörung bedarfsgerechte Pauschalen als „zu teuer“ ab. „Das würde nur dazu führen, dass die, die eine geringere Miete haben, trotzdem die volle Pauschale bekommen“, argumentierte sie. Einsparungen in der Verwaltung würden sich dadurch kaum ergeben, da immer eine Einzelfallprüfung erfolgen müsse. „In der Praxis würden die Kommunen daher so gut wie nie auf Pauschalen zurückgreifen“, sagte Frank-Schinke.

Kontrovers diskutiert wurde das Thema Fristverlängerung bei „Zwangsumzug“. Der Einzelexperte Stefan Schiffersdecker hielt die im Antrag vorgeschlagene Fristverlängerung wegen Missbrauchsgefahr für zu lang. Für Holger Gautzsch vom Dortmunder Mieterverein könnte eine Fristverlängerung jedoch Sinn machen: Aufgrund der dreimonatigen Kündigungsfrist bei Wohnungen bliebe den Leistungsempfängern gegenwärtig kaum Zeit, eine neue Wohnung zu finden, sagte Gautzsch. Das Argument der Linksfraktion, die Wohnungssuche würde die Jobsuche behindern, ließ Michael Schweiger von der Bundesagentur für Arbeit nicht gelten. Dazu gebe es keine validen Erhebungen, betonte Schweiger.

Albig vor der Dänen-Ampel

SCHLESWIG-HOLSTEIN SPD, Grüne und SSW wollen im Norden gemeinsam regieren

Im nördlichsten Bundesland hat sich der Wind gedreht. Das Ergebnis der vorgezogenen Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai hat umfassende Veränderungen zur Folge: Die schwarz-gelbe Koalition ist abgewählt, der scheidende Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) verabschiedet sich in den Ruhestand. Ihm folgt die „Dänen-Ampel“ unter Führung des bisherigen Kieler Oberbürgermeisters Torsten Albig (SPD) – wenn seine Partei sich mit Grünen und Südschleswigischem Wählerverband (SSW) auf eine Koalition einigt. Sie kommen im neuen Landtag zusammen auf 35 Mandate und verfügen damit über eine Einstimmen-Mehrheit. Union und FDP hätten 227.475 Stimmen im Vergleich zur Wahl 2009 verloren, rechnete SPD-Spitzenkandidat Albig vor. „Deutlicher kann man als Wähler nicht sagen: Schwarz-Gelb wollen wir nicht.“

Dabei wurde die CDU mit 30,8 Prozent (-0,7) wie 2009 stärkste Partei, liegt nach Mandaten aber gleichauf mit der SPD (30,4/+5,9). Beide Parteien verfügen über je 22 Sitze im neuen Kieler Landtag. Die Grünen (13,2/+0,8) werden zehn Abgeordnete entsenden, die FDP (8,2/-6,7) und die Piratenpartei (8,2/+7,4) je sechs und die von der Fünf-Prozent-Hürde befreite Partei der dänischen und friesischen Minderheit SSW (4,6/+0,3) drei. Die Linke (2,2/-3,8) ist im neuen Landtag, der am 5. Juni erstmals zusammentritt, nicht mehr vertreten.

Während die geringe Wahlbeteiligung von 60,1 Prozent für trübe Stimmung bei den Parteien an der Kieler Förde sorgt, dürfen sich die Steuerzahler freuen: Der neue Landtag kostet sie deutlich weniger als der alte. Weil nur noch 69 statt 95 Abgeordnete im Parlament vertreten sind, spart das Land in den kommenden fünf Jahren rund 15 Millionen Euro ein. Die Verringerung der Mandate ist unter anderem eine Folge des veränderten Wahlrechts: Nach der Vorgabe des Landesverfassungsgerichts wurde die Zahl der Wahlkreise von 40 auf 35 reduziert und dadurch die Wahrscheinlichkeit von Überhangmandaten verringert. Dass dabei auch das Sitzverteilungsverfahren umgestellt wurde, hatte ebenfalls Folgen: Wären die Sitze wie noch 2009 nach dem d'Hondt-Verfahren verteilt worden, hätte die CDU auf Kosten der Grünen 23 statt 22 Mandate ergattert. Die „Dänen-Ampel“ stünde ohne Mehrheit da, und CDU-Spitzenkandidat Jost de Jager säße im Landtag. Weil die Christdemokraten 22 Direktmandate ge-

wannen, misslang dem bisherigen Wirtschaftsminister trotz Listenplatz eins der Einzug ins Parlament.

SPD-Spitzenkandidat Albig zeigte sich schnell entschlossen, den knappen Mandatsvorsprung von SPD, Grünen und SSW zu nutzen. „Die Mehrheit reicht, um einen Ministerpräsidenten zu wählen“, erklärte Albig am Wahlabend und legte später nach: „Mehrheiten sind dazu da, um organisiert zu werden: Die Ampel steht. Wir werden einen Koalitionsvertrag zimmern, der fünf Jahre hält.“ Die Grünen wollen das auch. Ihr Spitzenkandidat Robert Habeck erteilte sowohl einer schwarz-gelb-grünen Jamaika-Koalition als auch der klassischen Ampel mit SPD und FDP mit Blick auf die Liberalen eine schroffe Absage: „Wenn ich an Regierung denke, denke ich nicht an die FDP.“

Grünes Licht gab es auch von SSW-Spitzenfrau Anke Spoorendonk: „Die angestrebte Koalition hat eine eigene Mehrheit, das ist wichtig, und wir setzen alles daran, dass es eine solide Mehrheit ist.“ Kommt die „Dänen-Ampel“, trüge der SSW zum ersten Mal seit seiner Gründung 1948 Regierungsverantwortung.

Hohe Verschuldung Vorher müssten Knackpunkte wie der von den Grünen abgelehnte und von SPD und SSW befürwortete Ausbau der Autobahn A 20 ausgeräumt werden. Zudem steht die Haushalts-Konsolidierung des mit 27 Milliarden Euro verschuldeten Bundeslandes an, was nur bedingt mit den füllhornartigen Wahlverspre-

chen der SPD in Einklang zu bringen sein wird. Die bekennt sich zwar – wie Grüne und SSW – zur Schuldenbremse, doch Habeck warnte bereits vor der Wahl: „Wir werden keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, der gegen Adam Riese verstößt.“ Und nicht zu vergessen: Ein Stachel sitzt immer noch tief. 2005 hatten sich SPD, Grüne und SSW auch mit einer 35:34-Mehrheit zur Wiederwahl der damaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) verabredet. In vier Wahlgängen gab es aber jeweils eine Enthaltung des sogenannten, bis heute nicht identifizierten „Heide-Mörders“. Seit-

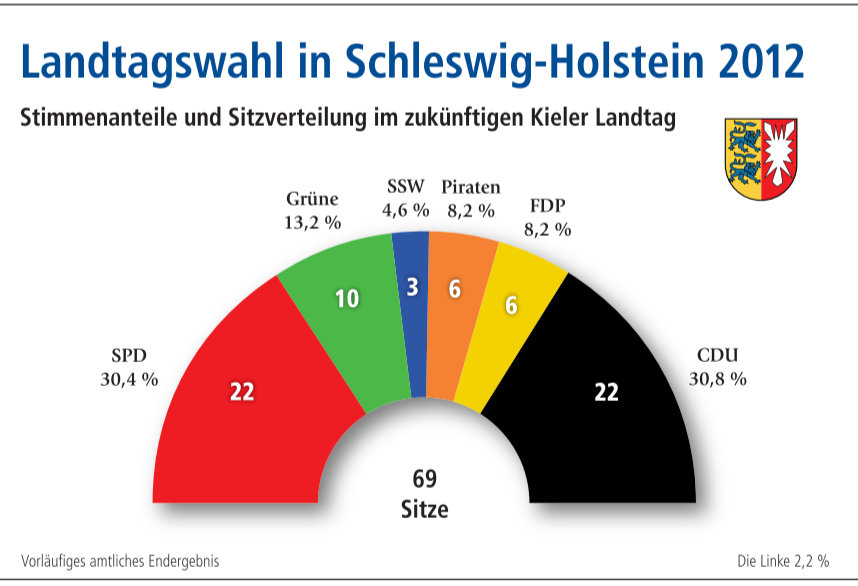
dem regierte Carstensen das „Land zwischen den Meeren“. Weil die SPD offensichtlich einen „Albig-Attentäter“ (Kieler Nachrichten) fürchtet, will sie für die Wahl am liebsten die Piraten mit ins Boot holen. Die stellten Bedingungen: Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung, mehr Transparenz in Politik und Verwaltung und Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. „Das wird ja immer bunter“, lästerte der zur Duldung der Ampel durch die Piraten befragte Jost de Jager.

Volker Stahl

Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.



»Die angestrebte Koalition hat eine eigene Mehrheit, das ist wichtig.«
Anke Spoorendonk (SSW)



Schwierige Truppenreform

BUNDESWEHR Verbände bezweifeln Erfolg des Begleitgesetzes

Der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV) und der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) haben Zweifel am zügigen personellen Umbau der Streitkräfte. In einer öffentlichen Anhörung des Verteidigungsausschusses über den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundeswehrreform-Begleitgesetzes (17/9340) in der vergangenen Woche äußerten sich der DBwV-Vorsitzende Oberst Ullrich Kirsch und der VBB-Vorsitzende Wolfram Kamm kritisch, ob es gelingen werde, die Truppe in den kommenden Jahren auf bis zu 185.000 Soldaten und die zivile Wehrverwaltung auf 55.000 Haushaltsstellen zu verkleinern und das Personal gleichzeitig zu verjüngen. Kirsch bemängelte, der Gesetzentwurf biete nicht genügend Anreize für Soldaten, frühzeitig in den Ruhestand oder in die Privatwirtschaft zu wechseln. Er plädierte dafür, die Hinzuverdienstgrenzen für Soldaten, die sich in den Ruhestand versetzen lassen, entweder ganz aufzuheben oder zumindest deutlich anzuhähen. Zeitsoldaten müssten zudem ihre während der Dienstzeit erworbenen Versorgungsansprüche bei einem Verlassen der Streitkräfte erhalten bleiben. Kritik äußerte VBB-Chef Kamm an der Festlegung der Vorruhestandsregelung für Beamte auf das 60. Lebensjahr. Er sprach sich dafür aus, die Grenze auf das 55. Lebensjahr

zu senken. Ebenso sei es nicht zielführend, die Zahl der Beamten, die in den Genuss einer Vorruhestandsregelung kämen, auf 1.050 zu beschränken. Wie Kirsch bemängelte, die mangelnde Übertragung von Versorgungsansprüchen bei einem Wechsel in die Privatwirtschaft. Übereinstimmend kritisierten Kirsch und Kamm, dass bislang nur die personellen Obergrenzen für das militärische und zivile Personal durch das Verteidigungsministerium benannt worden seien. Die Feinplanung liege aber immer noch nicht vor.

Arbeitsmarkt Positiv bewertete Karsten Bunk von der Bundesagentur für Arbeit die Chancen von wechselwilligen Berufs- und Zeitsoldaten auf dem Arbeitsmarkt – sei es in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst. Der demografische Wandel sorge in den kommenden Jahren für einen steigenden Fachkräftebedarf. Vor allem in den Bereichen Logistik und Lagerhaltung sowie im Gesundheitswesen herrsche schon jetzt eine erhöhte Nachfrage. Nachbesserungen forderte Merith Niehuss, Präsidentin der Bundeswehr-Universität München, bei den Weiterbildungsmöglichkeiten für Soldaten und bei der Familienfreundlichkeit der Streitkräfte. Nur so ließen sich mehr Frauen rekrutieren.

»Es gibt mehr als zwei Geschlechter«

RECHT Die Situation intersexueller Menschen soll nach dem Willen aller Fraktionen verbessert werden

Die SPD-Abgeordnete Christel Humme sieht in ihr eine „spezifische geschlechtliche Identität, die es uneingeschränkt zu respektieren gilt“, für die FDP-Parlamentarierin Sibylle Laurischk ist sie „eine Herausforderung für Gesellschaft, Medizin, Recht und Ethik“. Die Rede ist von Intersexualität, zu der der Deutsche Ethikrat eine als Unterrichtung vorliegende Stellungnahme (17/9088) erarbeitet hat. Danach bezieht sich Intersexualität auf „Menschen, die sich aufgrund von körperlichen Besonderheiten des Geschlechts nicht eindeutig als männlich oder weiblich einordnen lassen“. In der Vorlage, mit der sich der Bundestag vergangenen Donnerstag befasste, wird unter anderem vorgeschlagen, dass bei Personen, deren Geschlecht nicht eindeutig feststellbar ist, im Personenstandsregister neben der Eintragung als „weiblich“ oder „männlich“ auch „anderes“ gewählt werden kann.

Kritik an Ärzten Mit der Schaffung einer dritten Geschlechtskategorie soll nach den Worten des CDU-Abgeordneten Peter Tauber von intersexuellen Menschen der Zwang genommen werden, „sich gegen ihre tatsächliche Lebenswirklichkeit einem Geschlecht zuzuordnen zu müssen“. Intersexuelle Menschen müssten „als Teil der gesellschaftlichen Vielfalt und als biologische

Realität anerkannt werden“, gab Tauber zu Protokoll. Für die Linksfraktion forderte ihre Abgeordnete Barbara Höll, das Personenstandsrecht anzupassen, „so dass Intersexuelle als Menschen und als Rechtssubjekte anerkannt werden“. Auch Humme und die Grünen-Abgeordnete Monika Lazar warben für eine Änderung des Personenstandsrechts.

Humme kritisierte, dass betroffene Eltern noch zu oft von Ärzten zu einer Operation gedrängt würden, „um das vermeintliche Problem des uneindeutigen Geschlechts ihres Kindes zu beheben“. Als Baby oder Kleinkind sei aber „noch gar nicht feststellbar, ob die betreffende Person später eine männliche oder weibliche Geschlechtsidentität entwickeln wird“. Operationen an Babies oder Kleinkindern seien daher „schlichtweg unverantwortlich“, fügte Humme hinzu. Sie forderte, die Entscheidung über eine „irreversible geschlechtsweisende Operation“ solle ausschließlich der „direkt betroffene entscheidungsfähige Mensch treffen dürfen“. Laurischk gab als persönliche Auffassung zu Protokoll, „dass niemand ohne Erlaubnis – und durch das Lebensalter der Betroffenen anzunehmende Einsicht – das Recht hat, Veränderungen an den Genitalien eines Kindes oder Jugendlichen vorzunehmen“. Die „Behauptung,

man könne das Geschlecht eines Menschen durch medizinische Eingriffe festlegen“, führe auch mittel- und langfristig zu physischen und psychischen Komplikationen und dauerhaften Schäden, gab sie zu bedenken. Höll forderte ein Verbot „aller frühkindlichen Operationen an Intersexuellen, die zur Herstellung der Geschlechts-eindeutigkeit vollzogen werden“. Man müsse akzeptieren, dass es „mehr als zwei Geschlechter“ gebe.

Lazar begrüßte, dass sich die Empfehlungen des Ethikrates mit einem Antrag ihrer Frak-

tion deckten. Sie verwies darauf, dass der Ethikrat auch Kompetenzstellen und Beratungsstellen, „Geld für Selbsthilfegruppen und einen Fonds für „Anerkennung und Hilfe“ empfehle. Patientenakten sollten länger aufbewahrt werden. Auch fordere das Gremium, Mediziner, Psychologen und Hebammen besser auszubilden, die Öffentlichkeit aufzuklären und bürokratische Hürden etwa bei der Erstattung von Medikamentenkosten abzubauen. Regierung und Parlament müssten nun die Empfehlungen umsetzen.

Helmut Stoltenberg

STICHWORT

INTERSEXUALITÄT – Leben zwischen den Geschlechtern

> In Deutschland leben einer Schätzung zufolge 80.000 bis 120.000 intersexuelle Menschen.

> Die Bezeichnung **Intersexualität** bezieht sich laut Ethikrat auf Menschen, die sich aufgrund von körperlichen Besonderheiten nicht eindeutig als männlich oder weiblich einordnen lassen. Der Begriff lasse offen, ob es sich um ein drittes Geschlecht handelt oder ob die Zuordnung nur nicht festgelegt oder festlegbar ist.

> Der Ethikrat schlägt in seiner Stellungnahme unter anderem vor, dass bei Personen, deren Geschlecht nicht eindeutig feststellbar ist, neben der Eintragung als „weiblich“ oder „männlich“ auch „anderes“ gewählt werden kann.



Profiler Alexander Horn (oben links neben dem Leiter der „Soko Bosphorus“, Wolfgang Geier, im Jahr 2006), darunter eine Tatwaffe

V-Mann am Grill

U-AUSSCHUSS Kritik an einseitig gewichteten Ermittlungen nach Mordserie an Türken und Griechen

Eine solche Räuberpistole, ausbalanciert von der Polizei, bietet Stoff für Zeitungsschlagzeilen und Stammtischpalaver. Da betreibt die Kripo in Nürnberg auf Staatskosten ein halbes Jahr eine Döner-Bude in der verwegenen Hoffnung, an Informationen aus dem kriminellen Milieu zu kommen, das man hinter der Erschießung von drei türkischen Kleinunternehmern in der Stadt vermutete. Rechnungen von Lieferanten wurden nicht bezahlt, um zu schauen, was dann passiert. Vielleicht würden ja Drückerkolonnen oder Rollkommandos anrücken, um dem V-Mann am Grillspieß eins auf die Mütze zu geben. Schließlich hatten nach Erkenntnissen der Polizei, argumentiert der baden-württembergische Profiler Udo Haßmann, die drei Nürnberger Getöteten sowie sechs türkische und griechische Opfer in München, Rostock, Hamburg, Dortmund und Kassel allesamt Geldprobleme.

Aufsehen im Ausschuss Im Untersuchungsausschuss, der Fehlgriffe der Sicherheitsbehörden bei den Recherchen zu der Mordserie durchleuchten soll, sorgte die Story um den getarnten Döner-Imbiss am Donnerstag und Freitag vergangener Woche für Aufsehen. Ob denn in der Umgebung Scharfschützen lauerten, um den V-Mann notfalls retten zu können, sollte Oberstaatsanwalt Walter Kimmel erläutern, der für die fünf bayerischen Morde zuständig war. Oder ob die Bude samt den Kunden, die sich Fleisch und Salat in Teigtaschen füllen ließen, anderweitig überwacht wurde. Und wie man das Gewerbeaufsichtsamt getäuscht habe, für den Imbiss bedurfte es ja einer Genehmigung. Doch der Zeuge gab sich unkundig, nicht mal an das Jahr dieses Spektakulums könne er sich erinnern, das sei Sache der Polizei gewesen. Einsilbig

blieb er auch bei der Frage von SPD-Obfrau Eva Högl, was es damit auf sich habe, dass eine Polizistin als Journalistin getarnt in Ausländerkreisen Nachforschungen angestellt haben soll. Der V-Mann am Grillspieß blieb erfolglos, inzwischen lasten Fahnder die Mordserie einschließlich der Erschießung einer Polizistin in Heilbronn dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) an.

Schieflage Den Döner-Coup, auf den der vom Ausschuss ernannte Ermittlungsbeauftragte Bernd von Heintzel-Heinegg eher zufällig stieß, wollten die Parlamentarier gar nicht mal kritisieren. Die aufwendige Aktion demonstrierte indes, monierte der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD), dass die Ermittlungen im kriminellen Bereich „mit ungleich höherem Aufwand betrieben wurden als die Suche nach Tätern mit rechtsextremem Hintergrund“. Unions-Obmann Clemens Binninger (CDU) beklagte eine „falsche Schwerpunktsetzung“. Von einer „Schieflage“ sprach Högl. Die Döner-Geschichte belege, dass man den Hinweisen eines Profilers, möglicherweise kämen auch einzelne, rechtsextremistisch orientierte Personen als Täter in Frage, nicht mit der „gleichen Phantasie, Intensität und Akribie“ nachgegangen sei wie Recherchen im kriminellen Milieu. Dieser Polizei-Profiler lehrte die Abgeordneten das Staunen. Alexander Horn hatte 2006 eine Hypothese entwickelt, die den mutmaßlichen Mördern Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt vom NSU-Trio erstaunlich nahe kam: Als Täter in Betracht könnten zwei junge Männer kommen, die in erster Linie Menschen „zerstören“ wollten, dies über das „Vehikel“ Rechtsextremismus und Türkenfeindlichkeit betrieben und sich aus der als lasch empfundenen rechtsextremen Szene gelöst hatten, um zuzuschlagen. Ein-

ziger Fehler: Horn verortete den „Verankerungspunkt“ der Täter in Nürnberg. Doch seine Hypothese war nur ein Ermittlungsansatz neben anderen. Horn konterte Fragen, die auf eine gewollte Missachtung seiner Theorie zielten: Seine Erwägungen seien von den Ermittlern „erst genommen worden“. Haßmann schilderte dem Ausschuss seine ganz andere, nämlich in den kriminellen Bereich weisende Hypothese, die durchaus plausibel anmutete. Kimmel wehrte sich gegen Vorhaltungen, man habe nicht alle Spuren mit Nachdruck verfolgt: „Aus der Sicht von damals wurde alles Menschenmögliche getan.“ Der Zeuge widersprach auch Vorwürfen, er habe verhindern wollen, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen an sich ziehe: „Wir hatten zu wenig Anhaltspunkte für einen rechtsextremen Hintergrund.“

Handfeste Spur Die einzige handfeste Spur blieb bis zum Auffliegen des NSU die Tatwaffe, die als Spezialanfertigung einer Ceska mit verlängertem Lauf und Schalldämpfer identifiziert wurde. Binninger bohrte zu diesem Thema bei Kimmel und Christian Hoppe vom Bundeskriminalamt nach. Den Unions-Obmann treibt die Frage um, warum der unklare Verbleib von zuletzt nur noch acht Ceska-Exemplaren nicht ermittelt wurde. Unter diesen wenigen Pistolen befand sich die Tatwaffe, deren Umlauf nach der Entdeckung des NSU über einen Schweizer erhellte wurde, der schon zuvor als Käufer einer Ceska vermutet worden war – wobei sich laut Hoppe trotz Hausdurchsuchung kein Beweis fand. Seinerzeit habe man in Kooperation mit Schweizer Kollegen alles getan, was möglich gewesen sei. Wäre die Tatwaffe früher gefunden worden, sinnierte Binninger, „hätte der Mord an der Polizistin in Heilbronn vielleicht verhindert werden können.“

Karl-Otto Sattler

KURZ NOTIERT

Internetfähige Computer für Hartz-IV-Bezieher gefordert

Internetfähige Computer gehören nach Auffassung der Fraktion Die Linke zum soziokulturellen Existenzminimum. In einem Antrag (17/9411) fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, „der sicherstellt, dass ein internetfähiger Computer in Form eines Sonderbedarfs nach Paragraph 24 Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuches (SGB II) als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums anerkannt wird“. Nach dieser Gesetzesregelung werden bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende unter anderem Leistungen etwa für „Erstausstattungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten“ gesondert erbracht. Zur Begründung schreibt die Fraktion, die staatliche Unterstützung bei der Anschaffung internetfähiger Technik sei verfassungsrechtlich geboten. *sto*

Linke legt Große Anfrage zu Altersarmut von Frauen vor

„Alterssicherung und Altersarmut von Frauen in Deutschland“ lautet der Titel einer Großen Anfrage der Fraktion Die Linke (17/9431). Wie die Fraktion darin schreibt, sind Frauen „in besonderem Maße von unzureichender sozialer Absicherung und Armut im Alter betroffen“. Viele hätten aufgrund diskontinuierlicher Erwerbsbiografien – bedingt durch „Zeiten der familiären Sorgearbeit“ –, von Teilzeitarbeit, Minijobs und Niedriglöhnen nur geringe eigenständige Rentenansprüche. Sie verfügten zudem in wesentlich geringerem Maße über zusätzliche Vorsorge im Rahmen privater oder betrieblicher Alterssicherung als Männer. Daher seien sie „im Alter in hohem Maße abhängig von der meist über den Partner abgeleiteten Sicherung“. Diese könne wegen zunehmender Scheidungsraten, absinkender Rentenansprüche der Männer sowie Kürzungen bei der Witwenrente „die Funktion der Absicherung von Frauen im Alter jedoch immer weniger erfüllen“. *sto*

Linksfraktion für Verbot von Parteiensponsoring

Die Einflussnahme von Großunternehmen auf die Politik stellt nach Meinung der Fraktion Die Linke eine Gefahr für die Demokratie dar. In einem Antrag (17/9063) zu einer Reform des Parteiengesetzes fordert sie ein Verbot von Spenden durch juristische Personen sowie ein Verbot des Sponsoring von Parteien. Ferner soll die Spendenhöhe für natürliche Personen auf 25.000 Euro jährlich begrenzt werden. *bob*

Rückenwind aus Dresden

EXTREMISMUSKLAUSEL Opposition fordert Streichung

Die Oppositionsfraktionen haben ihre Forderung an die Bundesregierung erneuert, die sogenannte Extremismusklausel aus den Richtlinien der Bundesprogramme gegen Extremismus zu streichen und die Vergabe von Fördergeldern nicht länger an die Unterzeichnung der Erklärung zu knüpfen. Den entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion (17/9558) debattierte der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung und überwies ihn zur weiteren Beratung in die Ausschüsse. Die seit Monaten umstrittene Klausel verpflichtet Initiativen, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und eine entsprechende Erklärung auch für alle Partner, mit denen sie zusammenarbeitet, abzugeben. SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen berufen sich auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Dresden, das Teile dieser Klausel für rechtswidrig erklärt hat. Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Pirna hatte gegen die Klausel geklagt, die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) im vergangenen Jahr für die Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, „Initiative Demokratie stärken“

und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ eingeführt hatte. Nach Ansicht der Dresdner Richter ist die Klausel jedoch an einigen Stellen zu ungenau formuliert. Es sei unklar, wer etwa Partner einer Initiative sei und welches Verhalten vom Empfänger der Fördergelder konkret verlangt werde. Da das Gericht wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Urteils eine Berufung zugelassen hat, geht das Verfahren jetzt allerdings vor dem sächsischen Obergericht in die nächste Instanz. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP lehnen die Forderung nach einer Streichung der Klausel ab. Das Gericht habe das geforderte Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Ein solches Bekenntnis sei zudem eine Selbstverständlichkeit, wenn eine Initiative Fördergelder des Bundes erhalten wollen, um Projekte zu finanzieren. Die Oppositionsfraktionen halten dagegen, mit der Extremismusklausel würden Menschen und Initiativen, die sich beispielsweise gegen Rechtsextremismus engagieren, unter den Generalverdacht gestellt, sie seien Verfassungsfeinde. *aw*

Ein Boxer bei der Kiko

KINDERKOMMISSION Urlaub für sozial Schwache gefördert

Einmal Urlaub bei einem Boxweltmeister: Rania El-Masri und Ahmad Zaid sind zwei von fast 100 Kindern, die den ersten Urlaub ihres Lebens mithilfe der „Kinderreisen“ der Deutschen Fernsehlotterie in einem Ferienlager des ehemaligen Boxweltmeisters Henry Maske erlebt haben. Schirmherrin dieser Aktion ist die Kinderkommission (Kiko) des Deutschen Bundestages, die Rania, Ahmad und Ex-Boxer Maske in der vergangenen Woche als Gäste begrüßte.

Die Kinderreisen bescheren rund 200 Kindern im Alter von acht bis 17 Jahren aus armen Familien in diesem Jahr eine Woche Urlaub an einem Feriengrund in Deutschland. „Dort haben wir Fußball gespielt, am Strand Steine gesammelt und Brot selber gebacken“, erzählte der elfjährige Ahmad Zaid von seinen Erlebnissen in der „Perspektivfabrik“ in Brandenburg, die auf eine Stiftung des Boxers zurückgeht. Maske ist Botschafter der Aktion, die „die Chance bietet, den Kindern etwas zu geben, was sie nicht haben“. Mit Sport-, Spiel- und Lernangeboten könnten Kinder neue Seiten an sich entdecken, Vertrauen gewinnen und „Freizeit abseits des Alltags erleben“. Die Vorsitzende der Kiko, Diana Golze (Die Linke), unterstrich, wie wichtig es sei, dass Kindern auch aus „einkommensschwachen Familien unbeschwerter Tage ermöglicht werden“. Doch leider würden zu viele in „einem so reichen Land wie Deutschland aufgrund des schmalen Einkommens ihrer Eltern nie einen richtigen Urlaub erleben“. Christian Kipper von der Deutschen Fernsehlotterie dankte der Kiko dafür, dass sie zum fünften Mal die Schirmherrschaft übernimmt. Seit 2006 konnten etwa 750 Kinder durch Mittel der Lotterie in die Ferien geschickt werden. *Jan Eisel*



Zu Besuch beim Bundestag: Henry Maske

Anzeige

SCHÜTZT
Tetra Pak
WAS GUT IST™

ICH BIN ÖKOLOGISCH VORTEILHAFT.

Du hast es in der Hand.

Tetra Pak Getränkekartons liefern gute Gründe, warum sie zu den ökologisch vorteilhaften Verpackungen zählen: Sie bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern und werden in Deutschland mit Ökostrom hergestellt. Und noch ein weiterer von vielen Vorteilen für unsere Umwelt: Nach dem Gebrauch sind Tetra Pak Getränkekartons vielseitig wiederverwertbar.

tetrapak.de

Wohnraum für ärmere Bürger

RECHT Die Bundesregierung soll nach dem Willen der SPD-Fraktion einen dringenden Bedarf nach sozialer Wohnraumförderung für die Zeit von 2014 bis 2019 anerkennen. In einem Antrag (17/9425) verweisen die Abgeordneten darauf, dass ohne Wohnraumförderung eine Verknappung von preiswerten Wohnungen in Wachstumsregionen zu erwarten sei. Begleitend will die Fraktion das soziale Mietrecht erhalten und „klimagerecht“ verbessern, wie sie in einem weiteren Antrag (17/9559) schreibt. Beide Anträge waren vergangenen Freitag Thema einer Plenardebatte im Bundestag. Die Wohnraumförderung soll Wohnraum für ärmere Bürger bezahlbar machen. 2007 ist sie vollständig auf die Länder übergegangen, doch der Bund zahlt Kompensationen von jährlich 518,2 Millionen Euro. Ab 2013 gilt aber der Prüfauftrag des Artikels 143c des Grundgesetzes und des Paragraf 6 des Entflechtungsgesetzes, wonach Höhe, Erforderlichkeit und Angemessenheit bis 2019 überprüft werden müssen. Zurzeit verhandeln Bund und Länder über die Höhe der Mittel, die bis 2019 weitergezahlt werden. Der SPD-Abgeordnete Ingo Eglhoff erklärte, dass die Debatte über soziales Mietrecht überfällig sei. Dem widersprach der CDU-Abgeordnete Jan-Marco Luczak: Die SPD-Fraktion wolle lediglich mit Blick auf Nordrhein-Westfalen Wahlkampfhilfe leisten. Die Linke-Abgeordnete Heidrun Blum stimmte zwar den Zielen der SPD zu, zeigte sich jedoch überzeugt, dass diese mit deren Antrag nicht zu erreichen seien. Der FDP-Abgeordnete Sebastian Körber betonte, dass Vermieter vor möglichen Mietnomaden zu schützen seien. „Für uns ist entscheidend, dass durch Sanierung der Wohnwert steigt, aber keine Luxussanierung stattfindet“, erklärte Daniela Wagner von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. **ver** ||



Darin sind sich die Fraktionen einig: Bietet der Arzt Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) an, sollten Patienten genau hinsehen.

Wenn die Extras Stacheln haben

GESUNDHEIT Die SPD will Leistungen, die Kassenpatienten selbst zahlen müssen, eindämmen. Schutz oder Bevormundung?

Igel sind possierliche Tierchen, und eigentlich hat sie jeder trotz ihrer Stacheln gern. Doch um die kleinen Säugetiere geht es der SPD-Abgeordneten Mechthild Rawert nicht, wie sie am vergangenen Donnerstag im Bundestag sogleich klarstellte: „Hier reden wir aber über ganz andere IGeL. Wir reden über die individuellen Gesundheitsleistungen.“ Das sind Untersuchungen oder Behandlungen, die Haus-, Fach- oder Zahnärzte anbieten, die von den gesetzlichen Krankenkassen nicht übernommen werden. Zu den IGeL gehören etwa Reiseimpfungen und Atteste, aber auch die Messung des Augeninnendrucks zur Früherkennung von grünem Star (Glaukom-Test). Der Patient muss dafür aus eigener Tasche zahlen – und das immer öfter.

»Geschäftemacherei« Rund 1,5 Milliarden Euro Umsatz bescherten IGeL ärztlichen Praxen jährlich an Umsatz, erläuterte Rawert und brandmarkte in diesem Zusammenhang die „Geschäftemacherei in Arztpraxen“. Die SPD-Fraktion will die IGeL eindämmen, denn manche dieser Leistungen seien nicht nur unnötig, sondern schädlich, wie Mechthild Rawert sagte. Zudem sei es zweifelhaft, dass ein Patient, der sich elend fühle und deshalb eine Arztpraxis aufsuche, ein „mündiger Vertragspartner“ sein könne. Eine Kernforderung des Antrags (17/9061), der die Grundlage der Plenardebatte bildete, ist die Trennung der Selbstzahlerangebote von der normalen Behandlung. Das heißt, ein Patient, der eine IGeL in Anspruch nehmen möchte, müsste ein zweites Mal in die Praxis kommen. Damit solle Patienten ermöglicht werden, die Entscheidung für oder gegen eine IGeL „ohne Druck und Zwang zu treffen“, heißt es in dem Antrag. Die FDP-Abgeordnete Gabriele Molitor warf der SPD „Regelungswut“ vor. „Wir teilen Ihr Menschenbild nicht, wonach der Patient ein wehrloses Opfer ist“, betonte sie. Der Koalition wolle Patienten ein „Wunsch- und Wahlrecht“ auch in Zukunft ermöglichen. Der SPD dagegen gehe es um eine „ge-

setzlich verordnete Zwangsbedenkpause, um auf diesem Wege die Patienten zu einem erneuten Arztbesuch zu zwingen und dadurch die Leistungen zu erschweren oder gar zu verhindern“. Die SPD bevormunde die Menschen und traue ihnen überhaupt nichts zu. Molitor fügte hinzu, sie wolle eine Lanze für die Therapiefreiheit brechen. So seien beispielsweise auch Naturheilverfahren „zum großen Teil“ individuelle Gesundheitsleistungen. Der CDU-Abgeordnete Erwin Rüdell betonte, der Antrag der SPD-Fraktion erwecke den Eindruck, dass ihr „jegliche Wahlfreiheit der Patienten ein Dorn im Auge ist“. Die Linksparlamentarierin Kathrin Vogler wachte ein, dass IGeL nicht selten in Situationen angeboten würden, „in denen eine selbstbestimmte Entscheidung“ nicht vorstellbar sei – etwa wenn Frauen von ihrem Gynäkologen eine vaginale Ultraschalluntersuchung angeboten bekämen, während sie auf dem Untersuchungsstuhl liegen. Die SPD-Abgeordnete Marlies Volkmer, selbst approbierte Ärztin, sagte, inzwischen gebe es „eine regelrechte IGeL-Industrie, die Handbücher, Werbemittel und sogar Kongresse und Fortbildungsseminare für die Arztpraxen anbietet“. Hier werde „der Arzt zum Kaufmann“ und verletze „seine ethischen Grundsätze“. Im Übrigen habe auch ein Verhaltenskodex, der im Jahr 2006 vom Deutschen Ärztetag beschlossen worden sei, den IGeL-Boom nicht verhindert.

Medizinisch fragwürdig Einig sind sich die Fraktionen darin, dass einige IGeL medizinisch zumindest fragwürdig sind. Mehrere Abgeordnete über die Fraktionsgrenzen hinweg wiesen daher auf das Internetportal IGeL-Monitor, das vom Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen finanziert wird. „Dieses gibt den Versicherten die Möglichkeit, sich im Internet umfassend über die Bewertung diverser IGeL-Leistungen zu informieren“, sagte etwa Erwin Rüdell. Der IGeL-Monitor bewertet beispielsweise den Ultraschall der Eierstöcke zur Krebs-

früherkennung als „negativ“. Der „Schaden“ dieser IGeL wiege „deutlich schwerer als ihr Nutzen“, heißt es in dem Internetportal zur Begründung. Frauen würden „durch Fehlalarme häufig unnötig beunruhigt und sogar eigentlich gesunde Eierstöcke entfernt“. Zur besseren Aufklärung über Sinn und Unsinn einer angebotenen IGeL verlangt die SPD in ihrem Antrag, dass Patienten in einem persönlichen Gespräch mit dem Arzt umfassend über ein angebotenes medizinisches Extra informiert werden. Ferner solle es grundsätzlich einen schriftlichen Behandlungsvertrag und eine Rechnung geben. Bei Formverstößen wie etwa fehlenden Informationen im Behandlungsvertrag muss der Patient nach SPD-Vorstellungen die Rechnung nicht zahlen.

Patientenrechtegesetz Mit diesen Forderungen renne die SPD offene Türen ein, sagte Erwin Rüdell. Die Union wolle im Patientenrechtegesetz dafür Sorge tragen, dass die Versicherten im Hinblick auf IGeL „umfassend geschützt werden“. Dazu zählte Rüdell die ärztliche Aufklärungspflicht und einen Behandlungsvertrag unter Angabe der voraussichtlichen Kosten und dem Hinweis, dass die Leistung „medizinisch nicht notwendig ist“. Die Sprecherin der Grünen-Fraktion für Patientenrechte, Maria Klein-Schmeink, konkret, Rüdell habe „eine schöne Liste vorgelegt“. Sie sei gespannt, was davon tatsächlich im Patientenrechtegesetz stehen wird. „Der jetzige Vorschlag jedenfalls enthält alle die Aspekte, die Sie gerade betont haben, nicht“, sagte Klein-Schmeink an Rüdell gewandt. Sie sprach sich für „eine Positiv- und eine Negativliste der IGeL“ aus. Einen weiteren Vorschlag machte der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion, Harald Weinberg: Ärzte sollten „getrennte GKV- und IGeL-Sprechstunden abhalten“. **Monika Pilath** ||

Mehr zum Thema unter: www.igel-monitor.de und www.kbv.de

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Debatte um Cannabis als Medizin

GESUNDHEIT Cannabis kann Leiden von schwer kranken Menschen lindern – darüber herrscht in der Fachwelt weitgehend Einigkeit. Auch die Pharmaindustrie hat das Potenzial der Pflanze erkannt. In den nächsten Jahren werde in Sachen Zulassung neuer Cannabis-Medikamente etwa zur Behandlung von Tumorschmerzen und Diabetes „noch viel stattfinden“, sagte die Vertreterin des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, Heike Niemann, in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses vergangene Woche. Diese machte vor allem deutlich, dass Cannabis als Medizin vielen Patienten nicht zugänglich ist. Die Grünen-Fraktion will das mit einem Antrag (17/6127) ändern – und stieß auf ein geteiltes Echo. Die Bundesärztekammer warnte vor einer Legalisierung von Therapien, die auf im Eigenanbau erzeugtem Cannabis beruhen. Diese könnten „Patienten ernsthaft gefährden“, sagte der Anästhesiologe Lukas Radbruch, Mitglied der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzte-

schaft. Mehrere Experten machten im Gegenzug auf die schwierige Rechtsituation von Patienten aufmerksam, die Cannabis-Medikamente benötigen. Bislang hätten nur rund 60 Patienten vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Verwendung von Cannabis erhalten, erläuterte Georg Wurth vom Deutschen Hanf Verband. Doch die monatlichen Therapiekosten in Höhe von bis zu 1.500 Euro müssten die Patienten selbst tragen. „Das können sich die meisten nicht leisten“, sagte Gabriele Gebhardt von der Patientenvereinigung Selbsthilfenetzwerk Cannabis als Medizin. Patienten „haben im Prinzip keine Chance, legal an Cannabis zu kommen“, sagte Wurth. Viele Patienten seien in der Folge bereits zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt worden. Der Rechtsprofessor Lorenz Böllinger betonte, der illegale Cannabis-Konsum aus medizinischen Gründen würde bei einer besseren Kostenersatzung deutlich sinken. **mpi** ||

Leichter zum Elterngeld

FAMILIE Das Elterngeld einfacher handhabbar werden: Einfacher zu beantragen für die Eltern, einfacher zu bearbeiten für die Verwaltungen. Dafür hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf (17/1221) vorgelegt. „Ohne eine grundlegende Vereinfachung können die durchschnittlichen Laufzeiten nicht unter einem Monat gehalten werden“, heißt es in der Begründung. Auch die Experten in einer Anhörung des Familienausschusses zu dem Entwurf forderten vergangene Woche deutliche Erleichterungen. Für die Ermittlung des Elterngeldes orientiere sich der Gesetzgeber am Einkommenssteuerrecht, sagte Dirk H. Dau, ehemaliger Richter am Bundessozialgericht. Man sei davon ausgegangen, dass dies die Ermittlung erleichtere. In Wahrheit sei die Bestimmung der Einkommenshöhe einer der größten Streitfälle.

Der Familienbund der Katholiken befürwortete, den Bezug des Elterngeldes durch eine stärkere Pauschalierung zu vereinfachen, sagte Markus Falbauer. Allerdings könnten Familien mit behinderten Kindern benachteiligt werden, wenn Freibeträge – wie vorgesehen – nicht berücksichtigt würden. Er forderte grundsätzliche Gesetzesänderungen. Der Gesetzgeber definiere zwar einen dreijährigen Schonraum für Familien, unterstütze sie aber nur im ersten Jahr finanziell. Das müsse geändert werden. Auch die Hamburger Professorin Margarete Schuler-Harms sah dies kritisch. „Mich würde interessieren, wie viel Verwaltungsaufwand eingespart wird“, sagte sie. Würden einzelne Gruppen schlechter gestellt, sei das eventuell durch einen deutlich geringeren Verwaltungsaufwand zu rechtfertigen. **ske** ||

Endloser Streit um Betreuungsgeld

FAMILIE Die geplante Einführung des Betreuungsgeldes entwickelt sich zum Dauerstreitpunkt. Nachdem das Parlament in den vergangenen Wochen bereits mehrfach darüber debattiert hatte, setzte es die SPD-Fraktion am vergangenen Donnerstag erneut auf die Tagesordnung. Das Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 und später 150 Euro pro Monat soll ab 2013 an Eltern gezahlt werden, die keinen Kitaplatz für ihre ein- bis dreijährigen Kinder in Anspruch nehmen. Es solle Eltern lediglich „schmackhaft“ gemacht werden, auf einen Kita-Platz zu verzichten, kritisierte Dagmar Ziegler (SPD). Sie kündigte an, dass die SPD notfalls vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung klagen werde. Auch die Linke und Bündnis 90/Die Grünen erneuerten ihre Fundamentalkritik am Betreuungsgeld. Dies sei eine „Fehlinvesti-

on“. Die veranschlagten 1,2 Milliarden Euro sollten stattdessen in den quantitativen und qualitativen Ausbau von Kita-Plätzen investiert werden, argumentierten Dina Golze (Linke) und Katja Dörner (Grüne). Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) wies die Kritik zurück und attackierte die Opposition scharf. Sie habe jegliche Sensibilität für junge Familien verloren und stelle Eltern unter Generalverdacht: Mütter würden als „Heimchen am Herd“ verspottet, wenn sie ihre Kinder daheim erziehen wollen statt sie in eine Kita zu geben. Das Betreuungsgeld stehe dem Kita-Ausbau nicht im Wege. Der Bund habe die zugesagten vier Milliarden Euro bereitgestellt. Miriam Gruß (FDP) erneuerte die Skepsis der Liberalen gegenüber dem Betreuungsgeld. Solange jedoch kein Gesetzentwurf vorliege, seien alle Debatten „nur heiße Luft“. **aw** ||

Eine Frage der Einstellung

FAMILIE Potenziale älterer Menschen sollen genutzt werden

Die Potenziale älterer Menschen sollen in der Gesellschaft besser genutzt und die geltenden Altersgrenzen auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu gehört auch eine Flexibilisierung des Eintrittsalters in den Ruhestand. Den entsprechenden gemeinsamen Antrag der CDU/CSU- und FDP-Fraktion (17/8345) verabschiedete der Bundestag am vergangenen Freitag mit den Stimmen der Koalition gegen das Votum der SPD und der Linksfraktion bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen. Das Alter eines Menschen sei nicht abhängig von seinem Geburtsdatum, sondern von seiner Einstellung, argumentierte der CDU-Parlamentarier Markus Grübel. Die gängigen und oft falschen Vorstellungen über das Alter müssten revidiert werden. Alter sei nicht nur durch Krankheit und Pflegebedürftigkeit gekennzeichnet. Grübel und seine FDP-Kollegin Nicole Bracht-Bendt verwiesen darauf, dass es in Deutschland zwar möglich sei, mit 72 Jahren Bundespräsident

zu werden, aber in einigen Bundesländern nicht einmal mehr Schöffe an einem Gericht oder Bürgermeister. Solche Altersgrenzen könne sich die Gesellschaft angesichts des demografischen Wandels nicht länger leisten. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) verwies auf das große Engagement älterer Menschen im Bundesfreiwilligendienst. Dies müsse ausgebaut werden. Die Koalition berief sich auf die Ergebnisse des „Sechsten Berichts zur Lage der älteren Generation“ (17/3815). Die Opposition stimmte der Einschätzung der Koalition über einseitige Altersbilder in der Gesellschaft prinzipiell zu. Allerdings beschränke sich deren Antrag weitgehend auf „Appelle und Prüfaufträge“, monierte Elisabeth Scharfenberg (Grüne). Es könne nicht sein, dass eine hochrangige Expertenkommission einen Altenbericht erstelle und die Koalition daraus keine konkrete Politik entwickle. Wie schon der Altenbericht klammere die Koalition zudem große Problemfelder aus. Es sei „beschämend“, wie viele ältere Menschen im reichen Deutschland unter der Armutsgrenze leben müssten, argumentierte Petra Crone (SPD). Die Koalition aber mache keinerlei Aussagen zu Themen wie Altersarmut oder Altersdiskriminierung. Die SPD-Fraktion hatte einen eigenen Antrag eingebracht (17/2145), der aber mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt wurde. Scharfe Kritik wurde aus den Reihen der Linksfraktion laut. Deren Abgeordnete Heidrun Dittrich forderte eine Senkung des Renteneintrittsalters. **aw** ||



Fit und engagiert im Alter: Die Politik will dies nutzen.



Bundeswehrosoldaten nehmen im Golf von Aden Piraten fest. Das erweitert Atalanta-Mandat erlaubt ihnen künftig auch, aus der Luft die Logistik der Seeräuber an Land aufzuspüren und auszuschalten.

Der Strand als Kampfzone

ATALANTA Das neue Mandat erlaubt die Piratenjagd an Land. Die Opposition befürchtet Eskalation in Somalia

Ein breiter Konsens sieht anders aus: Zum ersten Mal fand eine Mandatsverlängerung für die im Jahr 2008 begonnene EU-geführte Militäroperation „Atalanta“ nicht die Unterstützung von SPD und Grünen. Dank der Koalitionsmehrheit werden sich bewaffnete deutsche Streitkräfte dennoch weiterhin an der Piratenjagd vor der Küste Somalias beteiligen. Anders als bisher sollen sie nun auch in einem zwei Kilometer breiten Küstenstreifen die Logistik der Piraten aus der Luft aufspüren und ausschalten dürfen. Diese Ausweitung des Mandats stößt SPD und Grünen übel auf. Bei der namentlichen Abstimmung am vergangenen Donnerstag votierte die überwiegende Zahl der Sozialdemokraten mit Nein. Die Mehrheit der Grünen entschied sich für eine Stimmenthaltung. Die Linksfraktion als dritte Oppositionskraft lehnte den Antrag der Bundesregierung (17/9339, 17/9598) geschlossen ab. Die „unnötige Ausdehnung“ des Mandates verhindere den Konsens bei diesem bisher „erfolgreichen Einsatz“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Frithjof Schmidt. Die SPD-Fraktion stehe weiter hinter der laufenden

Atalanta-Mission, machte deren Außenexperte Gernot Erler deutlich. Man sei aber nicht bereit, einem solchen „unverantwortlichen Schritt“ die Zustimmung zu geben. Aus Sicht der Linksfraktion war der Einsatz hingegen „von Anfang an eine Scheinlösung“, wie Christine Buchholz sagte. Bundesregierung und Koalition kritisierten die Haltung von SPD und Grünen. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) bemängelte, die Entscheidung habe „mehr mit



»Der Einsatz ist ein Hochrisiko-Einsatz und keine Petitesse.«

Frithjof Schmidt (Grüne)

Wahlkämpfen zu tun als mit der Interessenwahrnehmung deutscher Außenpolitik.“ Der Unionsabgeordnete Florian

Hahn vertrat die Ansicht, ein Nein bei der Abstimmung sei auch ein Nein zur gesamten Atalanta-Operation. Der FDP-Abgeordnete Burkhardt Müller-Sönksen warf den Sozialdemokraten vor, sie verlangen von der Bundesregierung, sich von ihren europäischen Partnern zu isolieren. Seiner Ansicht nach ist es falsch, immer nur über die zusätzlichen Aufgaben zu diskutieren, so Müller-Sönksen. Es handle sich hierbei lediglich um die Öffnung einer Zusatzoption. „Der Kern ist und bleibt die Piraten-

bekämpfung auf See und der Schutz der Schiffe des Welternährungsprogramms“, betonte er. Für die Ablehnung habe er kein Verständnis. „Deutschland befindet sich als exportorientierte Nation in einer besonderen maritimen Abhängigkeit“, sagte Müller-Sönksen. Wenn man der Piraterie nicht entschieden entgegen trete, schade man der deutschen und der europäischen Volkswirtschaft in großem Maße.

Opposition zweifelt „Es gibt auch Optionen, die man besser nicht hat“, entgegnete Gernot Erler und begründete die Ablehnung der SPD-Fraktion unter anderem mit der Abhängigkeit von Luftaufklärung. „Was muss eigentlich noch passieren, um bei Ihnen Zweifel aufkommen zu lassen?“, fragte Erler in Richtung Koalition. Offenbar habe man dort verdrängt, wie oft es dabei zu „tragischen und politisch verheerenden Fehlurteilungen“ gekommen sei. Das sei im Kosovo der Fall gewesen, ebenso wie in Afghanistan. „Offenbar haben Sie verdrängt, in welcher tragische Verstrickung uns der Fall Kunduz gebracht hat“, sagte Erler.

Für Florian Hahn (CSU) besitzt das Mandat „keine neue Qualität“. Es bestehe nicht die Absicht, den Kampf an Land zu tragen. Vielmehr gehe es darum, „dass es gar nicht erst zu einem Kampf auf See kommt“. In dem man die Basis der Piraten an Land zerstöre, schränke man deren Handlungsfähigkeit weiter ein, sagte er. Hahn kritisierte

die ablehnende Haltung der SPD. Damit stelle die Fraktion die „Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit des deutschen Beitrages in Frage“.

„Hören Sie auf, die neue Qualität klein zu reden“, forderte hingegen Frithjof Schmidt. Die Ausweitung sei ein Hochrisiko-Einsatz und keine Petitesse. Es bestehe damit die „Gefahr der Delegitimierung einer legitimen Aktion“, befand Schmidt. Außerdem sei es leicht für die Piraten, die Pläne zu durchkreuzen, indem sie einfach mehr als nur zwei Kilometer in das Landesinnere zurückgehen. „Und dann werden sie wieder hier stehen und eine Debatte um eine erneute Ausweitung des Einsatzgebietes führen“, prognostizierte der Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Anders als SPD und Grüne hatte die Linksfraktion von Anfang an gegen den Atalanta-Einsatz gestimmt. Wenn die Mission angeblich ein Erfolg sei, frage sie sich, warum es dann eine Ausweitung brauche, sagte Christine Buchholz. Und gab die Antwort gleich hinterher: „Die Ausweitung ist Ergebnis des Misserfolgs.“ An Land solle nun das erreicht werden, was der Marineeinsatz nicht geschafft habe. Das sei eine „Kriegserklärung gegen die Zivilbevölkerung in Somalia“, urteilte Buchholz.

Kein Einsatz am Boden Außenminister Westerwelle machte deutlich, dass auch nach der Erweiterung des Mandats die Einsatz-

kräfte nicht am Boden eingesetzt werden dürften. „Invasionsgedanken“ hätten mit der Realität nichts zu tun. „Kein deutscher oder europäischer Atalanta-Soldat wird somalischen Boden betreten“, sagte Westerwelle. Davon unberührt seien etwaige Rettungsaktionen. „Das Gebot der Nothilfe gilt aber bei jedem Mandat“, betonte der Minister.

Goetz Hausding

KOMPAKT

- > **EU-Mission** Deutschland beteiligt sich seit 2008 an der EU-Operation Atalanta am Horn von Afrika.
- > **Ziele** Die Operation soll die Handelswege zu Wasser sichern und den humanitären Zugang nach Somalia gewährleisten; durch den Schutz von Schiffen des Welternährungsprogramms der UN und der Truppen der Afrikanischen Union.
- > **Krisengebiet** In Somalia gelten 1,5 Millionen Menschen als binnenvertrieben.
- > **Kritik** Hilfswerke wie „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst fürchten, dass sich die Sicherheitslage in Somalia durch die Ausweitung des Mandats eher noch verschärfen wird.

Verlängerung im Kosovo

KFOR Verteidigungsminister wirbt um Fortsetzung des Mandats

Die Bundeswehr soll ihren Einsatz im Kosovo ein weiteres Jahr fortsetzen. Über einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (17/9505) wurde vergangenen Donnerstag im Plenum debattiert. Laut Antrag sind für den Einsatz maximal 1.850 Soldaten vorgesehen. Die Kosten für die Verlängerung belaufen sich laut Bundesregierung auf etwa 68 Millionen Euro. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) warb in seiner Rede vor dem Bundestag um Zustimmung zur Fortsetzung des Mandats. Am 11. Juni 1999 hatte der Bundestag erstmals über eine KFOR-Beteiligung beraten, erinnerte der Minister. Peter Struck (SPD), seinerzeit Bundesverteidigungsminister, hätte damals betont, dass es der Anfang eines langen, steinigen Wegs sei. „Und er sollte Recht haben“, sagte de Maizière. Abschließend bat er im Namen der Bundesregierung „um Unterstützung und Zustimmung“.

Europäische Verantwortung Der CDU-Abgeordnete Philipp Mißfelder resümierte, dass die KFOR-Soldaten bisher „sehr gute Arbeit geleistet“ hätten. Die Bundesrepublik solle an dem Mandat festhalten, aus „europäischer Verantwortung“. Michael Link (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt, erklärte, dass die Wahlen in Serbien zwar „erstaunlich gut“ abgelaufen seien, doch dies auch der Anwesenheit des

deutsch-österreichischen Reservebataillons im Norden des Kosovo zu verdanken sei. Auch Dietmar Nietan, Abgeordneter der SPD-Fraktion, befürwortete eine Mandatsverlängerung. Es sei wichtig, den Staaten der Region die Perspektive eines EU-Beitritts zu bieten. Ziel sei es, politische Kräfte zu stärken, die „dem Nationalismus widersagen“. Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) sprach die Abspaltungsbestrebungen mehrerer Ethnien auf dem Westbalkan an: „Wer vorschlägt, ethnisch neue Grenzen zu ziehen, hat keine Ahnung.“ Der Weg zum Frieden könne ausschließlich über Kompromisse führen. Deshalb, schlussfolgerte die Grünen-Politikerin, sei der Einsatz von Militär „präventiv“ notwendig. Als einzige Fraktion sprach sich Die Linke klar gegen eine Verlängerung des KFOR-Einsatzes der Bundeswehr aus: „Wir haben bereits 1999 dagegen gestimmt, und das tun wir auch diesmal.“ Der Linke-Abgeordnete Thomas Nord stellte heraus, dass der Beschluss des Einsatzes damals „eine politische Zäsur“ in Deutschland gewesen sei. Grundlage des Bundeswehreininsatzes ist die vom UN-Sicherheitsrat 1999 verabschiedete Resolution 1244, die den Einsatz der Nato-Sicherheitsstruppe Kosovo Force (KFOR) regelt. Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Sorge um die Ukraine

AUSWÄRTIGES Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch hält den Streit um die in Haft erkrankte Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko für „vorübergehend“. Der Fall sei politisiert, aber das gehe vorbei, sagte Janukowitsch am vergangenen Freitag in Kiew. Wenige Tage zuvor war Timoschenko aus ihrer Gefängniszelle in ein Krankenhaus in Charkow verlegt worden, wo sie auch von Ärzten aus Deutschland behandelt wird. Einen Ende April begonnen Hungerstreik brach Timoschenko ab. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) betonte bei einem Treffen mit seinem Amtskollegen vom polnischen Senat, Bogdan Borusewicz, dass Polen und Deutschland ein vitales Interesse daran hätten, die Ukraine näher an Europa zu bringen. „So wie sich die Ukraine jedoch heute politisch darstellt, entfernt sie sich von Europa“, sagte Lammert vergangenen Donnerstag in Berlin. „Europa hat sich Mindeststandards gesetzt, die die Ukraine derzeit geradezu demonstrativ verletzt.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel ging im Bundestag noch einen Schritt weiter. Mit Blick auf den Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai sagte sie am vergangenen Donnerstag, „heute leben wir in Deutschland in Frieden und Freiheit“. In der Ukraine und in Weißrussland aber litten Menschen „immer noch unter Diktatur und Repression“. (Mehr zur Ukraine als Austragungsort der Fußball-EM auf Seite 9.)

Serben votieren für Europa

WAHLEN Die Regierung bleibt, die Präsidentschaft ist noch offen

Die Parlamentswahl in Serbien hat der vom Nationalisten zum Europäer gewendete Tomislav Nikolic gewonnen. Doch mangels Bündnisgenossen für seine Fortschrittspartei (SNS) wird die neue Regierung wieder von den bisherigen Koalitionspartnern unter Führung der Demokraten (DS) des langjährigen Staatspräsidenten Boris Tadic gebildet werden. Tadic und die Sozialisten (SPS) vom bisherigen Innenminister und Vizeregierungschef Ivica Dacic haben schon die Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit verabredet. Die beiden Großen können auf kleinere Parteien bauen, um eine Parlamentsmehrheit zustande zu bringen.

Stichwahl Zunächst soll aber die Stichwahl um das Amt des Staatspräsidenten am 20. Mai abgewartet werden. Nachdem Amtsinhaber Tadic und Herausforderer Nikolic in der ersten Runde, die parallel zur Parlamentswahl stattfand, fast die gleiche Stimmenzahl erhalten hatten (Tadic lag nur ein halbes Prozent vorn), bezeichnen alle Kommentatoren den Ausgang des Rennens als völlig offen. Tadic ist der Wunschkandidat der USA und der EU, weil man von ihm die weitere Annäherung Serbiens an Brüssel erwartet. Obwohl Nikolic sich seit Monaten als „verlässlicher Europäer“ präsentiert, wollen die westlichen Hauptstädte dem einstigen extremen Nationalisten nicht so recht Glauben schenken.

Der eigentliche Sieger sind die Sozialisten. Die SPS konnte ihren Stimmenanteil verdoppeln. Dacic hat mit Verweis auf diesen Erfolg schon das Amt des Regierungschefs für sich beansprucht. Daneben will er das Innenministerium für seine Partei behalten. Auch den Gesundheitssektor und die Bereiche Infrastruktur und Energie will die SPS besetzen. Vielen Beobachtern fällt auf, dass Dacic vor allem jene Bereiche für die SPS reklamiert, wo das große Geldrad gedreht wird. Prominente serbische Wirtschaftswissenschaftler habe die Stärke der SPS bereits als schlechtes Omen für die zukünftige Politik in Serbien bezeichnet. Sie sprechen von einer neuen „Blüte des Kommunismus“. Dacic hat sich immer wieder für Konzepte ausgesprochen, mit denen das ohnehin von einer schweren sozialen und wirtschaftlichen Krise gebeutelte Land noch tiefer in den Abgrund schlittern könnte. Er will die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) einstellen. Die Renten und die Gehälter im öffentlichen Dienst sollen erhöht werden, obwohl seit langem von in- und ausländischen Experten verlangt wird, die Ausgaben für diese Bereiche zu beschneiden. Schließlich lehnt Dacic die Privatisierung der großen Staatsbetriebe wie Telekom oder Stromversorger und Versicherer strikt ab.

Thomas Brey, Belgrad

Der Autor ist Balkan-Korrespondent der dpa.

KURZ NOTIERT

Boycott-Forderung zur Eishockey-WM in Belarus

SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich gegen eine Austragung der Eishockey-Weltmeisterschaft in Weißrussland 2014 aus. Mit ihrem gemeinsamen Antrag (17/9557) sind die Fraktionen am vergangenen Donnerstag jedoch gescheitert. Darin hieß es, in Weißrussland würden grundlegende demokratische Freiheiten und Menschenrechte „mit Füßen getreten“. Das Regime wende zunehmend diktatorische und willkürliche Methoden zur Unterdrückung von Opposition und Zivilgesellschaft an. Seit der brutalen Niederschlagung der Proteste gegen die Fälschung der Präsidentenwahlen Ende 2010 verfolge das Regime in Weißrussland jegliche Opposition mit „unerbittlicher Härte“.

bob

SPD setzt auf Frauen in Friedensprozessen

Die SPD will die Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ beschleunigen. Diese fordert, „Frauen in allen Phasen der Konfliktbewältigung und Konfliktprävention aktiv einzubinden und ihren Schutz in bewaffneten Konflikten sicherzustellen“, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/8777), der vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen wurde. Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung auf, die Schlüsselrolle von Frauen bei der Prävention von Konflikten, bei Friedenskonsolidierung und beim Wiederaufbau verstärkt wahrzunehmen und anzuerkennen. Die Bundesregierung solle einen „Nationalen Aktionsplan“ zur Umsetzung der entsprechenden UN-Resolution vorlegen und entsprechend budgetieren.

bob

Soziale Pflichten für Unternehmen

Unternehmen sollen gesetzlich verpflichtet werden, Informationen zu sozialen und ökologischen Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit zu veröffentlichen. Ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/9567) wurde vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen. Zu prüfen sei, inwieweit insbesondere Informationen unter anderem über Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz, die über die bereits bestehenden Offenlegungspflichten hinaus gehen, und Arbeitnehmerrechte bekannt gemacht werden.

bob

Protokoll zum UN-Sozialpakt wird nicht ratifiziert

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, das Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt zu unterzeichnen (17/8452). CDU/CSU und FDP stimmten am vergangenen Donnerstag jedoch gegen das Anliegen; SPD und Die Linke sprachen sich dafür aus. Die Prüfung der Ratifikation verbundenen Anpassungen im deutschen Recht scheint „vollends ins Stocken“ geraten zu sein. Das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wurde 2008 verabschiedet und ermöglicht laut Antrag unter anderem ein Verfahren, mit dem Einzelpersonen beim zuständigen UN-Ausschuss Beschwerde einlegen können, wenn sie ihre im UN-Sozialpakt garantierten Rechte verletzt sehen.

bob/tyh

Anzeige

Kürschners Handbuch der Bundesregierung

Ausgabe April 2012

736 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-712-4

Inhalt:

- 300 Biografien von Ministern, Staatssekretären, Abteilungsleitern und Botschaftern
- Organisationsübersichten bis auf Referatsleiter-Ebene
- etwa 2000 Kontaktdaten inklusive
- nachgeordnete Behörden
- Bundeskabine seit 1949

Kürschners Politikkontakte Hauptstraße 74
53619 Rheinbreitbach
Tel. 02224 3232 · Fax 02224 78639 · E-Mail: vertrieb@kue.de
Datenbank www.kueschner.info · Shop www.politik-kontakte.de

Wachsen – aber wie?

EUROPA Die Bundesregierung hält Kurs in der Eurokrise: Wachstum ja, aber bitte durch Strukturereformen statt auf Pump. SPD und Grüne halten dagegen: Ohne Konjunkturprogramme geht es nicht



Nach der Abwahl Sarkozy wird es einsam für die Kanzlerin – so sieht es die Opposition. Union und FDP halten dagegen: Der Fiskalpakkt wird nicht „weichgespült“.

Der Abzug aus Afghanistan, die Zukunft der Nato, die Partnerschaft mit Nordafrika: Es sind große außenpolitische Linien, die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Regierungserklärung zum bevorstehenden Gipfeltreffen der G8 und der Nato skizzieren wollte. Doch nach den Wahlen in Frankreich und Griechenland drängte am vergangenen Donnerstag wieder ein anderes Thema in den Vordergrund: Die Krise des Euro und die Frage, ob ein strikter Sparkurs in Europa allein der Weisheit letzter Schluss ist. SPD und Grüne hatten in den vergangenen Wochen deutlich gemacht: Eine Zustimmung zum Fiskalpakkt wird es mit ihnen nur geben, wenn man parallel den krisengeschüttelten Ländern eine Perspektive gebe und das Wachstum ankurbelt.

Wachstum ohne Schulden Konjunkturprogrammen auf Pump erteilte die Bundeskanzlerin jedoch eine klare Absage. Der Abbau der Verschuldung und die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung seien die beiden Säulen, mit denen die Staatsschuldenkrise überwunden werden müsse, sagte Merkel. Notwendig sei jedoch ein „Wachstum durch Strukturereformen“. Ein „Wachstum auf Pump, das würde uns wieder genau an den Anfang der Krise zurückwerfen“. Merkel kündigte an, auf dem Gipfel der führenden acht Industriestaaten auch deutlich zu machen, dass die Überwindung der Staatsschuldenkrise in Europa „nicht über Nacht“ komme. Sie könne nur gelingen, wenn man an die Ursachen gehe: „Das sind die horrenden Verschuldung und die fehlende Wettbewerbsfähigkeit mancher Länder in Europa.“

Als weitere Themen beim Gipfel nannte Merkel unter anderem die Forderung nach freiem Handel, den Klimaschutz, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Bekämpfung von Armut und Hunger.

Raketenschild Mit Blick auf den Nato-Gipfel sprach Merkel von einer gemeinsamen Strategie für den geplanten Abzug 2014 aus Afghanistan. Der neugewählte französische Präsident François Hollande hatte einen früheren Abzug französischer Soldaten angekündigt. Für Deutschland gelte: „Zusammen hinein, zusammen hinaus“, sagte die Bundeskanzlerin. Die internationale Gemeinschaft werde Afghanistan auch nach 2014 bei der Sicherheit und beim Aufbau der Zivilgesellschaft unterstützen. Außerdem sprach sich Merkel beim Streit über einen Raketenschild für eine Zusammenarbeit mit Russland aus: „Mit dieser Zusammenarbeit wollen wir ein qualitativ neues Kapitel im Verhältnis zu Russland aufschlagen“, sagte Merkel. Zum ersten Mal würden Nato und Russland „echte gemeinsame Verteidigungsanstrengungen“ machen. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier nutzte die anschließende Aussprache für eine Generalabrechnung mit Schwarz-Gelb: „Dieses Land braucht eine Befreiung von der politischen Lethargie“, sagte Steinmeier. Die Bundesregierung lebe „von der Hand in den Mund“, profitiere von den schwierigen Entscheidungen der Vorgänger-Regierungen und verführe ansonsten nach dem Motto „Durchwursteln bis zum Wahltermin“. Europa werde ohne Wachstumsimpulse nicht aus der Krise kommen, sagte Steinmeier und verwies auf die Entscheidungen in der Zeit der Großen Koalition: Deutschland sei

in der Krise erfolgreich, nicht weil es „fantasielos gespürt“, sondern auf einen „vernünftigen Mix aus Sparen und Wachstumsprogrammen“ gesetzt habe. Rainer Brüderle lehnte eine Aufweichung des Fiskalpaktes strikt ab. Aus Wahltaktik entziehe sich die SPD ihrer staatspolitischen Verantwortung für die Entwicklung Europas, kritisierte der FDP-Fraktionschef. Er sei auch überzeugt, dass Hollande den Pakt nicht infrage stellen werde. „Europa muss stabil und handlungsfähig bleiben“, sagte Brüderle. „Ohne eine mutige Entschuldigspolitik bekommen wir diese Frage nicht in den Griff.“ Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, warnte vor einer weiteren Verschuldung in Europa. In der Krise müsse

FAKTEN

> G8-Gipfel Am 18./19. Mai kommen die Staats- und Regierungschefs der führenden Industriestaaten in Camp David zusammen. Für Hollande ist es der erste Auftritt auf internationalem Parkett, der jüngst vereidigte russische Präsident Putin hat seine Teilnahme hingegen abgesagt. Beim Nato-Gipfel im Anschluss am 20./21. Mai geht es vor allem um den geplanten Abzug aus Afghanistan und die Zusammenarbeit mit Russland.

> Themen Auf der Agenda der G8 stehen unter anderem die Lage in Syrien und im Nahen Osten, die Partnerschaft mit Nordafrika, Klimawandel und die Bekämpfung von Hunger und Armut weltweit.

man vielmehr „durch Strukturereformen zum Wachstum kommen“, sagte er. Es sei völlig unstrittig, dass Europa neben Haushaltskonsolidierung auch Wachstum brauche, aber „was wir nicht brauchen, sind schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme“. Deutschland werde deshalb nicht zu lassen, dass der Fiskalpakkt „weichgespült“ wird.

Abzug Wolfgang Gehrcke von der Linksfaktion forderte, sich Hollandes Vorschlag zu eigen zu machen und noch in diesem Jahr aus Afghanistan abzuziehen. Den Teilnehmern des G8-Gipfels empfahl er zudem die Lektüre des aktuellen Berichts des „Club of Rome“. Was die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vorgetragen habe, sei „alte Politik, altes Denken“. Ein Entschließungsantrag seiner Fraktion (17/9594), in dem ein schnellstmöglicher Abzug aus Afghanistan gefordert wurde, fand keine Mehrheit. Der Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin, sprach mit Blick auf die französische Präsidentschaftswahl von einem „guten Tag für Europa“. Mit Sarkozy sei das Modell der „sozialen Arroganz“, das den Zusammenhalt in Europa gefährde, abgewählt worden. Deutschland sei gut durch die Krise gekommen, weil es auf Konjunkturprogramme gesetzt habe. Deshalb müsse auch der Fiskalpakkt um eine Wachstumskomponente ergänzt werden, sagte Trittin und mahnte die Koalition: „Da sollten Sie sich endlich bewegen, sonst kriegen Sie das hier nicht durchs Haus.“ Alexander Heinrich

➔ Mehr zum Euro und zur Schuldenkrise in Europa auf den Seiten 1 bis 3 und 12

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Weg frei für Irisches Protokoll

EUROPA Der Bundestag hat den Weg für eine europäische Regierungskonferenz frei gemacht, auf der dem sogenannten Irischen Protokoll zugestimmt werden soll. Das Irische Protokoll legt fest, dass in Irland die Bestimmungen des Vertrages von Lissabon in den Bereichen Recht auf Leben, Familie und Bildung, Steuerpolitik sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in Einklang mit der Verfassung stehen. Das Protokoll war notwendig, um im Jahr 2009 eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon in Irland durchführen zu können. Durch die Hinzufügung des Protokolls wird der Vertrag von Lissabon in seiner Substanz nicht geändert. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte am vergangenen Donnerstag für einen Antrag (17/9568) von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Darin wird zwischen dem Bundestag und der Bundesregierung ein sogenanntes Einvernehmen hergestellt. Gesetzliche Grundlage für diese Art von Stellungnahme ist das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBGG) in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes. In der Praxis bedeutet das, dass die Bundesregierung nach der erfolg-

ten Stellungnahme des Bundestages einem Vorschlag der EU-Ratspräsidentschaft zustimmen kann, wonach für die Aufnahme des Irischen Protokolls in die Vertragstexte kein Konvent einberufen werden muss. Vielmehr reicht es aus, eine Regierungskonferenz abzuhalten, um über den Zusatz zum Vertrag von Lissabon abstimmen zu lassen. Die Regierungskonferenz zur Änderung der Verträge soll dann voraussichtlich am 16. Mai stattfinden. Dort muss die Zustimmung zum Irischen Protokoll einstimmig gefasst werden. Der enge Zeitplan für die Aufnahme des Irischen Protokolls wird damit begründet, dass die Regierungskonferenz möglichst noch vor dem geplanten irischen Referendum über den Fiskalpakkt am 31. Mai abgeschlossen werden soll. In dem Antrag heißt es weiter, dass sich der Bundestag von den vereinbarten Klarstellungen zum Vertrag von Lissabon auch „politisch eine positive Wirkung auf andere wichtige Vorhaben auf europäischer Ebene“ wie zum Beispiel die Ratifizierung des ESM-Vertrages erhoffe. In dem Antrag fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, dem Bundestag „zeitnah“ über das Ergebnis der Regierungskonferenz zu berichten und anschließend den Entwurf eines Ratifizierungsgesetzes einzubringen. as

Religiöse Minderheiten ohne Schutz

MENSCHENRECHTE Trotz der jüngsten Angriffe auf koptische Christen in Ägypten könne von einer systematischen Verfolgung von Christen in Nordafrika und im Nahen Osten keine Rede sein – darin waren sich sechs geladene Experten vor dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe einig. Allerdings gebe es häufig mangelnden staatlichen Schutz und fehlende Gleichberechtigung für religiöse Minderheiten. Die Situation der Christen und anderer religiöser Minderheiten im Nahen Osten und Nordafrika war vergangene Woche Thema einer öffentlichen Anhörung. Außer in Saudi Arabien, wo die Scharia gelte, „können Christen in allen Ländern der Region ihre Religion ungehindert ausüben“, sagte der Pastor der Weihnachtikirche in Betlehem, Mitri Raheb. Nach Einschätzung von Fritz Erich Anhelm, ehemaliger Direktor der Akademie Loccum, könne von einer „systematischen Verfolgung von Religionsgemeinschaften auch in Ägypten angesichts jüngerer Angriffe auf koptisch-orthodoxe Christen keine Rede sein“. Probleme sieht Anhelm eher im „mangelnden staatlichen Schutz vor Übergriffen und einer ungenügenden Strafverfolgung durch Polizei und Justiz“. Die Tatenlosigkeit staatlicher Behörden

in Ägypten wurde auch von Christine Schirmacher vom Institut für Islamfragen kritisiert. Es komme in Ägypten zu „Entführungen christlicher Mädchen, Verheiratung und Zwangsconversion“, ohne dass die Polizei wirksam dagegen vorgehe. Zur Förderung friedlich-religiösen Miteinanders schlägt Schirmacher vor, Austausch- und Begegnungsprogramme vor allem unter jungen Menschen verschiedener Religionen zu fördern. Die Möglichkeiten Deutschlands, die Position religiöser Minderheiten in der Region zu stärken, seien begrenzt, ergänzte Raheb. „Ein Eingreifen von außen wird nur Probleme schaffen.“ Maria Haarmann von Misereor empfahl Dialog-Konzepte auf dem „street level“ zu entwickeln. Otmir Oehring von der Fachstelle für Menschenrechte des Katholischen Missionswerks Misso sagte: „Bildung und Wohlstand sind die Grundvoraussetzungen für ein friedliches Miteinander.“ Er empfahl die Fortbildung von Lehrkräften zu fördern. Da sich seit dem Arabischen Frühling in den betroffenen Ländern die wirtschaftliche Situation verschlechtert habe, brauche es „massive Unterstützung aus dem Ausland“. Vor allem auch die wohlhabenden Golfstaaten sollten dazu ermutigt werden. ma

EU-Fischereipolitik in der Kritik

ENTWICKLUNG Die Regierungsfaktionen haben im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen (17/9399) abgelehnt, die EU-Fischereipolitik mit Blick auf deren außereuropäische Aktivitäten stärker zu regulieren. Die Grünen hatten kritisiert, europäische Trawler würden die Lebensgrundlagen vieler Fischer an den Küsten West- und Ostafrikas einengen. Die großen Fischtrawler von EU-Staaten fischten an einem Tag so viel wie 40 bis 50 Boote afrikanischer Fischer in einem ganzen Jahr. Nur die Hälfte der 800 Fangschiffe von EU-Ländern fische im Rahmen von Fischerei-Abkommen mit Entwicklungsländern, der Rest fahre unter anderer Flagge oder habe private Vereinbarungen. Die Küstenwache afrikanischer Staaten sei oft zu schwach, um Fangquoten zu überprüfen, so die Grünen. Die Folge sei die Verarmung vieler Fischer in Afrika, die sich so teils der Piraterie an den Küsten Somalias zuwenden würden. Auch die Fraktionen der SPD und Linken stellten sich hinter die Grünen-Argumente. Die SPD beklagte, die Probleme seien schon lange bekannt, es geschehe aber politisch zu wenig. Dies müsse in der jetzigen Phase von Neuverhandlungen anders werden.

Die Linke verwies auch darauf, die lokale Wertschöpfung in afrikanischen Ländern leide, wenn der gefangene Fisch dort nicht mehr vor Ort verarbeitet werde, sondern schon auf den Trawlern. Man habe nicht mehr viel Zeit, die Dinge zu regeln, weil sich die Fischfanggründe vor Ost- und Westafrika womöglich nicht mehr erhalten. Die CDU-/CSU-Fraktion nach dem Grünen-Antrag zu viele pauschale Behauptungen vor, die teils unklar und kritisch von Nichtregierungs-Organisationen übernommen worden seien. So würden die außereuropäischen Fangmengen auf der Basis wissenschaftlicher Empfehlungen festgelegt und seien nicht willkürlich hoch. Auch sei die Subventionierung der EU-Hochseeflotte sehr stark zurückgefahren worden. Die EU habe zudem die Entwicklungspolitik bei der Fischerei sehr wohl im Auge. Dies habe der EU-Rat im März in seinem Beschluss zu den externen Dimensionen der EU-Fischereipolitik ausdrücklich betont. Die FDP warf den Grünen vor, zu viel in ihren Antrag hineingeschrieben zu haben. So werde die Piraterie im Osten Afrikas heute von professionellen Organisationen betrieben und habe kaum etwas mit EU-Fischerei zu tun. Zudem sei die europäische Fischindustrie pauschal in die Nähe mafioser Strukturen gerückt worden. kru

In kritischer Verfassung

UNGARN Die neue Konstitution spaltet die Gesellschaft und beschneidet das Königsrecht des Parlaments

Was lange währt, muss nicht zwingend gut werden. Ungarn benötigte knapp 20 Jahre für sein neues Grundgesetz, doch das ist trotzdem noch nicht in tadelloser Verfassung. In Kraft getreten ist es im Januar dieses Jahres, doch Kritiker werden nicht müde, ihre Beanstandungen vorzutragen. Anlass für die ungarische Botschaft in Deutschland in die Offensive zu gehen und die Präsidenten des Verfassungsgerichts, Péter Paczolay, sowie des Obersten Gerichtshofes, Péter Darák, Anfang Mai 2012 nach Berlin zu bitten, um die umstrittenen Neuerungen zu erklären. Zum Beispiel gegenüber Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses Siegfried Kauder (CDU) oder auf einer Fachkonferenz eigens zum Thema „Ungarische Verfassung“ an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam. Bevor sich deutsche und ungarische Juristen unter anderem von der Univer-

sität Szeged in die Fachdiskussion vertieften, sprach Lammert bei dem Treffen im Bundestag offen an, dass er auf eine befriedigende und konsensstiftende Wirkung gehofft hatte, die von einer Verfassungsdiskussion auf die Gesellschaft ausgehen könne. Vorausgesetzt, Zivilgesellschaft und Opposition sind eingebunden.

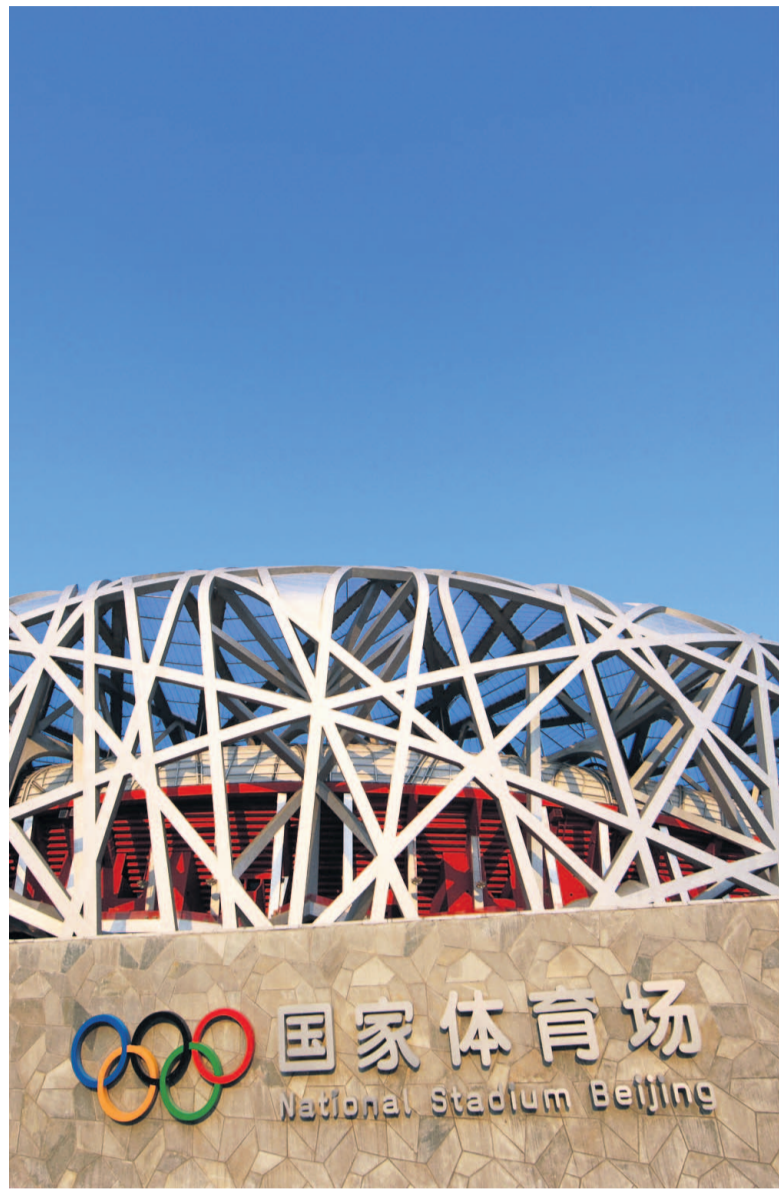
Mit beeindruckender Mehrheit und noch größerer Eile, nach nur vier Wochen Beratung im Parlament, wurde die Verfassung im April vergangenen Jahres verabschiedet. Doch keine noch so große Zustimmung konnte darüber hinwegtäuschen, dass ein wichtiges Ziel verfehlt worden ist: die politische Polarisierung der Gesellschaft mit Hilfe des neuen Grundgesetz-

zes zu überwinden. Das zeigt der andauernde Streit.

Die regierende Fidesz-Partei von Premierminister Viktor Orbán verfügt seit der Wahl 2010 über eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament, die ihr allein, ohne politische Partner, Änderungen an der Verfassung erlaubt. Diese möglicherweise einmalige Stärke nutzt die konservative Fidesz, um ihre politischen Vorstellungen zu zementieren, indem sie den Handlungsspielraum für künftige Parlamentsmehrheiten drastisch einschränkt. Zahlreiche Gesetze sind zu sogenannten Kardinalgesetzen erklärt worden. Grundzüge des Haushalts-, Steuer- oder Rentenrechts, das auch in der EU heftig umstrittene Mediengesetz, das Wahlrecht, die Parteienfinanzierung oder die lokale Selbstverwaltung können nur mit einer abermaligen Zweidrittel-Mehrheit modifiziert werden. Drastisch beschnitten wird das Haushaltsrecht des ungarischen Parlaments. Die neue Verfassung sieht die Bildung eines Haushaltsrates vor, dessen Vorsitzenden der Präsident ernannt. Dieser Haushaltsrat ist befugt, einen von den Abgeordneten verabschiedeten Haushalt per Veto außer Kraft zu setzen und damit die Volksvertreter ihres Königsrechts zu berauben. Auch das Verfassungsgericht darf neue Haushalts- und Steuergesetze nur daraufhin prüfen, ob sie mit dem Recht auf Leben oder der Menschenwürde vereinbar sind, nicht aber, ob sie beispielsweise gegen das Recht auf Eigentum verstoßen. Die Diskussionen über Ungarns Verfassung dürfte weder in Budapest noch in Berlin oder Brüssel so bald verstummen. sad



Péter Paczolay



Sport-Großveranstaltungen in nichtdemokratischen Ländern machen Probleme: das Olympiastadion in Peking (von links), die Formel 1 mit Sieger Sebastian Vettel im April in Bahrain und das Stadion in Kiew, wo demnächst das Endspiel der Fußball-EM ausgetragen wird.

Die Entertainment-Maschine

SPORT UND POLITIK Die globale Bühne muss unattraktiv für Autokraten werden. Eine Charta zur Turnier-Regulierung könnte helfen

Es läuft auf Hochtouren, das Empörungs-Theater zum Thema Sport und Politik. Entzündet hat es sich diesmal am EM-Land Ukraine: Darf sich mit dessen Machthabern zeigen und entspannt ein Fußballfest feiern, wer dabei politisch ein Land repräsentiert, das Verhältnisse wie die in der Ukraine strikt ablehnt? Das ist die europaweite Debatte. Über sie spannt sich die Grundsatzfrage: Dürfen Sport und Politik vermischt werden? Antwort: Nein, Sport und Politik sollten nicht vermischt werden. Allerdings müssen wir Sport klar definieren: Er meint die ursprüngliche Körperkultur, all das, was Amateure, Kinder-, Breitensportler bewegt; plus hunderttausende Menschen, die diesen Betrieb ehrenamtlich am Laufen erhalten.

Hollywood abgehängt Im Fall Ukraine aber wird nicht über Sport debattiert, sondern über eine Fußball-EM. So, wie 2008 über Olympische Spiele in Peking debattiert wurde oder kürzlich über ein Formel-1-Rennen in Bahrain. Für diese Sonderkategorie Spitzensport gilt: Sie hat nichts zu tun mit dem schützenswerten Kulturgut. Hier reden wir über die globale Unterhaltungsindustrie, über ihr werthaltigstes Segment. Wirtschaftlich hat es sogar Hollywoods Film-landschaft und die Musikbranche abgehängt. Spitzensport ist eine gigantische Entertainment-Maschine, die sich über die Darstellung körperlicher Fertigkeiten finanziert.

Für die Ukraine-Debatte heißt das: Selbstverständlich ist diese EM politisch, sie ist eine Speziallegierung aus nationaler Körperschau und internationaler Werbemessie. Diese Ereignisse sind sogar politischer als die meisten anderen Events des Planeten: Schon, weil sie eine globale Reichweite haben, sie versammeln ja bis zu einer Milliarde Menschen vor den Bildschirmen.

Es geht um Massenpartys Darin liegt zugleich das Problem, das die Sportfunktionäre ängstlich verbergen: Eine wachsende Verletzungsanfälligkeit – insbesondere durch Boykotte. Heute setzen solche Fußballfeste die Freizeitrends, sie bestimmen den Zeitgeist. Zeigen sie Schwäche, fallen sie womöglich aus, droht das kollektive Erwachen der globalen Kundschaft. Die Menschen könnten ja feststellen, dass man den Grill-sommer auch ohne Fußball auf der Großleinwand kurzweilig verbringen kann. Und was, wenn die Politik aufwacht, die dieser Kommerz-Maschine bisher so populistisch gehuldet hat?

Wenn, wie erstmals bei EM-Spielen 2008, mehr Frauen als Männer unter den Fernsehschaulern sind – dann ist das ganz in Ordnung, doch geht es nicht mehr um Fußball, nicht um Doppelspitze, Viererkette, Mittelfeldraute. Dann geht es um eine Gesellschaftsbewegung, um schwarz-rot-goldene Fähnchen und Gesichtsfarben, um Massenpartys im öffentlichen Raum. Der überwiegende Teil dieses „Sport“-Publikums wäre überfordert, wenn er mehr als fünf aktuelle Bundesliga-Klubs aufzählen müsste. Schon deshalb hätte ein Sportboykott heute eine ganz andere Durchschlagskraft als vor über 30 Jahren, bei den von Funktionä-

ren gern zitierten Olympiaden in Moskau 1980 und Los Angeles 1984. Damals zog sich die Trennlinie des Kalten Krieges durch eine Sportwirtschaft, die gerade erwachte. Am Fall der Ukraine wird nur der politische Boykott diskutiert – doch schon der zeigt Wirkung, und widerlegt damit die Boykottgegner in den Sportverbänden. Vor Tagen ist das Gipfeltreffen der mitteleuropäischen Staatspräsidenten in Jalta geplatzt. Neben Joachim Gauck sagten so viele Staatsoberhäupter die Reise ab, dass die Regierung Viktor Janukowitsch den Gipfel verschieben musste. Auf unbestimmte Zeit. Das sind echte Signale. Ein frommes Fußballfest wie das Sommermärchen hierzulande wird die Ukraine also nicht erleben. Sogar Bundestrainer Joachim Löw und Nationalteam-Kapitän Philipp Lahm haben politische Position bezogen, andere werden sich noch zu Freiheit und Menschenrechten bekennen. Zugleich kommen die Politiker, von der Bundeskanzlerin bis zur EU-Kommission, an den eigenen Forderungen nicht vorbei. Und das ist gut so: Selbstverständlich soll ein Janukowitsch nicht im EM-Land mit Spitzenvertretern westlicher Demokratien posieren dürfen. Absurd wirken da Vorstöße wie der des UN-Sportbeauftragten Willi Lemke, der ernsthaft empfahl, in der Ukraine das öffnende Gespräch zu suchen. Wie naiv ist das? Botschaften an das ukrainische Volk transportieren nicht die ARD oder die Sunday Times, sondern eine unfreie, staatlich gesteuerte Medienlandschaft. Wie die Ukraine im Korruptionsindex von Transparency International, rangieren auch ihre

Medien bei „Reporter ohne Grenzen“ am Tabellenende. Was immer sie berichten, es wird zum Wohle der Oligarchen sein.

Fehlende Transparenz Aber kommen wir zur Kernfrage: Warum debattieren wir eigentlich immer erst dann über Sportereignisse in Ländern mit zweifelhaften Herrschern und Strukturen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist? Ist das nicht scheinheilig – lässt sich das nicht verhindern? Diese Frage führt zu den Urhebern des Schlamassels. Im Fall Ukraine waren es die Funktionäre der europäischen Fußball-Union Uefa, in anderen Fällen sind es die im Weltverband Fifa oder im Internationalen Olympischen Komitee. Nur diese paar auffallend oft von Ermittlern behelligten Figuren vergeben Fußball- und Olympiafeste. Sie tun es ohne jede Erklärung, ohne Transparenz, in geheimen, meist korruptionsumwitterten Wahlen: Gerade mal zwölf Vorstände in der Uefa, 24 Männer in der Fifa, oder die 110 Mitglieder des IOC. Dabei pochen sie auf ein antiquiertes Gut, das ihre Allmacht über den Weltsport sichert: die Autonomie des Sports.

Ungarnre Funktionäre Diese Sportfunktionäre jagen uns auch künftig von einer Krisen-Veranstaltung in die nächste. Protestnoten für die Boykottdebatte 2014 können schon verfasst werden, dann gastiert die Eishockey-WM im Weißrussland des Despoten Alexander Lukaschenko. Auch die Winterspiele 2014 finden in Osteuropa statt, in Wladimir Putins Privatländerei rund um

Sotschi, am palmumrankten Schwarzen Meer. Auf ein paar Milliarden kommt es in Putins Rohstoffparadies Russland nicht an, auch nicht für die Fußball-WM 2018 – die hat Putin ebenso ins Land gelockt. Man wird ihn bald öfter global feiern müssen, den Russen-Zaren, der mit Schauprozessen à la Chodorowski denselben Stil pflegt wie Janukowitsch in der Causa Timoschenko. Was bescheren uns die Sportfunktionäre noch? 2022 präsentiert sich Hamad bin Chalifa al-Thani auf der Bühne, der Emir von Katar. Bei der Fußball-WM herrschen dann im Wüstenstaat 50 Grad Celsius. Wer es nicht abwarten kann, darf im Herbst 2013 Daumendrücken: Dann werden die olympischen Sommerspiele 2020 vergeben, auch hier liegt der superreiche Ölherrscher sehr gut im Rennen. Katarer, Russen, Ukrainer wissen, wie man Sportfunktionäre umgarnt und Sportwahlen gewinnt. Aber warum reißen sich gerade umstrittene Autokraten so sehr um die großen Sportfeiern? Weil diese Feste, in der bisherigen Form, ihre Macht im Lande nach innen festigen und außen relativieren. Den Beweis liefert China, das sich nach den Sommerspielen 2008 kein Jota geöffnet hat – erst letzte Woche wurde eine kritische Journalistin aus dem Land gewiesen.

Aufgabe der Politik Es braucht in der Sportpolitik-Debatte den Blick aufs große Ganze, dann zeigt sich der Abergwitz: Ein paar Handvoll oft obskurer Sportfunktionäre, die eine Korruptionsaffäre nach der anderen aussitzen, machen der Welt weis, dass ihr Kommerzspektakel unpolitisch und eine reine Demonstration menschlicher Werte sei. Die Politik muss sich endlich bewegen. Und eine Kehrtwende vollziehen. Noch kürzlich buhlten Länder wie England oder Holland um die WM 2018 – und akzeptierten vorab die üblichen Vertragsforderungen der Fifa. Knebelverträge, die jeden Bürger im Rechtsstaat alarmieren müssten: Die von der Fifa verlangten Verabredungen reichen von Steuer- und Zollbefreiung bis zur Aushebelung von Geldwäschegesetzen. Damit muss Schluss sein. Wie jedes Übel, kann diese Fehlentwicklung nur an der Wurzel bekämpft werden. Die Turniervergaben gehören kontrolliert und reglementiert, die Autonomie des Sports stößt hier an politische Grenzen. Apropos Autonomie: Sie stammt aus Turnwater Jahns Zeiten, taugt heute noch für Amateur- und Breitensport, doch war sie nie dafür gedacht, einer internationalen Sport-Industrie die familiäre Selbstverwaltung zu ermöglichen. Deshalb muss die Politik den Sport neu ordnen. Von Funktionären, die sich im Schutze ihrer Autonomie ein höfisches Leben in Saus und Braus genehmigen, kann man das ja nicht erwarten.

Echte Alternative Festgeschrieben in Veranstalter-Verträge gehören, statt Steuer- und Zollbefreiung für Funktionäre, Werte wie Menschenrechte, Rede- und Informationsfreiheit. Nur so macht man die globale Sportbühne unattraktiv für Autokraten. Hätte es solche Vereinbarungen schon bei der EM-Vergabe gegeben, könnte man Janukowitsch heute festnageln. Es läge eine

Rechtsbasis vor, aus der sich jede Konsequenz ziehen ließe. Und politischen Boykott bräuchte es nicht mehr. Weil aber der Sport just in der Politik Heerscharen getreuer Lobbyisten unterhält, die sich gern im Abglanz nationaler Erfolge sonnen, dürfte es ein langer Weg bis hin zur Bescheidung der Sportautonomie werden. Es gibt aber eine schnelle, echte Alternative. Warum nimmt die Politik nicht die aktuelle Debatte zum Anlass, um eine Charta für Sportevents zu erstellen? Eine Festlegung, dass sich die in der EU versammelten Länder nur noch dann um Sportevents bewerben, für die Mindeststandards an Menschenrechten festgeschrieben sind. Sicher, vielleicht würden die Sportfunktionäre dann erst recht in die Machtsphäre von Des-

poten, Scheichs und Oligarchen drängen – aber wie lange? Das würde, samt der einhergehenden Debatten, die Kernkundschaft des Sportspektakels auf Dauer nicht akzeptieren: Das Publikum im Westen – das auch die stärksten Sportnationen hat. Globale Sportfeiern zwischen Katar und Bahrain, Ukraine, Weißrussland und Aserbeidschan werden dann nicht mehr funktionieren, sobald die ersten Partygäste verschwinden. Und nach anderen Unterhaltungsformen Ausschau halten.

Thomas Kistner

Der Autor ist Redakteur der Süddeutschen Zeitung in München und zuständig für Sportpolitik. Er hat zum Thema gerade das Buch „Fifa-Mafia“ (Verlag Droemer Knaur) veröffentlicht.

»Boykotte sind unsinnig«

INTERVIEW Dagmar Freitag (SPD) zur EM in der Ukraine

Wie sollte sich die Politik wegen des Falls Julia Timoschenko bei der Fußball-EM in der Ukraine verhalten?

Man muss hier genau differenzieren. Die Ukraine verletzt Menschenrechte. Die Pressefreiheit dort ist nicht gewährleistet und der Umgang mit Oppositionellen ist nicht so, wie wir es uns als Demokraten vorstellen. Wenn von uns Vertreter der Regierung oder des Parlaments zur EM reisen, sollten sie sich nicht einfach auf die Ehrentribüne setzen. Man muss diesen Anlass nutzen, um auch Gespräche mit Oppositionellen oder kritischen Medienvertretern zu führen.

Und was ist mit dem Sport? Deutsche Fußballer werden vom DFB ermuntert, ihre Meinung zu den Zuständen in der Ukraine zu äußern. Ist das eine gute Idee?

Über die offene Diskussion beim DFB bin ich ausgesprochen erfreut. Bisher hielt sich der Sport in solchen Fragen eher zurück. So auch der Deutsche Olympische Sportbund bei den Olympischen Spielen in Peking 2008 – sicher auch, weil politische Äußerungen in den Wettkampfstätten vom Internationalen Olympischen Komitee untersagt sind. Athletinnen und Athleten sind jedoch mündige Bürger, die auch politisch denken und kommunizieren sollten, wenn sie das möchten.

Es wird wieder über Boykotte von Sportereignissen diskutiert ...

Die Debatte ist unsinnig. Boykotte treffen die Sportlerinnen und Sportler. Aus den Olympischen Spielen Moskau 1980 und Los Angeles 1984 haben wir gelernt, dass ein sportlicher Boykott nichts bringt. Der Ansatz muss ein anderer sein: Nach welchen Kriterien entscheiden Sportverbände, wohin Veranstaltungen vergeben werden?

Haben Sie Kriterien, bestimmte Länder von wichtigen Sportereignissen auszuschließen? Ihre Fraktion will, dass Weißrussland die Eishockey-WM 2014 entzogen wird.

Zwei Jahre vor dem Ereignis ist ausreichend Zeit, einen Ersatzbewerber zu finden. Dies wäre ein starkes Signal, dass der Sport sich seiner gesellschaftspolitischen Verantwort-



Dagmar Freitag (SPD) ist Vorsitzende des Bundestags-Sportausschusses.

tion bewusst wird und nicht toleriert, wenn Gastgeber von Sportveranstaltungen demokratische Grundrechte wie Menschenrechte und Pressefreiheit missachten.

Über Länder wie die Ukraine wird viel geredet, über Riesen wie China bei den Olympischen Spielen relativ wenig. Ist das nicht viel Heuchelei im Spiel?

Das stimmt so nicht. Im Vorfeld von Peking hatten wir intensive Diskussionen zu den Menschenrechten, der Lage der Wanderarbeiter oder Menschen, die 2008 aus Pekings Straßen verschwinden mussten. Allerdings vererbte die Debatte nach dem Ereignis. Deshalb teile ich auch nicht den Optimismus mancher Sportfunktionäre, dass Sportveranstaltungen automatisch dauerhafte Verbesserungen für die Menschen vor Ort mit sich bringen.

Politik mischt sich zunehmend in den Sport ein. Macht das nicht auch Probleme? Die Politik respektiert die Autonomie des Sports – allerdings muss der Sport auch akzeptieren, dass Politik eine Meinung zu bestimmten Vorgängen hat und diese auch äußert.

Das Interview führte Hans Krump.



„Unschuldigt!“ – steht auf einem Plakat zu Julia Timoschenko im westukrainischen Rowno.

KURZ NOTIERT

Grüne wollen Tierhaltung grundlegend verändern

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung in einem Antrag (17/9068) auf, die Bedingungen in der Tierhaltung grundlegend zu verändern. Die Grünen wollen unter anderem durch die Festsetzung von maximalen Wachstumsraten und durch die Bestimmung einer tierartbezogenen Mindestmastdauer die Mastzeiten verlängern, um der unnötigen Vergabe von Antibiotika vorzubeugen. Des Weiteren wird gefordert, Mengenrabatte auf Antibiotika zu verbieten. Der Antrag wurde am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *eis*

Mauterhebung soll bleiben

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zu dem Protokoll vom 21. Oktober 2010 zur Änderung des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen (17/9343) vorgelegt, der am vergangenen Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Damit sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Änderungsprotokolls geschaffen werden. Gebührenrechtliche Auswirkungen würden sich hieraus für Deutschland nicht ergeben, da sich an der Einstellung der Erhebung der gemeinsamen Gebührenordnung in Deutschland nichts ändert, heißt es in dem Gesetzentwurf. *mik*

Reform der Biomasse-Verordnung gefordert

Bündnis 90/Die Grünen fordern in einem am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesenen Antrag (17/9322) die Bundesregierung auf, die Biomasse-Verordnung zu ändern. Kleegrass und Luzernegras sollen in Zukunft nicht nur als Zwischenfrucht auf Ackerstandorten in die Einsatzstoffverfügungskategorie II aufgenommen werden, sondern als nachhaltige Alternative zu Mais als Hauptkultur Verwendung finden, um zur Auflockerung der Energieertragsfolgen auf den Äckern beitragen zu können. *eis*

Vorstoß zur Nanotechnologie

Die Nanotechnologie gilt derzeit als eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Sie birgt ein großes Potential in der Umwelttechnik, in der Materialeffizienz und kommt in der Kommunikations- und Medizintechnik zum Einsatz, schreibt Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/9569), der am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Die Fraktion fordert die Bundesregierung in einem 20-Punkte-Katalog auf, dafür zu sorgen, dass das Prinzip der Vorsorge zum Schutz von Mensch und Umwelt zum Leitprinzip in der weiteren Entwicklung und Nutzung der Nanotechnologie wird. Zudem schlagen die Grünen vor, dass die Mittel für die begleitende Sicherheits- und Risikoforschung mindestens auf jeweils zehn Prozent der Nanoforschung der insgesamt zur Verfügung gestellten Mittel erhöht wird. *rol*

Beilagenhinweis

Unserer Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Dr. Kaske bei.



Die Wirtschaft brummt: In den deutschen Häfen wie hier in Duisburg herrscht wieder großer Andrang.

Die Räder rollen wieder

WIRTSCHAFT Koalition schreibt Aufschwung auf ihre Fahnen. Linke sieht »blutrünstige Kürzungspolitik«

Die Konjunktur kommt in Fahrt, die Räder drehen sich wieder schneller. Voller Optimismus blickt die Regierung in die Zukunft: Die Koalition »ist und bleibt der Garant für Wachstum, Wohlstand, Stabilität in Deutschland und in Europa«, versicherte Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in der vergangenen Woche in einer aktuellen Stunde des Bundestages. Auch in der Opposition wird eingeräumt, dass es nach der Krise wieder kräftig bergauf geht. Allerdings werden die Ursachen für den Aufschwung woanders gesehen. »Wir sorgen weiter für Wachstum«, erklärte Rösler, der auf die Rekordbeschäftigung und die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren verwies. Und die Auftragsbücher der Wirtschaft seien voll. Rösler: »Wir trotzen den außenwirtschaftlichen Stürmen in Europa, auf den Weltmärkten. Mit uns bleibt Deutschland robust auf Wachstumskurs.«

Einst der kranke Mann Rösler erinnerte daran, dass Deutschland unter Rot-Grün als »kranke Mann Europas« bezeichnet worden sei. »Heute können wir stolz darauf sein, dass wir wieder Kraftzentrum sind in Europa.« Das sei ein Verdienst der Menschen, aber auch der christlich-liberalen Regierung. Der Wirtschaftsminister setzte sich für eine konsequente Haushaltskonsolidierung ein und verwies darauf, dass Deutschland die Konsolidierungsvorgaben des europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes bereits zwei Jahre früher erfüllt. Im Gegensatz dazu würden überall, wo Rot-Grün

regiere, höhere Schulden gemacht. Rot-Grün blockiere auch bei der Energiewende. Kraftwerke wie im nordrhein-westfälischen Datteln oder Pumpspeicherkraftwerke würden nicht gebaut, Leitungen nicht gelegt.

»Rosarote Brille« Hubertus Heil (SPD-Fraktion) bestritt die guten Wirtschaftsdaten nicht, sah aber die Verantwortung dafür bei den Arbeitnehmern und Unternehmern und dem »Mut der Vorgängerregierung, den Sie nicht haben«. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit habe diese Bundesregierung keinen Beitrag geleistet, sagte Heil, der Rösler vorwarf, alles durch die »rosarote Brille« zu sehen. »Deutschland ist deshalb erfolgreicher als andere Staaten in Europa, weil wir nach wie vor eine breite industrielle Wertschöpfungsindustrie haben.« Dazu habe aber diese Regierung nichts beigetragen. Deutschland könne nicht langfristig erfolgreich sein, wenn es dem Rest Europas schlechter gehe. Was Deutschland und Europa bräuchten, sei neben Strukturformen Wachstum. In der Energiepolitik warf Heil den Ministern Rösler und Norbert Röttgen (Umwelt, CDU) vor, sich gegenseitig zu blockieren.

An Röslers positive Einschätzung knüpfte der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs an. In einem Punkt zeigte sich der CDU-Politiker sogar optimistischer: Er erwartete ein Wachstum von über einem Prozent in diesem Jahr, während Rösler von 0,7 Prozent gesprochen hatte. Deutschland sei zuerst aus der Krise herausgekommen, habe mit 41 Millionen so viel Erwerbstätige wie noch nie: »Freuen

Sie sich doch mit uns«, sagte Fuchs. Er verwies auch auf die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa: »Darüber können wir alle zufrieden sein. Es gibt nichts, was schlimmer ist, als wenn junge Menschen keine Hoffnungen haben.« Fuchs verwies auch auf die hohen Lohnerhöhungen der deutschen Standorts. Den Grünen warf er vor, die Pleite gehende Solarindustrie als »Green Economy« für Europa anzupreisen. Ganz anders beurteilte Michael Schlecht (Die Linke) die wirtschaftliche Lage: Hinter Röslers scheinbarer Erfolgsbilanz »verbirgt sich die brutale Realität: Schlechte Arbeit

pitalbezieher und Unternehmer gegeben. Für diese Gruppen sei Rösler Minister, aber nicht für die breite Masse, sagte Schlecht, der die deutsche Haltung in Europa als »blutrünstige Kürzungspolitik« bezeichnete. Gegen die »brutale und menschenverachtende Politik« würden sich die Völker Europas erheben, sagte Schlecht mit Blick auf die Wahlergebnisse in Frankreich und Griechenland.

»Selbstlob ist fehl am Platz«, stellte Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) zu den guten Zahlen fest. Die großen Risiken habe Rösler ausgeblendet: »Ohne ein starkes Europa steht dieser deutsche Aufschwung auf tönernen Füßen.« Wenn die Zinsen steigen würden, sei eine Mehrbelastung in Milliardenhöhe zu erwarten. Andreae meinte auch, Deutschland sei auf eine starke europäische Peripherie angewiesen. Die Konzentration allein auf Konsolidierung sei falsch. »Allein mit Sparen geht es nicht. Was wir brauchen, sind vernünftige Zukunftsinvestitionen und Strukturformen.« Andreae empfahl in den Krisenländern Investitionen in erneuerbare Energien.

Damit sieht es aber in Deutschland nicht gut aus. Die Solarindustrie befindet sich in einer schweren Krise. Zehntausende Arbeitnehmer haben ihre Arbeit verloren. Die deutsche Solarbranche hatte vor einem weiteren Dämpfer gewarnt, falls der Bundesrat am Freitag der von der schwarz-gelben Koalition im Bundestag beschlossenen Kürzung der Solarförderung zustimmen würde. Die überraschend beschlossene Anrufung der Vermittlungsausschüsse gibt der Branche etwas Hoffnung. *Hans-Jürgen Leersch*



Gegen die Kürzung der Solarförderung hatte es Proteste gegeben – vergeblich.

jüngsten Zeit. So starke Erhöhungen habe es zu rot-grüner Zeit nicht gegeben. Martin Lindner (FDP) sagte: »Wir haben glänzende Zahlen: solides Wachstum, die geringste Arbeitslosenquote und steigende Löhne wie nie zuvor.« Dagegen gebe es von der Opposition nur »Gemeckere und Miesmachen

und Lohnkürzung«. Seit 2000 seien 2,3 Millionen Vollzeitbeschäftigte vernichtet worden. Gleichzeitig seien etwas mehr als vier Millionen »Bad Jobs« (schlechte Arbeitsplätze) entstanden, sagte Schlecht mit Blick auf Leiharbeit, Teilzeitarbeit und Mini-Jobs. Positive Entwicklungen habe es nur für Ka-

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

FDP gegen »gezieltes Schrumpfen«

WIRTSCHAFT Ob wirtschaftliches Wachstum eine Messgröße für gesellschaftliches Wohlergehen darstellt, ist unter den Mitgliedern der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« umstritten. Während der Plenardebatte am vergangenen Donnerstag werten sowohl Georg Nüßlein (CSU) als auch Florian Bernsneider (FDP) davor, Wachstum künstlich bremsen zu wollen. Sabine Leidig (Die Linke) sowie Hermann Ott (Grüne) stellten hingegen die Frage der Ressourcenknappheit in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Daniela Kolbe (SPD), Vorsitzende der Enquete-Kommission, warnte davor, in Krisenzeiten Wachstum als Allheilmittel zu betrachten.

Aus Sicht der Union ist die soziale Marktwirtschaft nicht Ursache der ökologischen oder der Finanzkrise, sondern vielmehr die Antwort darauf, sagte Georg Nüßlein. Der Staat habe in diesem Rahmen die ordnungspolitische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich Unternehmertum und private Initiative entfalten können. Schließlich beruhe ein starker Sozialstaat auf dem Fundament einer leistungsfähigen Wirtschaft. Diese gelte es zu stärken, anstatt sie künstlich zu bremsen, forderte der CSU-Politiker.

Begrenzte Ressourcen bedeuteten nicht unbedingt begrenzte Wachstumspotenziale, sagte Florian Bernsneider. Man dürfe nicht den

Fortschrittswillen und die Kreativität der Menschen vergessen. Zugleich wandte er sich gegen die Vorstellung, der Staat könne ein »gezieltes Schrumpfen« vorschreiben. »Politisch vordiktierte Wachstumsraten sind unsinnig, realitätsfern und unsozial«, urteilte Bernsneider. Das Thema sei zu wichtig, um es ideologischen Grabenkämpfen zu überlassen, befand Daniela Kolbe. Sie zeigte sich erfreut, dass die Arbeit der Kommission »von einer breiten gesellschaftlichen Debatte begleitet wird«. Ziel müsse es sein, einen Beitrag zu der gesellschaftlichen Transformationsdebatte zu leisten. Ebenso sollte es der Kommission gelingen, einen Vorschlag zu einer alternativen Wohlstandsmessung zu unterbreiten, sagte Kolbe.

Statt über Wachstum zu reden, müsse man fragen, wie wir künftig leben wollen, befand Sabine Leidig. Entscheidend sei, eine Entwicklungsrichtung einzuschlagen, »die den Verbrauch der Natur reduziert und allen eine Teilhabe an den Möglichkeiten der Gesellschaft bietet«.

Man sei sich in der Kommission einig, dass es künftig mit weniger Ressourcen auszukommen gelte, sagte Hermann Ott. »Wir sind uns sogar einig, dass Wachstum nur ein Mittel und kein Ziel politischer Handeln sein darf«, setzte er hinzu. Schon deshalb habe sich die Einsetzung der Kommission gelohnt, befand er. *hau*

Schulden verboten

WIRTSCHAFT DIHK-Chef Driftmann will die Energiewende nicht mehr zurückdrehen

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Hans Heinrich Driftmann, hat sich gegen eine Fortsetzung der staatlichen Neuverschuldungspolitik ausgesprochen. »Damit muss Schluss sein«, sagte Driftmann vergangene Woche vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Dies sei die »einzige mögliche Lehre aus der europäischen Staatsschuldenkrise«. Haushaltskonsolidierung müsse das Ziel sein. Statt der Wahlkampf-Rhetorik vom Wochenende brauche es strukturelle Reformen in Deutschland. Die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland und Europa könne letztlich nur mit Wachstum als Ergebnis von mehr Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden, mahnte der DIHK-Präsident.

Zeit für Steuerreform Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen, die Driftmann auch für das Jahr 2013 erwartet, sei jetzt die Zeit für eine Steuerreform. Diese sollte deutliche Vereinfachungen durch »weniger Ausnahmen und mehr Pauschalierungen« bringen. Im Gegenzug könnten Subventionen gekürzt werden. Im Bereich Forschung und Entwicklung sprach sich der DIHK-Präsident für steuerliche Förderungen aus, da sie die Basis für Wachstum und Wohlstand seien. Wichtig sei auch der Bürokratieab-

bau. Beispielhaft schlug Driftmann vor, die Aufbewahrungsfristen von Unternehmen für steuerliche Prüfungen von zehn auf fünf Jahre zu verkürzen.

Der DIHK-Präsident nahm auch zur Energiewende Stellung: »Die Entscheidung ist gefallen. Es macht keinen Sinn, die Zeit zurückdrehen zu wollen.« Jetzt gehe es darum, »eine sichere Energieversorgung, wettbewerbsfähige Preise und Umweltverträglich-

keit zu gewährleisten«. Die CDU/CSU-Fraktion unterstützte Driftmanns Vorstoß für steuerliche Vergünstigungen bei Forschung und Entwicklung. Der Forderung nach weniger Bürokratie stimmten Unions- und FDP-Fraktion zu.

Keine Befehlsgewalt »Warum werden Sie nicht zum Motor der Energiewende?«, fragte ein Sprecher der SPD-Fraktion. Driftmann verwies darauf, dass der DIHK keine »Befehlsgewalt« über die deutschen Unternehmen habe. Deutliche Worte fand Driftmann auch auf die seitens der SPD-Fraktion infrage gestellte Begeisterung der DIHK zur Energiewende: »Sie hören von mir kein Wort dagegen. Der Weg dahin, ist das andere.« Es sei »Projektmanagement« notwendig. »Denn so wie die Bundesregierung organisiert ist, könne die Energiewende nicht funktionieren«, mahnte Driftmann.

Die Fraktion Die Linke warf die Frage auf, ob nicht Deutschlands Wettbewerbssituation ein Grund für die Krise vieler europäischer Staaten sei. Aufgrund der niedrigen Lohnstückkosten in Deutschland bestehe ein »dramatischer Wettbewerbsunterschied«. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mahnte, die Lücke zwischen den unteren und den oberen Einkommenschichten zu schließen. *Martin Lassar*



Driftmann (li.) und Ausschusschef Hinken

Neues Bergrecht wird angestrebt

WIRTSCHAFT In die Bemühungen um ein neues Bergrecht kommt Bewegung. Der Bundestag überwie am Freitag einen Antrag der SPD-Fraktion (17/9560) mit dem Ziel einer umfassenden Änderung des Bergrechts an die Ausschüsse. Die SPD-Fraktion fordert, das Bundesberggesetz so zu reformieren, »dass Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz im gesamten Verfahren deutlich erhöht werden«. Bei der Genehmigung von Projekten zur Suche und Gewinnung von Bodenschätzen müsse die Beteiligung der zuständigen Umwelt- und Wasserbehörden sowie weiterer Betroffener verbessert werden, lautet eine der weiteren Forderungen. Belange des Gewässerschutzes und des Grundwasserschutzes müssten umfassend berücksichtigt werden.

Ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen wurde ein Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/9390). Die Fraktion will eine Förderabgabe von zehn Prozent einheitlich auf alle geförderten Bodenschätze erheben und die zahlreichen Befreiungen streichen. Dadurch sei von Mehrerträgen von mehreren 100 Millionen Euro auszugehen. Der Strompreis werde sich nicht erhöhen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie will am 23. Mai eine öffentliche Anhörung zum deutschen Bergrecht durchführen. *hle*

Griff nach den Zinsen

FINANZEN Ein Sparbuch wirft heute noch 0,5 Prozent Zinsen ab. Bei 2,1 Prozent Inflation ein Minusgeschäft. Auf die wenigen Zinsen werden 25 Prozent Steuer fällig. Sie könnte bald steigen.



Ein klassisches und unkompliziertes Anlageprodukt, aber im Ergebnis ein Minusgeschäft: das Sparbuch

Die Oppositionsfaktionen waren sich über die große Richtung einig: Die pauschale Abgeltungsteuer von 25 Prozent auf Zinsen vom Ersparnis sowie auf Dividenden soll nicht so bleiben. Im Detail gingen die Vorstellungen der Oppositionsredner in der Debatte des Deutschen Bundestages am Donnerstag allerdings auseinander. Einig zeigte sich dagegen die Koalition: Sowohl CDU/CSU als auch die FDP lehnten Steuererhöhungen auf Kapitaleinkünfte ab.

Erfolgreiche Besteuerung „Die Abgeltungsteuer ist die erfolgreichste Form der Besteuerung von Kapitaleinkünften, die es in der Bundesrepublik Deutschland jemals gegeben hat“, stellte der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Stefan Kampeter (CDU), in der Debatte fest. Eine Erhöhung des Steuersatzes lehnte er ab: „Lieber ein realistischer Steueranspruch, der auch durchgesetzt wird, als ein ideologisch überhöhter Steueranspruch mit einer virtuellen Eintrittswahrscheinlichkeit.“ Auch Daniel Volk (FDP-Fraktion) hielt an der heutigen Form der Kapitaleinkünftebesteuerung fest. Der „linke Teil dieses Hauses“ argumentierte immer, der Staat brauche mehr Geld. Jedoch sei es falsch, zu glauben, wenn man die Steuersätze erhöht, „dass dann mehr Steuereinnahmen folgen“. Die jüngste Steuerschätzung mit Mehreinnahmen von 30 Milliarden Euro zeige, dass eine vernünftige Steuerpolitik zu Mehreinnahmen führe. Massive Steuererhöhungen, die Volk als „Raubzug“ bezeichnete, würden dagegen zu sinkenden Einnahmen des Staates führen.

Olav Gutting (CDU/CSU) hielt den Sozialdemokraten vor, sich von früheren Positionen zu verabschieden. Obwohl zu Zeiten der Großen Koalition eingeführt, gefällt den Sozialdemokraten die heutige Form der Abgeltungsteuer nicht mehr. „Der Abgeltungsteuersatz von 25 Prozent muss erhöht werden auf 32 Prozent“, forderte der SPD-Finanzexperte Carsten Sieling. Allerdings warnte Sieling davor, das Kind mit dem Bade auszuschütten. In die Besteuerung durch die Abgeltungsteuer seien auch Dividenden voll einbezogen worden, die früher nach dem Halbeinkünfteverfahren nur zur Hälfte hätten versteuert werden müssen.

Nur mit Umverteilung „Das Abgeltungssteuergesetz muss ganz weg“, forderte Diether Dehm (Die Linke), der drauf hinwies, dass in Deutschland den 7.500 Milliarden Euro Privatvermögen 2.000 Milliarden Euro Staatsschulden gegenüberstehen würden. „Nur mit Umverteilung kann die Staatsverschuldung abgebaut werden.“ Spekulant dürften nicht länger mit einer „läppischen“ Steuer von 25 Prozent davonkommen. Gleich mehrere Punkte führte Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) gegen die Abgeltungsteuer an: „Es pfeifen alle Spatzen von allen Dächern: Diese Abgeltungsteuer ist Murks.“ Die Steuer verursache einen unglaublich hohen bürokratischen Aufwand und erleichtere die Steuerhinterziehung, weil sie anonymisiert abgeführt werde. „Die versprochenen höheren Steuereinnahmen sind nicht geflossen“, kritisierte Paus. Es gebe statt dessen Mindereinnahmen von drei Milliarden Euro. Dass Kapitaleinkommen

niedriger besteuert werde als Arbeitseinkommen, „das versteht kein Mensch“. Der Bundestag lehnte auf Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (17/7666) mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Linksfaktion und von Bündnis 90/Die Grünen den Antrag der Linksfaktion (17/4878) zur Abschaffung der Abgeltungsteuer ab. Kapitaleinkünfte müssten wieder dem persönlichen Einkommensteuersatz des Steuerpflichtigen unterworfen werden, hatten die Abgeordneten gefordert. An die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde ein weiterer Antrag der Linksfaktion (17/9552). Darin spricht sich die Fraktion für die Einschränkung der steuerlichen Ab-

FAKTEN

> **Kapitaleinnahmen** Zinseinnahmen zum Beispiel aus Sparbüchern, Tages- und Festgeldern, aber auch Dividenden sind in Deutschland steuerpflichtig.

> **Höhe der Steuer** Von den Banken wird automatisch eine Steuer in Höhe von 25 Prozent plus 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag sowie gegebenenfalls Kirchensteuer abgezogen.

> **Steuererklärung** Ist der individuelle Steuersatz niedriger als 25 Prozent oder wurde der Bank kein Freistellungsauftrag zur Nutzung des Sparerfreibetrags erteilt, können die Kapitalerträge in der Steuerklärung angegeben werden.

zugsfähigkeit von Gehältern der Konzernmanager aus. So soll der Betriebsausgabenabzug für die jeweiligen Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder auf das 20-fache des unteren Facharbeiterlohns der Branche beschränkt werden. Bisher können die Unternehmen die Gehälter der Manager unbegrenzt als Betriebsausgaben abziehen. „Sie vermindern somit den zu versteuernden Gewinn und führen daher für die Vergütungen zahlenden Unternehmen zu geringeren Steuerzahlungen“, schreibt die Fraktion. Nach ihren Angaben haben die Vorstandsbezüge der DAX-Konzerne im letzten Jahr einen neuen Allzeiterkordwert erreicht.

Kampeter sprach sich in der Debatte strikt gegen eine Begrenzung von Managergehältern durch steuerrechtliche Regelungen aus. Die Regierung glaube, dass bei der Vergütung von Managern Maß und Mitte einzuhalten seien, aber das Steuerrecht sei „nicht der Ort, um diese Schlacht auszutragen“. Sieling sagte: „Wir haben ein Riesenproblem in dem Bereich.“ Man müsse auch steuerpolitisch an das Problem herangehen, „damit der Anreiz in den Unternehmen minimiert wird, hohe Gehälter zu zahlen“. Volk pochte dagegen auf das Eigentumsrecht. „Die Frage, wie hoch diese Vergütungen sind, ist eine Frage, die die Eigentümer des Unternehmens zu entscheiden haben.“ Darüber habe nicht die Politik am grünen Tisch zu entscheiden. Dehm warnte allerdings, die Schere zwischen arm und reich dürfe nicht weiter auseinandergehen. Paus wies darauf hin, die Grünen hätten schon vor drei Jahren Einschränkungen beim Betriebsausgabenabzug von Managergehältern gefordert. *Hans-Jürgen Leersch*

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Flughafen-Starttermin verschoben

VERKEHR UND BAU Eins ist sicher: Der neue Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg International (BER) wird nicht am 3. Juni eröffnet. Wann die ersten Flugzeuge dort planmäßig starten oder landen können sollen, soll in dieser Woche bekannt gegeben werden. Dies erklärte der BER-Chef Rainer Schwarz vergangenen Woche im Verkehrs- und Bauausschuss. Dort begründete er gemeinsam mit Verkehrs-Staatssekretär Rainer Bomba (CDU), der den Bund im Aufsichtsrat vertritt, die kurz zuvor bekannt gewordene Verschiebung des Öffnungstermins. Bomba führte aus, dass der Bund mit 26 Prozent am Flughafen beteiligt sei. Die Länder Berlin und Brandenburg halten jeweils 37 Prozent der Anteile. Er selbst sei immer davon ausgegangen, dass der Zeitplan eingehalten werde. Er sei als Aufsichtsratsmitglied erst unmittelbar vor der Bekanntgabe von der Verschiebung informiert worden. Ursache dafür seien Probleme beim Brandschutz. Der schon begonnene Umzug von Tegel sei sofort gestoppt worden. Bomba betonte, dass der Aufsichtsrat der Pflicht zur Kontrolle „voll umfänglich“ nachgekommen sei. So habe der Aufsichtsrat regelmäßig entsprechende Kontrollberichte bekommen und geprüft. Er selbst habe sich mehrmals auch vor Ort über den Fortgang der Arbeiten informiert. Die

Entscheidung zu verschieben sei richtig, da die Sicherheit immer Vorrang habe. Es müsse noch eingehend geprüft werden, wer die Verantwortung habe und wie hoch die Kosten seien. Über Schadenersatzansprüche könne noch nichts gesagt werden.

Die Abgeordneten aller Fraktionen betonten, dass sie für die Verschiebung Verständnis hätten, da die Sicherheit der Mitarbeiter und Kunden Vorrang vor allen wirtschaftlichen Überlegungen habe. Sie befürchteten jedoch einen „riesengroßen Imageschaden“ – besonders, da der Öffnungstermin zum zweiten Mal verschoben wurde. Die Zeit müsse nun genutzt werden, um die Inbetriebnahme zum neuen Termin zu 100 Prozent sicherzustellen. Außerdem könnten noch Schallschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Es müsse genau geklärt werden, wer die Verantwortung habe. Flughafenchef Schwarz wies darauf hin, dass seit Monaten die Funktionsfähigkeit des Flughafens mit 10.000 Komparsen und ebenso vielen Koffern geprüft worden sei. Bis zum vergangenen Montag habe es keinen Anlass gegeben, an dem Einweihungstermin zu zweifeln. Er betonte, dass es bei der Eröffnung keine „große Einweihungsfeier“ geben werde. Es genüge, einmal 40.000 Gäste auszuladen. *mik*

Teurer Strom: Aluminium-Hütte pleite

WIRTSCHAFT Die SPD-Fraktion hat von der Bundesregierung schnelle Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit besonders energieintensiver Betriebe verlangt. Man habe in der Vergangenheit oft Kritik an nicht zielgerichteten Strompreisvergünstigungen geübt, erklärte ein Sprecher der SPD-Fraktion in einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie vergangenen Woche. Aber im Fall der Aluminiumindustrie gehe es um wirklich energieintensive Betriebe und um 40.000 Arbeitsplätze. Es müsse Ausnahmeregelungen für Betriebe geben, die angesichts hoher Strompreise nicht mehr mithalten könnten, um eine Verlagerung von Arbeitsplätzen zu vermeiden. Die Abgeordneten hatten das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, nachdem in Voerde (Nordrhein-Westfalen) eine Aluminiumhütte Insolvenz angemeldet hatte. Der Vertreter der Bundesregierung erläuterte dazu im Ausschuss, Deutschland habe in der EU den teuersten Industriestrom. Die Bundesregierung verhandele in Brüssel über Möglichkeiten, dass mehr für die energieintensive Industrie getan werden könne. Außerdem verwies er darauf, dass die Verordnung über abschaltbare Lasten in Vorbereitung sei. Damit soll Betrieben, wenn sie zeitwei-

lig auf Strombezug verzichten und dadurch das Netz stabilisieren, eine Ausgleichsleistung gewährt werden. Die Gespräche seien enorm schwierig. Die Verordnung solle zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Ein Sprecher der CDU/CSU-Fraktion erklärte, man befände sich offenbar bereits in einem schleichenden Prozess der Deindustrialisierung und des Verlusts wichtiger Wertschöpfungsketten. Den betroffenen Branchen müsse geholfen werden. Die FDP-Fraktion unterstützte die Appelle aus CDU/CSU und SPD zum Erhalt der Industrie. Es müsse dringend etwas geschehen, sonst verliere man den Anfang einer wichtigen Wertschöpfungskette. „Das wäre verheerend“, sagte die FDP-Fraktion. Nach Ansicht der Linksfaktion wurde von dem in Insolvenz gegangenen Unternehmen in Voerde der Strom am Markt zu teuer eingekauft. Die Hütte sei nicht wegen der allgemein hohen Strompreise in Probleme geraten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen warf der CDU/CSU-Fraktion vor, mit dem Gerede von der Deindustrialisierung die deutsche Wirtschaft schlechter zu helfen. Negativszenarien würden nicht weiterhelfen. Schließlich sei Deutschland Exportweltmeister. *hle*

Regierung erlässt Banken Steuern

FINANZEN Der Bundesrechnungshof (BRH) hat massive Bedenken gegen Steuervorteile für sogenannte Kreditfabriken, in die banktechnische Leistungen insbesondere im Zusammenhang mit Krediten ausgelagert werden, erhoben. Die Finanzämter würden diese Kreditfabriken, die oft von konkurrierenden Banken gemeinsam betrieben werden, aufgrund eines 2008 gefassten Beschlusses der Steuerabteilungsleiter der obersten Finanzbehörden von Bund und Ländern von der Umsatzsteuer befreien. Der Beschluss sei im Vorgriff auf eine angestrebte gesetzliche Regelung getroffen worden, zu der es jedoch bis heute nicht gekommen sei, kritisierte der BRH in einem dem Bundestag als Unterrichtung (17/9283) vorgelegten Bericht. Durch die Steuerbefreiung im Verwaltungswege seien bis Anfang 2010 Mindereinnahmen bis zu 50 Millionen Euro entstanden. „Bis heute dürften weitere Steuerausfälle in Millionenhöhe hinzugekommen sein“, heißt es in dem Bericht. Zu den Kreditfabriken erläutert der Bundesrechnungshof, im Finanzsektor sei es seit einigen Jahren üblich geworden, banktechnische Tätigkeiten durch externe Dienstleister erledigen zu lassen, um Kosten zu sparen. Kreditfabriken

würden im Vorfeld einer Kreditgewährung sicherheiten bewerten und Risiken überprüfen sowie nach Gewährung des Kredits die Adresspflege, Überwachung der Zahlungseingänge sowie das Mahnwesen übernehmen. Um die Steuerbefreiung hätten einige Bankenverbände gebeten, weil den Banken wegen fehlender Vorsteuerabzugsmöglichkeiten höhere Kosten durch die von den Kreditfabriken in Rechnung gestellte Umsatzsteuer entstanden seien. Nach Angaben des BRH hoben die Abteilungsleiter zwar die Steuerbefreiung im Vorgriff auf eine gesetzliche Regelung inzwischen auf, beschlossen aber zugleich eine Übergangsregelung, nach der die Befreiung bis zum 31. Dezember 2012 weiter im Verwaltungswege angewendet werden kann. Damit ist der Rechnungshof nicht zufrieden. Es sei geboten, „die Steuerbefreiung bis in die Kreditfabriken umgehend sicherzustellen. Gründe für die Befreiung sind nicht ersichtlich.“ An das Bundesfinanzministerium ergeht der Appell der Prüfer, „steuerliche Vergünstigungen nicht im Verwaltungswege einzuführen. Nur so ist gewährleistet, dass die Grundsätze der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung in der Praxis angewandt werden“. *hle*

Milliarden von Millionären

FINANZEN Linksfaktion wil Reichensteuer wie Hollande

Bei einem zu versteuernden Einkommen von über einer Million Euro soll ein Grenssteuersatz von 75 Prozent eingeführt werden. Diese „Reichensteuer“ fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/9525), der am Donnerstag vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Vorbild ist ein Vorschlag des neu gewählten französischen Präsidenten Francois Hollande, der in Frankreich die Einführung einer Einkommensteuer von 75 Prozent auf das Einkommen von über einer Million Euro jährlich gefordert hatte.

Einkommen ungleich verteilt „Deutschland hat die Einführung einer solchen Steuer noch nötiger als Frankreich, denn hier war das Ausmaß der ungleicher werdenden Einkommensverteilung in den letzten beiden Jahrzehnten im internationalen Vergleich besonders hoch“, begründet die

Linksfaktion ihren Vorstoß. Die von der Koalition von Union und SPD 2005 eingeführte sogenannte Reichensteuer in Höhe eines Aufschlags von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz „hat die fortschreitende Einkommenspolarisation in Deutschland nicht bremsen können, es war bloße Symbolpolitik“, schreibt die Fraktion. Sie beziffert das Aufkommen der von ihr vorgeschlagenen 75-Prozent-Reichensteuer auf fünf bis elf Milliarden Euro jährlich. Diese Mehreinnahmen sollten vom Staat so verwendet werden, „dass dies den untersten Einkommenschichten zugutekommt“. Nach Angaben der Linksfaktion besitzen mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung entweder kein oder ein nur sehr geringes Nettovermögen. Das oberste Prozent besitzt dagegen inzwischen knapp ein Viertel des gesamten Vermögens in Deutschland. *hle*

Ein weiter Weg zur barrierefreien Mobilität

VERKEHR UND BAU Behindertenverbände fordern, staatliche Förderungen an Kriterien der Barrierefreiheit zu koppeln

Bei der barrierefreien Mobilität und dem barrierefreien Wohnen muss noch viel getan werden. Dies wurde in der vergangenen Woche bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung deutlich. Grundlage des Hearings waren insgesamt drei Anträge der SPD-Fraktion „Barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen – Voraussetzung für Teilhabe und Gleichberechtigung“ (17/6295), der Linksfaktion „Barrierefreies Bauen im Baugesetzbuch verbindlich regeln“ (17/9426) sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Barrieren abbauen – Mobilität und Wohnen für alle“ (17/9406).

Sanktionen gefordert Sigrid Arnade, Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland, begrüßte, dass die drei antragstellenden Fraktionen die Notwendigkeit einer umfassenden barrierefreien Gestaltung in

allen Lebensbereichen erkannt hätten. Auch sie sprach sich dafür aus, staatliche Förderung an Kriterien der Barrierefreiheit zu koppeln.

Dies würde die Umsetzung einer langjährigen Forderung aller Behindertenverbände bedeuten. Zudem sprach sie sich in ihrer Stellungnahme dafür aus, bei Verstößen gegen Barrierefreiheitsregelungen im Flugverkehr, im Fußverkehr sowie beim Bauen und Wohnen die Verhängung von Sanktionen zu verankern. Für den Präsidenten der Bundesarchitektenkammer, Sigurd Trommer, wäre es wünschenswert, dass sich das Denken der Men-

schen ändert und der Umgang von Behinderten und Nichtbehinderten selbstverständlich wird. Dabei dürfe für den Bereich Bauen aber

nicht außer Acht gelassen werden, dass Barrierefreiheit für alte Menschen und Kinder von ebenso großer Bedeutung sei. Deshalb müsse die Städtebauförderung gestärkt und das Programm „Altersgerecht Umbauen“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau weiterentwickelt werden.

Für Volker Sieger vom „Institut für barrierefreie Gestaltung und Mobilität“ stellt der demografische Wandel an die zukünftige Bautätigkeit große Anforderungen. Für das Jahr 2025 sei mit einem Bedarf von zwei Millionen barrierefreien Wohnungen zu rechnen. Dieser Bedarf werde überwiegend durch Modernisierungsmaßnahmen im Bestand gedeckt werden müssen, da die Zahl der Neubauten vergleichsweise gering sei. Selbst wenn alle Neubauten ab sofort barrierefrei errichtet würden, könnte der prognostizierte Bedarf im Jahr 2025 nicht erreicht werden. *Michael Klein*



Langstreckenflüge bleiben für Rollstuhlfahrer schwierig.



Der Kurs ändert sich: Neben der Konsolidierung tritt jetzt die Wachstumspolitik als Ziel deutlicher hervor.

Kurs auf »smartes Sparen«

FINANZEN Das Konsolidierungstempo ist für die Schuldenstaaten zu hoch. Wachstumsimpulse sind gefragt

Kaputtsparen war gestern. Zwar werden die Euroländer von einer Schuldenlast ohnegleichen gedrückt, aber ohne Wirtschaftswachstum werden die besonders hoch verschuldeten Staaten wohl kaum wieder auf die Beine kommen. Daher ist eine Kursänderung in Sicht: Weg vom Diktat der Ausgabenkürzungen, hin zum intelligenten Sparen. In einer Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages machte in der letzten Woche schon eine neuer Begriff die Runde: Die „smarte Konsolidierung“ ist angesagt.

»Vollbremsung auf glatter Fahrbahn ist nicht das richtige Mittel.«
Gustav Horn, Hans-Böckler-Stiftung

Ohne Eile Konkret heißt das: Hoch verschuldete Euroländer sollten mehr Zeit zum Abbau ihrer Defizite erhalten. Dies schlugen in der Anhörung mehrere Sachverständige vor. Die bisherige Krisenbekämpfungspolitik sei nicht in der Lage, die eigentlichen Probleme im Euro-Raum zu lösen, stellte Professor Sebastian Dullien (Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin) fest. Der Fiskalpakt schreibe ein dauerhaftes Budgetdefizit von nicht mehr als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor. Das dürfe in vielen Fällen „nicht ausreichend Raum für öffentliche Investitionen lassen“. Neben Anleihekäufen durch die Europäische Zentralbank (EZB) und Eurobonds

müsse es Nachverhandlungen über die EU-Stabilitätsprogramme geben „und den Staaten mehr Zeit zum Defizitabbau gegeben werden“, empfahl Dullien. Professor Gustav Horn (Hans-Böckler-Stiftung) sprach sich für eine Reduzierung des Spartempo aus und meinte, eine „Vollbremsung auf glatter Fahrbahn“ sei nicht das richtige Mittel, das Auto zum Stillstand zu bringen. Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) wollte nicht ausschließen, dass es vielleicht besser sei, im Falle Spaniens das Defizitziel möglicherweise nach hinten zu verschieben. Die Finanzmärkte würden auf kurzfristiges Wachstum setzen. Bei Wachstumseinbrüchen komme es daher nicht zu Zinssenkungen. „Eine gewisse Streckung ist diskussionswürdig“, hieß es vom IW. Aber die angestrebten strukturellen Ausgabenkürzungen müssten erfolgen.

Professor Clemens Fuest (Oxford University) verlangte höhere öffentliche Investitionen und wies ebenfalls auf die Möglichkeit hin, den Krisenstaaten mehr Zeit beim Abbau der Budgetdefizite zu geben: „Ohnehin werden die Defizitziele in vielen Fällen verfehlt.“ Ob dadurch aber mehr als Strohfuefereffekte erreicht werden könnten, sei unsicher. „Sofern die Glaubwürdigkeit der Konsolidierung darunter leidet, kann auch das Gegenteil eintreten“, erklärte Fuest.

Die Deutsche Bundesbank forderte dagegen, die zügige Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht in Frage zu stellen. Gerade die Umsetzung der vereinbarten Konsolidierung sei von entscheidender Bedeutung für die Glaubwürdigkeit des neuen fiskalischen Regelwerks. Vom Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) hieß es, es müsse konsolidiert und für Wachstum gesorgt werden. Das qualitative Element des Wachstums sei bisher unterbewertet worden. Strikt gegen alle Vorstöße zur smarten Konsolidierung sprach sich Professor Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft) aus: „In ruhigem Rahmen ist noch nie in den letzten Jahrzehnten konsolidiert worden.“ Es müsse Druck zur Konsolidierung geben.

Gegen den Sparkurs Gegen fiskalische Transfers, also Zahlungen zum Beispiel aus deutschen Steuergeldern an andere Länder, sprach sich Professorin Claudia Buch (Universität Tübingen) aus. Solche Transfers würden die Gefahr bergen, dass nötige Strukturformen aufgehoben werden würden. „Nicht zuletzt dürfte die politische Akzeptanz für eine Ausweitung von Transfers fehlen“, so die Wissenschaftlerin. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) verurteilte den radikalen Sparkurs. Dieser habe, gekoppelt mit dem Druck auf Löhne, Renten und Sozialsysteme „zu einer sozialen Katastrophe in den betroffenen Krisenländern geführt“. Zur Finanzierung eines Programms für Wachstum und Beschäftigung forderte der DGB eine „Europäische

Zukunftsanleihe“, die von den Reichen (ab 500.000 Euro Vermögen) finanziert werden soll. Die EZB müsse zum „Kreditgeber der letzten Instanz“ ausgebaut werden. Die vorgeschlagenen gemeinsamen europäischen Anleihen zur Staatsfinanzierung lehnte der Vertreter der Bundesbank strikt ab. „Eine umfassende Gemeinschaftshaftung ist nicht kompatibel mit fehlenden Eingriffsrechten auf der europäischen Ebene“, hieß es in der Stellungnahme der Bundesbank. Die Lösung der Probleme in den von der Vertrauenskrise betroffenen Län-

dem habe primär „im nationalen Kontext“ zu erfolgen. Eine längerfristige Stabilisierung der Eurozone wird nach Ansicht von Professor Paul Welfens (Universität Wuppertal) nicht ohne Euro-Politik-Union möglich sein. „Zu Pessimismus besteht in der Eurozone und besonders in Deutschland kein Anlass. Die Überwindung der Krise erfordert geduldige und gezielte Maßnahmen, wobei die Rolle der Europäischen Kommission mittelfristig deutlich gestärkt werden sollte“, empfahl Welfens. *Hans-Jürgen Leersch*

STICHWORT

Euroland – Der Schuldenberg wächst immer höher

> Staatsschuldenstand Nach der jüngsten Veröffentlichung des europäischer statistischer Amtes Eurostat wächst der Schuldenberg der Euroländer trotz aller Sparappelle weiter. Die 17 Euroländer hatten demnach am Ende des dritten Quartals 2011 8,2 Billionen Euro Schulden. Ein Jahr zuvor waren es 7,57 Billionen.

> Spitzenreiter Im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt hatten Griechenland (159,1 Prozent), Italien (119,6) und Portugal (110,1) die höchsten Schulden. Deutschland belegt mit 81,8 Prozent und 2,09 Billionen Euro Schulden einen Mittelplatz.

> Sparsam Mit einer Schuldenquote von 18,5 Prozent verzeichnet Luxemburg die niedrigste Schuldenquote.



»Gas-Fracking« bleibt erlaubt

WIRTSCHAFT Risiken für Menschen und Umwelt sollen bei der Erdgasförderung in Deutschland völlig ausgeschlossen werden. Daher müsse die Fördermethode des „Hydraulic Fracturing“ (Fracking) verboten werden, fordert die Linksfraktion in einem Antrag (17/6097, 17/9196), der im Bundestag am Donnerstag aber von der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP abgelehnt wurde. Auch Anträge der Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, mit denen mehr Transparenz bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas erreicht werden sollte, scheiterten (17/7612, 17/5573, 17/9450). Um die umweltschädliche Förderung von Erdgas überflüssig zu machen, sei eine verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien ebenso erforderlich wie weitere Maßnahmen zur Einsparung und Effizienzsteigerung bei der Nutzung von Erdgas, hatte die Linksfraktion gefordert. Sie verlangte außerdem, dass die Erkundung und Förderung von Erdgas nur noch zulässig sein soll, „wenn der positive Nachweis erbracht ist, dass schädliche Auswirkungen auf Umwelt und Menschen ausgeschlossen werden können“. Der Trinkwasserschutz müsse Vorrang haben. „Unkonventionelles Erdgas“ ist im Gestein eingeschlossen. Gefördert wird es mit „Fracking“, bei dem eine mit Chemikalien versetzte Flüssigkeit mit hohem Druck in die Tiefe gepumpt wird, um das gastragende Gestein aufzubrechen. *hle*

SPD gegen Atomförderung

WIRTSCHAFT Die Bundesregierung soll sich beim europäischen Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie am 15. Juni klar gegen eine Gleichstellung der Atomenergie mit Erneuerbaren Energien und gegen jedwede Subventionierung vorhandener oder geplanter Atomkraftwerke aussprechen. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/9554), der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde.

In ihrem Antrag verweist die Fraktion auf die von der dänischen Ratspräsidentschaft erbetenen Stellungnahmen zum EU-Energiefahrplan bis 2050. Vier Mitgliedstaaten (Großbritannien, Frankreich, Polen und Tschechien) hätten sich darin für eine Gleichstellung der Atomenergie mit erneuerbaren Energien ausgesprochen. Beide Energieformen seien kohlendioxidneutral und damit wichtige Mittel gegen den Klimawandel, zitiert die SPD-Fraktion die Haltung der vier EU-Mitgliedsländer, die deshalb vorgeschlagen hätten, die finanzielle Förderung des Abbaus der Kohlendioxid-Emissionen technologiefrei erfolgen zu lassen.

„Die Motivation hinter dieser Forderung ist jedoch ökonomischer Natur“, stellt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag fest. Alte abgeschriebene Reaktoren seien nur durch die Milliardensubventionen und die Vergessenschaft der Folgekosten profitabel. Der Neubau von Reaktoren rechne sich dagegen nicht, da er teurer sei und länger dauere als bei jedem anderen Kraftwerk, gleichzeitig aber durch die Entwicklung der erneuerbaren Energien in Zukunft kein Preisvorteil mehr bestehe. „Atomenergie ist nicht nur viel zu gefährlich, sondern auch schlichtweg nicht wettbewerbsfähig“, argumentiert die SPD-Fraktion. Außerdem sei die Atomenergie wegen des hohen Energieverbrauchs beim Uranabbau nicht CO2-neutral. *hle*

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Jetzt auch als E-Paper

* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

DasParlament

Die Ware Wissen

PHOTO: J. HILGERS

Pro Stunde gehen vier Hektar Ackerland verloren

FLÄCHENVERBRAUCH Bauernpräsident fordert gesetzliche Lösung. Bundesregierung will Beteiligte vor Ort sensibilisieren

Zur Verdeutlichung seiner Sorge um dem Verlust landwirtschaftlicher Produktionsflächen wählte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes ein naheliegendes Beispiel. „Allein in dieser Stunde, in der wir hier reden, gehen wieder vier Hektar an landwirtschaftlicher Nutzfläche verloren. Das ist etwa so viel wie die schöne Wiese vor dem Reichstag“, sagte Gerd Sonnleitner vergangene Woche vor dem Petitionsausschuss. Der Bauerpräsident hatte daher eine Petition eingebracht, die gesetzliche Abhilfe verlangt: „Wir fordern, eine zentrale Schutzklausel in Gesetze einzuarbeiten, die den landwirtschaftlichen Nutzflächen den gleichen Schutz bietet wie dem Wald, den es laut Gesetz zu erhalten und zu mehren gilt.“

In seiner Petition hatte Sonnleitner den Flächenverbrauch durch Siedlungen und Verkehr als eines der gravierendsten ungelösten Umweltprobleme bezeichnet. „Zum einen werden hierdurch Landschaften zerschnitten und Lebensräume für Tiere und Pflanzen zerstört. Zum anderen geht die unvermehrte Ressource Boden und damit die zugrundeliegende Grundlage für den Anbau von Lebens- und Futtermitteln sowie nachwachsende Rohstoffe verloren“, sagte er vor dem Ausschuss. Die mehr als 212.000 Unterschriften unter die Initiative zeigten zudem,

dass nicht nur Landwirte sondern auch große Teile der Bevölkerung das Anliegen unterstützen. Schließlich gehe es beim Erhalt landwirtschaftlicher Flächen „um nicht mehr und nicht weniger als die Existenzsicherung künftiger Generationen“. Derzeit gingen in Deutschland täglich 87 Hektar an Fläche verloren, so Sonnleitner. Der erwähnte gesetzliche Schutz des Waldes habe für planerische Abwägungen große Folgen, da zu recht sorgsam mit Waldflächen umgegangen werden müsse. „Landwirtschaftliche Nutzflächen sind im Gegensatz dazu frei verfügbare Planungsmaße für Planer und kommunale Entscheidungsträger“, kritisierte der Bauernpräsident.

Probleme bei Umsetzung Handlungsbedarf erkannte auch Peter Bleser (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium. „Die Nachhaltigkeitstrategie sieht vor, bis zum Jahre 2020 den Verbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren“, sagte er. Zugleich räumte er ein, dass es „erhebliche Probleme bei der Umsetzung“ gebe. Das habe auch damit zu tun, dass das „kommunale Planungsrecht laut Grundgesetz geschützt ist und direkte Weisungen von Bun-

deseite nicht möglich sind“. Es sei jedoch beabsichtigt, bei dem in der Beratung befindlichen Baugesetz einen Verweis auf das Bundesnaturschutzgesetz hineinzubringen, wonach die Belange der Landwirtschaft mit berücksichtigt werden müssen. Auf Verluste von Produktionsflächen durch die Ausweisung von Naturschutzausgleichsflächen eingehend, kündigte Bleser an, dass Land-

wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) mit den beteiligten Partnern und Verbänden reden wolle, um vor Ort die Sensibilität dafür zu wecken, gewünschte Umweltwirkungen zu erzielen, ohne landwirtschaftliche Nutzflächen in Anspruch zu nehmen. „Das wird eine gesamtgesellschaftliche Diskussion mit vielen fantastischen Möglichkeiten“, sagte Bleser. *Götz Hausding*



Immer mehr Nutzflächen fallen der Zersiedelung zum Opfer.

KURZ REZENSiert



Ursula Kossler: Hammelsprünge. Sex und Macht in der deutschen Politik.

DuMont Buchverlag Köln 2012; 256 S., 18,99 €

Viele, die ihre Erfahrungen mit der deutschen Politik noch in Bonn gemacht haben, schwärmen davon noch heute: So beschaulich sei der damalige Regierungssitz gewesen, man habe einander gekannt und vertraut und sich darauf verlassen können, dass nicht alle Verfehlungen gleich öffentlich gemacht werden. So lautet das – meist männliche – Fazit. Andere Erinnerungen hat dagegen die ehemalige „Spiegel“-Journalistin Ursula Kossler. Gemeinsam mit anderen Journalistinnen und auch Politikerinnen, die wie sie in den 1970er und 80er Jahren nach Bonn gingen, erinnert sie sich an ein Biotop, in dem junge Frauen „auf die alteingesessenen Bonner Machos trafen und diese alle taten, um den jungen Hennen das Gefieder zu stutzen“. Zeiten, in denen ein Abgeordneter einer Journalistin Sexpispelezeug schickte, um eine „gute, gerne auch sehr gute Zusammenarbeit“ einzuläutern, oder ein Bonner Chefredakteur ungestraft zu seiner Assistentin sagte, sie sei „so doof, Ihnen sollte man mit einer stumpfen Klinge die Klitoris beschneiden“.

In ihrem Buch „Hammelsprünge“ beschreibt Kossler ein „Bonner Männergetöse“, in dem gegabscht und angemacht wurde, in dem Minister und Pressesprecher noch vollkommen unbehelligt ein- und zweideutige Kommentare zu Aussehen und Talent von Journalistinnen und Politikerinnen machen konnten. Gewehrt habe sich damals kaum eine Frau.

Bei Kossler liest sich das gelegentlich irritierend leicht, als sei das alles nur ein humorvoller Rückblick. Nur ganz zum Schluss formuliert Kossler, dass sich auch heute noch vieles bewegen müsse. Sie habe, so schreibt sie, in den 80er Jahren eine Quote abgelehnt. Heute hält sie ihren Glauben und den ihrer Kolleginnen, man könne allein über Leistung vorankommen, für naiv. Ursula Kossler wünscht, dass irgendwann stimmen möge, wovon ihre Teenager-Tochter überzeugt ist: „Wenn einer dieser XXL-Machos wagen würde, das mit uns zu machen, der würde ja so was von auf die Schnauze fallen!“

Susanne Kallitz



Mainhardt Graf Nayhauf (Hrsg.): Größenwahn und Politik.

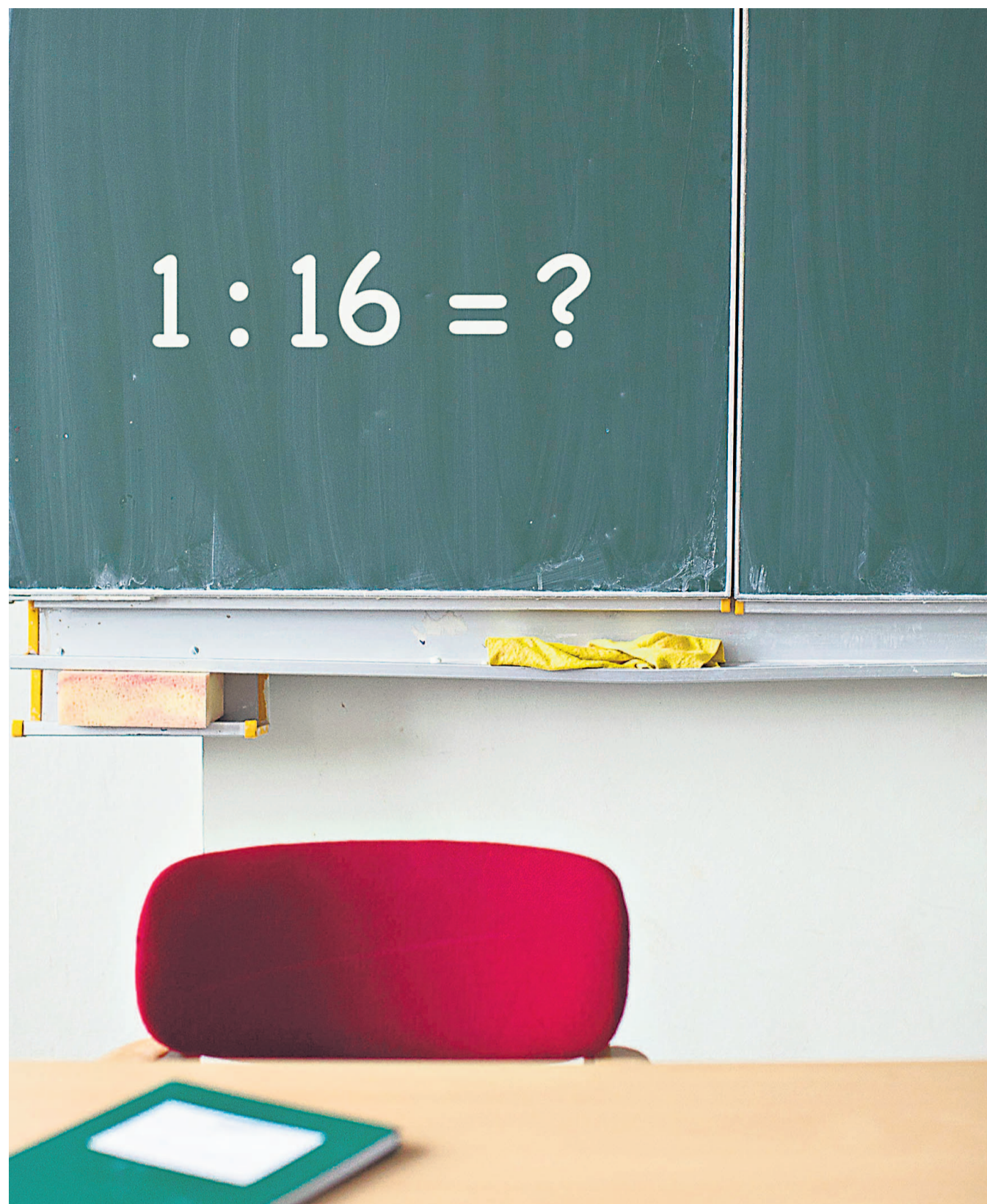
Edition Lingen Stiftung, Köln 2012; 112. S., 9,95 €

Ist große Politik ohne Größenwahn möglich? Nein, findet der Hauptstadt-Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“, Dieter Wonka. Zu einem gegensätzlich Befund kommt der „Stern-Journalist“ Hans-Ulrich Jörges: Größenwahn sei in der politischen Klasse ein „ausgestorbenes Phänomen“, stattdessen habe eine „Ära der Demut“ eingesetzt. Es ist eine vielstimmige Diskussion mit gänzlich unterschiedlichen Ansichten, die der erste Band der „Edition Lingen Stiftung“ mit dem Titel „Größenwahn und Politik“ anbietet. Er lässt Journalisten und Politiker gleichermaßen zu Wort kommen und darüber nachdenken, wie gefährlich die Mischung aus „Torheit, Größenwahn und Borniertheit“ ist.

Dabei fällt eines auf: Während die Politiker, die sich in dem Band äußern, dies ausgesprochen vorsichtig und fast schon übermäßig selbstkritisch tun, nutzen einige der Journalisten die Gelegenheit, mal richtig draufzuhauen. Wo der ehemalige Finanzminister Theo Waigel einräumt, kein Politiker sei vor Fehlern gefeit, und der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bekennt, es sei leicht, die Bodenhaftung zu verlieren, wenn man allzu oft in den Medien auftauche, beschwert sich Ex-„Bild“-Kolumnist Mainhardt Graf von Nayhauf über die „Großkopfer“, die sich an „Insignien der Macht“ klammerten. Er sei in 55 Berufsjahren nur einem einzigen Politiker begegnet, der frei von Größenwahn und Eitelkeit geblieben sei.

Wie stark aber auch Journalisten gefährdet sind, „sich gern mal vor, neben und über Gesetz und Moral“ zu stellen, stellt der Publizist Hajo Schumacher fest: So engagiert die „berufsmäßigen“ Empörer sich über jeden Schoppen Freiwein bei Politikern aufregen, so gemäßigt fällt die Kritik in der eigenen Branche aus. Und so gilt das Fazit des früheren Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin für Politik und Medien in gleicher Weise: „Nimmt man die tägliche Portion von Ehrerbietung und Schmeichelei für bare Münze, so setzt sachte eine Veränderung der Persönlichkeit ein, und die Basis für die Herausbildung von Größenwahn ist gelegt.“

suk



Ein Bundesstaat und 16 Länder: In der Bildungspolitik hat dieser föderale Grundsatz seine Tücken.

Kleine Lösung

FÖDERALISMUS Die Koalition will mehr Kooperation in der Wissenschaft. Die Opposition will dies auch für die Bildung

In einem teilweise heftigen Schlagabtausch haben Regierungskoalition und Opposition am vergangenen Donnerstag um die Zukunft der Bildungsrepublik Deutschland gerungen. „Ali aus Neukölln soll die gleichen Chancen haben, Akademiker zu werden, wie Maximiliane aus München-Grünwald“, forderte die Bildungspolitikerin Dagmar Ziegler (SPD). Der Streit ist grundsätzlich: Die Regierung strebt eine Grundgesetzänderung in der Kooperation und Förderung durch den Bund nur für die Wissenschaft an, die Opposition fordert hingegen die Kooperation mit dem Bund auch auf den ihrer Meinung nach unterfinanzierten Bildungsbereich auszuweiten. Bislang sind Wissenschaft und Bildung jedoch ausschließlich Ländersache. Doch

angesichts klammer Haushalte beginnen auch die Länder umzudenken. Gerade erst hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) einen Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 91b im Grundgesetz vorgelegt. Danach soll der Bund nun dauerhaft „Einrichtungen der Wissenschaft an Hochschulen unterstützen können“. Bislang war das lediglich befristet möglich. „Was durch diesen Beschluss möglich wird, hat es in über 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich war immer nur auf befristete Projekte konzentriert und betraf nie die Möglichkeit einer dauerhaften Zusammenarbeit innerhalb der Hochschulen“, begründete Schavan das Vorhaben in der Debatte.

Mit dieser Grundgesetzänderung wäre das umstrittene Kooperationsverbot für Bund und Länder jedoch nur leicht gelockert – und nur im Bereich der Wissenschaft. Damit will Schavan wenigstens die Erfolge der 2017 auslaufenden „Exzellenzinitiative“ fortschreiben und das Wissenschaftssystem umbauen. Das Förderprogramm für Hochschulen ist eines von jenen auf begrenzte Zeit angelegten Projekten, mit dem der Bund herausragende Forschungseinrichtungen fördert und damit das Kooperationsverbot umgeht. Schavan machte deutlich: „Es geht darum, wie das Herzstück des Wissenschaftssystems – und das sind die Hochschulen – dauerhaft wettbewerbsfähig bleiben kann.“ Den Antrag der Grünen, „Gemeinsam für gute Bildung und Wissenschaft – Grundge-

setz für beide Zukunftsfelder ändern“ (17/9565), wies die Ministerin jedoch zurück. Gleichzeitig stellte sie aber in Aussicht, dass es auch im Bildungsbereich künftig Kooperationen geben müsse. Was das genau heißt, ließ sie aber offen.

SPD, Grüne und Linke planen hingegen schon länger eine umfassende Neuordnung im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Schulen und im Ausbau der Ganztagschulen. Bei einer Teillösung, mit der nur die Wissenschaft durch den Bund gefördert werden darf, gibt es aus Sicht der Opposition Probleme. Sie hat Sorge, dass ihr anschließend das Druckmittel fehlt und sie für eine Verfassungsänderung, die auch für die Bildungspolitik gilt, im Bundestag nicht die benötigte Zweidrittelmehrheit erhält.

Länder sind sich nicht einig Die nordrhein-westfälische Schulsenatorin Sylvia Löhrmann (Grüne), die auch aus Länder Sicht für die Kooperation in der Bildung warb, sagte: „Wenn wir jetzt nur halbherzig vorgehen und uns auf eine Teillösung beschränken, machen wir die Tür für eine große Lösung, die auch die Schulen einbezieht, über Jahre hinweg zu.“ Und auch der thüringische Wissenschaftsminister Christoph Matschie (SPD) sagte: „Der Antrag der Grünen zeigt genau in die richtige Richtung.“ Und er fügte an: „Bildungspolitik ist keine Kleingartenanlage, in der jeder Seins macht.“ Die Abgeordnete Petra Sitte (Linke) plädierte dafür, die Fehler der Föderalismusreform zu korrigieren und „das Dreieck Bildung-Wissenschaft-Forschung“ auszubauen.

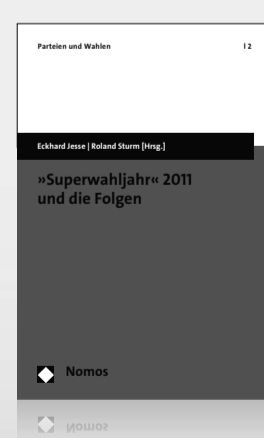
Doch auch die Grünen sind sich in dem Vorgehen nicht so einig, wie es scheinen mag. Sylvia Löhrmann musste in der Debatte immer wieder den Vorwurf kontern, dass ihr Parteifreund, der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Haltung der Bundesgrünen nicht unumwunden teilt. „Da rennt der kauzige Ministerpräsident aus Baden-Württemberg in der Weltgeschichte umher und brüstet sich ernsthaft damit, dass er die gewünschte Zusammenarbeit von Bund und Ländern blockieren will“, bemerkte Heiner Kamp (FDP) spitz. Tatsächlich weicht Kretschmann in Teilen von der Linie der Grünen auf Bundes- und Landes- ab. Er will, dass Bund und Länder das Steueraufkommen grundsätzlich neu verteilen. Denn viele Länder sind in einer schwierigen Finanzlage und können wegen der Schuldenbremse nicht immer mehr Schulden machen.

In diese Wunde stieß auch Florian Hahn (CDU). Er spielte aber vor allem auf die Lage in Nordrhein-Westfalen an, die Löhrmann als stellvertretende Ministerpräsidentin wesentlich mitverantwortete: „Ich kann mir gut vorstellen, dass ein Geldsegen des Bundes den klammen Kassen einiger rotgrün geführter Länder recht käme. So hätte man sich klammheimlich einen zweiten Länderfinanzausgleich geschaffen. Ob dies zu einer besseren Arbeit an den Schulen führen würde, wage ich zu bezweifeln.“

Minimalkonsens Doch auch das Regierungslager steht nicht nur geschlossen hinter dem eigenen Vorschlag, lediglich die Wissenschaft für die Zusammenarbeit mit dem Bund zu öffnen, wie Kamp einräumte: „Die FDP ist keineswegs gleichförmig. Hinsichtlich der Verfassungsreform gibt es durchaus unterschiedliche Haltungen. Das hat mir, der ich schon seit Jahren weitgehend für eine weitgehende Öffnung spreche, schon einigen Kummer bereitet.“ Dennoch warb auch er für den Minimalkonsens, wenigstens die Änderung im Wissenschaftsbereich zu vollziehen. Und auch sein Fraktionskollege Martin Neumann sagte: „Es geht an dieser Stelle darum, die jetzt geöffnete Tür zu durchschreiten und eine erste Änderung, gerade im Wissenschaftsbereich, zu vollziehen.“

Anzeige

»Superwahljahr« 2011



»Superwahljahr« 2011 und die Folgen

Herausgegeben von Eckhard Jesse und Roland Sturm

2012, 465 S., brosch., 69,- €

ISBN 978-3-8329-7556-2

(Parteien und Wahlen, Bd. 2)

Das „Superwahljahr“ wird in allen seinen Facetten ausgeleuchtet. Themen sind die Perspektiven der Parteien, die Entwicklung des Parteiensystems und die Dynamik der Koalitionsbildung. Im Vordergrund stehen ferner die wichtigsten politischen Ereignisse und ihre Folgen wie Stuttgart 21, Fukushima, Eurokrise und Wahlreform.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/15205



Geschäftsführerinnen: Katharina Wagner (l.) und ihre Schwester Eva Wagner-Pasquier

Kartenverkauf In der vergangenen Woche informierten Vertreter der Festspiele den Kulturschuss des Bundestages darüber, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die angemahnten Missstände zu beseitigen. Ab sofort seien 67 Prozent aller Karten im freien Verkauf erhältlich, erläuterte Toni Schmid, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Stiftung. An Reiseveranstalter gingen keine Karten mehr. Zudem werde ein kaufmännischer Geschäftsführer eingestellt. Georg Freiherr von Waldenfels, Vorsitzen-

der der Gesellschaft der Freunde von Bayreuth, begründete im Ausschuss die Praxis, dass auch weiterhin ein bestimmtes Kartenkontingent an Förderer der Festspiele gehe. Immerhin brächten die jährlich rund drei Millionen Euro an Spenden auf. Er betonte, dass für diese Karten selbstverständlich gezahlt werde – und dies im höchsten Preissegment. Auch in Zukunft sollen die Kartenpreise auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden. Opernkarten in München oder

Salzburg seien zwar deutlich teurer, sagte Bayerns Kulturstatsminister Wolfgang Heubisch. Diese Preispolitik stehe auch in der Tradition von Richard Wagner, der den Zugang zu den Festspielen auch für einkommensschwächere Menschen garantieren wollte. Dessen Urenkelin und künstlerische Geschäftsführerin der Festspiele, Katharina Wagner, informierte über die Vorbereitungen für das große Wagnerjahr 2013 auf dem berühmten „grünen Hügel“.

aw

AUFGEKEHRT

So geht Demokratie

Die großen, vergoldeten Flügeltüren schwenken langsam auf. Die zwei Paradesoldaten zu beiden Seiten nehmen zackig Haltung an. Und da ist er wieder, der Wladimir. Zwar nicht mit nacktem Oberkörper und auch nicht auf einem Pferd reitend oder mit der Jagdflinte unterm Arm. Aber wie gewohnt vor Selbstbewusstsein strotzend, bewegt er sich über den roten Teppich, begleitet vom Applaus der versammelten Gäste. Auch Bunga-Bunga-Silvio und Basta-Gerd haben sich eingefunden zur Inthronisierung des neuen alten Kreml-Chefs. Echte Kerle halten zusammen.

Sechs Jahre darf Wladimir nun erneut die Geschicke des russischen Bären lenken. Sechs Jahre! Davon können die verweichlichten Musterdemokraten im Westen nur träumen. In Washington bangt Barack, ob er noch mal vier Jahre kann. In Athen hat schon gar keiner mehr Lust, eine Regierung zu bilden. Und in Kiel heimst Jost zwar die meisten Stimmen ein – und trotzdem will keiner mit ihm regieren und einen Platz im Landtag bekommt er auch nicht.

Sowas wäre dem Gerd nicht passiert. Dem Silvio erst recht nicht. Und der Wladimir muss da nur lachen. Der kann eben Demokratie. Und wenn die Demokratie mal nicht so kann, dann bekommt sie einen aufmunternden Schubser. Er hielt sich brav an die Verfassung, nach der er nur zwei Präsidentschaften hintereinander absolvieren durfte, pausierte dann in der Rolle des Ministerpräsidenten, um erneut Präsidenten zu werden. Der Wladimir ist eben ein Lupenreiner.

Der Norbert in Düsseldorf hat auch gemerkt, wo das Problem liegt, wenn man Ministerpräsident werden will, und brachte es in einer TV-Talkshow vor der Wahl auf den Punkt: „Bedauerlicherweise entscheidet nicht alleine die CDU darüber, sondern die Wähler entscheiden darüber.“ Und das haben sie am Sonntag dann auch getan. *Alexander Weinlein*

VOR 40 JAHREN ...

»Ein Volk guter Nachbarn«

17. Mai 1972: Ostverträge ratifiziert 248 Stimmen der rot-geblauenen Koalition gegen 248 Stimmen der Opposition aus CDU und CSU: 1972 herrschte eine Patt-Situation im Bundestag – und keine Einigkeit über die Ostpolitik der Regierung unter Willy Brandt (SPD). „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“, erklärte der Kanzler sein Ziel. „Wandel durch Annäherung“ lautete das Motto seiner Neuen Ostpolitik. Die Union kritisierte dagegen, Brandts Kurs erkenne die deutsche Teilung unwiderruflich an. Au-



Der Kniefall von Warschau: Symbol für die Ostpolitik Willy Brandts.

ßerdem fürchtete man die Gefahr einer sowjetischen Vorherrschaft über ganz Europa. Dennoch ratifizierte der Bundestag die Ostverträge am 17. Mai 1972. Zu den Ostverträgen zählten der Moskauer und der Warschauer Vertrag. Bereits im August 1970 wurde das Abkommen mit der Sowjetunion unterzeichnet. Es sollte die Beziehungen zur UdSSR und damit zur DDR normalisieren. Im Dezember desselben Jahres folgte die Unterzeichnung des Vertrags mit Polen. Kurz zuvor setzte Brandt mit dem Kniefall vor dem Denkmal für die Getöteten des Warschauer Ghettos ein Zeichen, das in die Geschichte einging.

Im Verlauf der parlamentarischen Beratungen über die Ostverträge verließ die Unions-Fraktion ihre strikt ablehnende Haltung. Wohl auch deshalb, weil Brandts Politik in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stieß und ein Scheitern der Ostverträge ein Inkrafttreten des von den Siegermächten ausgehandelten Berlin-Abkommens verhindert hätte. Für eine Zustimmung der Union reichte es allerdings nicht: Bei der Abstimmung über die Ostverträge enthielten sich die meisten Abgeordneten der CDU und CSU, einige stimmten dagegen. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: PODIUMSDISKUSSION ZUR SED-DIKTATUR



Bundestagspräsident Norbert Lammert, Rita Süßmuth und Rainer Eppelmann (alle CDU) lobten die Ergebnisse der Enquete-Kommissionen zur SED-Diktatur.

»Es ist spannend, das zu lesen«

„Lange nicht mehr gesehen“, „schön, dass du kommen konntest“. Im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestags ging es in der vergangenen Woche ein bisschen zu wie beim Klassentreffen. Mitglieder und Mitarbeiter der zwei Enquete-Kommissionen, die sich in den neunziger Jahren der Aufarbeitung der SED-Diktatur gewidmet hatten, feierten ein Jubiläum: Vor 20 Jahren wurde das erste dieser beiden Gremien ins Leben gerufen. Von einem vielköpfigen Podium war viel Positives zu hören. Ironisch merkte der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk, Sachverständiger im zweiten Ausschuss, an, man „lobt sich über den grünen Klee“. Indes schimmerte auch politische Spannung durch, als sich der DDR-Bürgerrechtler und spätere Grünen-Abgeordnete Gerd Poppe und der Historiker Ludwig Elm, PDS-Obmann in einer Kommission, einen Schlagabtausch lieferten. Von einem „glänzenden Ergebnis“ der Aufklärungsarbeit sprach Rita Süßmuth (CDU), seinerzeit Parlamentspräsidentin. Es sei „ein Stück Hygiene in die Politik einge-zogen“, sagte Rainer Eppelmann, DDR-Oppositioneller, Vor-

sitzender der zwei Gremien, heute Chef der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die als Konsequenz aus den Ausschussanalysen entstand und zur Feier eingeladen hat. Die Aufklärungsbestrebungen hätten „einen Beitrag zur inneren Einheit geleistet“, gab sich Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) überzeugt. Keine andere Enquete-Kommission habe derart handfeste Folgen gehabt. Als Beispiele nannte er die Aufhebung von DDR-Unrechtsurteilen oder gerechtere Rentenregeln. Eppelmann machte auf das Vorbild der Bundestagsrecherchen für Osteuropa aufmerksam, wo man die „heiße Kartoffel nicht anfassen wollte“. Die in 32 Bände mit 30.000 Seiten verpackten Erkenntnisse ließ der CDU-Mann in ein Vermächtnis münden: „Nie wieder Diktatur.“ Markus Meckel, seinerzeit SPD-Obmann, erinnerte freilich daran, dass es „viel Streit gab“, etwa wegen der SPD-Entscheidungspolitik oder der DDR-Blockparteien, die in Union und FDP aufgingen. Vor allem aber wetteuerte Poppe los, gegen eine „Verklärung der DDR“, die doch „uneinge-

schränkt eine Diktatur war“. Er plädierte im Blick auf SED- und NS-Herrschaft mit Verve für einen „antitotalitären Konsens“, ein „Diktaturvergleich muss möglich sein“, auch wenn man dafür „wieder gescholten wird“. Da brandete Beifall auf. Contra gab Elm: Die kritische Aufarbeitung der DDR durch die Enquete-Kommissionen sei zwar „berechtigt und überfällig“ gewesen, eine „Parallelisierung“ von DDR und NS-Diktatur sei jedoch abzulehnen, derart werde die eine „dämonisiert“, die andere „verharmlost“. Das Publikum grummelte unruhig. Doch war die Aufklärungsarbeit tatsächlich wirkungsvoll? Kowalczyk goss Wasser in den Wein: In der Wissenschaft würden die Resultate kaum beachtet, es sei ohnehin ein „Wunder, wenn man sich in Universitätsseminaren mit der DDR befasst“. Eppelmann merkte an, dass jene, die unter 30 Jahre seien, „keine existenziellen Erfahrungen mit der Diktatur haben“. Rita Süßmuth empfahl der „jüngeren Generation“ die Enquete-Dokumente zur Lektüre: „Es ist spannend, das zu lesen.“ *Karl-Otto Sattler*

IN EIGENER SACHE

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

immer mehr von Ihnen lesen „Das Parlament“ als E-Paper-Version am Bildschirm. Und trotzdem freut sich die Redaktion über eine verlässliche Print-Auflage. Deshalb ist es an der Zeit, einmal danke zu sagen: Für die Treue, mit der viele von Ihnen nun schon seit Jahren, ja Jahrzehnten die Redak-

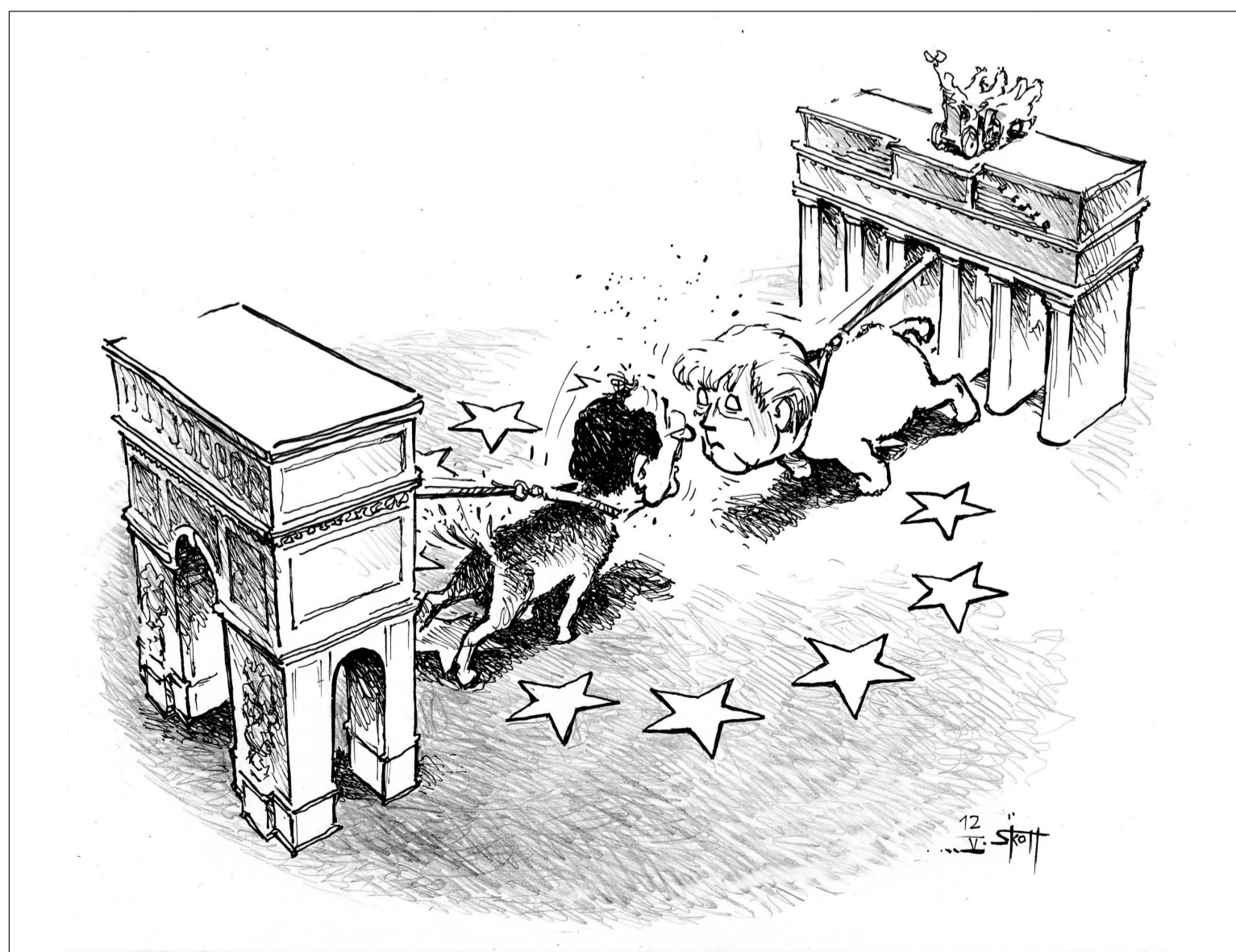
tion begleiten. Aber auch für die konstruktive Kritik, die uns immer wieder in Form von Leserbriefen erreicht. Wir versuchen, damit sehr gewissenhaft umzugehen und Ihre Anregungen im Rahmen der Möglichkeiten tatsächlich umzusetzen. Deshalb gilt weiterhin die Bitte: Schreiben Sie uns, was Ihnen gefällt, aber natürlich auch, was wir besser machen können. Und wenn Sie sich über einen Politiker oder eine Partei geär-

gert haben, dürfen Sie uns auch das mittlere Streit gehört zu einer lebendigen Demokratie. Wenn dabei die Gebote der Höflichkeit nicht verletzt werden, sind wir gern bereit, auch diese Beiträge in den Leserbrief-Spalten abzudrucken. Zum Schluss noch ein Hinweis, wie Sie sich zusätzlich über die aktuellen Ereignisse im Bundestag informieren können. Der Parlamentspresse-

dienst „heute im bundestag“ (hib) berichtet fortlaufend tagesaktuell über die Arbeit der Bundestagsausschüsse und über parlamentarische Initiativen wie Gesetzentwürfe, Anträge oder Anfragen. Den „hib“-Dienst finden Sie unter www.bundestag.de/presse/hib. Also: Viel Spaß beim Lesen!

Ihr Jörg Biallas
Chefredakteur

SEITENBLICKE



PERSONALIA

> **Karl Hofmann †**
Bundestagsabgeordneter 1965-1983, SPD/fraktionslos

Am 18. Januar starb Karl Hofmann im Alter von 85 Jahren. Der Studienrat aus Kronach, SPD-Mitglied bis 1982, arbeitete im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen.

> **Dieter Pützhofer**
Bundestagsabgeordneter 1990-1999, CDU

Dieter Pützhofer wird am 14. Mai 70 Jahre alt. Der Pädagoge war 17 Jahre Oberbürgermeister von Krefeld. Im Bundestag saß er im Finanz- und im Haushaltsausschuss.

> **Jörg-Otto Spiller**
Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD

Am 14. Mai wird Jörg-Otto Spiller 70 Jahre alt. Der Politologe, von 1986 bis 1994 Bürgermeister des Berliner Bezirks Wedding, saß im Bundestag im Finanzausschuss.

> **Harry Liehr**
Bundestagsabgeordneter 1962-1971, SPD

Am 15. Mai vollendet Harry Liehr sein 85. Lebensjahr. Der Gewerkschaftsfunktionär und spätere Berliner Senator war im Bundestag Sprecher der Berliner SPD-Abgeordneten.

> **Winfried Pinger**
Bundestagsabgeordneter 1969-1972, 1976-1998, CDU

Am 15. Mai wird Winfried Pinger 80 Jahre alt. Der Jurist und Hochschullehrer aus Köln war von 1982 bis 1998 Entwicklungspolitischer Sprecher der Unions-Fraktion im Bundestag.

> **Karl-Heinz Hansen**
Bundestagsabgeordneter 1969-1983, SPD/fraktionslos

Am 17. Mai vollendet Karl-Heinz Hansen sein 85. Lebensjahr. Der Pädagoge, SPD-Mitglied bis 1981, arbeitete im Bundestag zuletzt im Auswärtigen Ausschuss.

> **Hans de With**
Bundestagsabgeordneter 1969-1994, SPD

Am 21. Mai begeht Hans de With seinen 80. Geburtstag. Der Anwalt aus Bamberg war von 1974 bis 1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesjustizminister.

> **Peter Schmitz**
Bundestagsabgeordneter 1972-2002, CDU

Am 21. Mai wird Peter Schmitz 75 Jahre alt. Der Landwirt aus Baesweiler gehörte im Bundestag meist dem Haushaltsausschuss an.

> **Elmar Müller**
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 21. Mai wird Elmar Müller 70 Jahre alt. Von 1975 bis 1991 gehörte er dem Stadtrat von Kirchheim/Teck an. Im Bundestag arbeitete er zuletzt im Wirtschaftsausschuss.

> **Werner Broll**
Bundestagsabgeordneter 1976-1987, CDU

Werner Broll vollendet am 22. Mai sein 80. Lebensjahr. Der Philologe aus Oldenburg gehörte im Bundestag stets dem Innenausschuss an.

> **Eva-Maria Kors**
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU

Eva-Maria Kors wird am 22. Mai 70 Jahre alt. Die Redakteurin aus Vechna engagierte sich im Bundestag überwiegend im Familienausschuss.

> **Rupert Scholz**
Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Rupert Scholz vollendet am 23. Mai das 75. Lebensjahr. Der Jurist, von 1981 bis 1988 Berliner Justizsenator, war von 1998 bis 2002 Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages. In den Jahren 1988/89 amtierete er als Verteidigungsminister. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 29.05.2015.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 21.-25.05.2011
Forschungspolitik (Do),
Transplantationsgesetz (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream